

Die socialdemokratische und anarchistische Bewegung

im
Jahre 1889.

Einleitung.

Im Jahre 1888 hat sich eine Abnahme der anarchistischen Thätigkeit, dagegen eine Kräftigung der Action der Socialdemokratie bemerkbar gemacht.

Im Jahre 1889 ist die anarchistische Thätigkeit: „Die Propaganda der That“, „Der Kampf mit allen Mitteln“ noch mehr in den Hintergrund getreten, und die Socialdemokratie hat in Fortsetzung der im Jahre 1888 begonnenen Bewegung bedeutende Fortschritte gemacht, insbesondere jene Partei derselben, welche sich von der Anarchistenpartei in ihren Zielen nur wenig unterscheidet.

Was die Anarchisten veranlasst, den Socialisten derzeit sozusagen den Vortritt zu lassen, ist aus einer Äußerung des Anarchisten Peukert, die er im Monate März 1889 vor mehreren Parteigruppen in London gemacht hatte, zu entnehmen. Er sagte:

„Die Menschheit schreitet nur allmählig und sehr langsam vorwärts, so dass die Anarchie nach der nächsten Revolution noch unmöglich ist.

Es ist die Revolution noch nicht einmal da, und wenn sie einmal da ist, kann die Anarchie erst nach einem Stadium der Socialdemokratie realisirbar sein und daran kommen.“

Es müsste also nach Ansicht Peukert's vorher die sociale Frage im Sinne der Socialisten gelöst sein, bevor die Anarchie Aussicht auf Erfolg hat.

Thatsache ist, dass die Socialisten alles Terrain, das ihnen die Anarchisten einräumten, vollständig occupirt haben.

Obgleich auf dem Wege der Gesetzgebung in mehreren Staaten Europa's bereits Vieles zur Besserung der Lage und der Lebensverhältnisse des Arbeiterstandes durch Arbeiter-Kranken-, Unfall-Versicherungs- und durch Invaliden-Versorgungs-Gesetze geschehen ist, sind die Arbeitnehmer — und hier sind nicht bloß die Socialdemokraten allein gemeint — nicht befriedigt und sind die Ansichten über die Art der von den Regierungen zu ergreifenden Maßregeln, durch welche die Harmonie zwischen Capital und Arbeit hergestellt werden soll, nicht geklärt.

Von den Socialisten wird die „Abschaffung des Lohnsystems“ als Postulat der Arbeiter hingestellt und tritt bei den Discussionen immer mehr in den Vordergrund.

Zur Erreichung höherer Löhne wurden Arbeiter-Ausstände eingeleitet und in solcher Ausdehnung durchgeführt, dass dieselben nicht nur die Aufmerksamkeit der zunächst berufenen behördlichen Organe auf sich gelenkt, sondern auch wegen der sie begleitenden Erscheinungen die Besorgnis aller Stände erregt haben.

Die Strikes sind alt und große Arbeiter-Ausstände hat es schon wiederholt und vor langer Zeit gegeben, aber niemals hat ein so jäh emporzügelnder Lohnkrieg der Arbeiter stattgefunden und fast in ganz Europa alle Zweige der industriellen Production in Mitleidenschaft gezogen, wie dies im abgelaufenen Berichtsjahre der Fall war.

Es wurde zwar anfangs geleugnet, dass die Strikes einen socialistischen Untergrund haben. Wenn aber die Emanationen der socialistischen Presse verfolgt werden, so kann ein Zweifel nicht obwalten, dass die Strikobewegung durch socialistische Führer entweder angeregt oder gefördert, jedenfalls aber in socialistischem Sinne ausgenützt wurde.

Im Nachstehenden sind die Strikes von Ostern des Jahres 1889 ab, wo der erste große Strike, jener der Tramway-Bediensteten in Wien, die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat, chronologisch aneinander gereiht, ohne dass diese Übersicht, welche zum Theile Zeitungsnachrichten entnommen ist, Anspruch auf Vollständigkeit machen würde:

Der Strike der Kutscher der Tramway in Wien,	
„ „ „ „ „ „ „ „ Prag,	
„ „ „ „ „ „ „ „ Graz,	
„ „ „ „ „ „ „ „ Rom,	
„ „ „ Zimmerleute in Winterthur,	
„ „ „ Gärber in Budapest,	
„ „ „ Tischler in Lübeck,	
„ „ „ Klempner in Lübeck,	
„ „ „ Eisengießer in Hamburg,	
„ „ „ Maler in Altona,	
„ „ „ Maurer in Berlin,	
„ „ „ Tramwaykutscher in Berlin,	

Der Strike der Bauern im Mailändischen,
 " " " Kohlenarbeiter in Westphalen,
 " " " " Waldenburg,
 " " " " im Achener Revier,
 " " " " in Ober-Schlesien,
 " " " Bergarbeiter in New-Castle,
 " " " Kohlenarbeiter in Schatzlar,
 " " " " im Sächsischen Revier,
 " " " Spinner in Trumau,
 " " " " Trautenau,
 " " " Goldschläger in Deutschland,
 " " " " Wien,
 " " " Zimmerleute in Berlin,
 " " " Tischler in Berlin,
 " " " Grubenarbeiter in Lüttich,
 " " " Fabriksarbeiter in Savana (Italien),
 " " " Kohlenarbeiter in Kladno,
 " " " " Zwickau,
 " " " Omnibuskutscher in Rom,
 " " " Zimmerleute in Nürnberg,
 " " " Maurer in Bamberg,
 " " " Maler in Königsberg,
 " " " Zimmerleute in Königsberg,
 " " " Töpfer in München,
 " " " englischen Stoffabriksarbeiter in Gabern,
 " " " Brauer in Frankfurt a. M.,
 " " " Kohlenarbeiter in Mirabeau,
 " " " Ural'schen Bergarbeiter in Jekaterinburg,
 " " " Spinnerinnen in Turin,
 " " " Fabriksarbeiter in Adamsthal,
 " " " Bergwerksarbeiter in Jawarzo,
 " " " Zimmerleute in Frankfurt a. M.,
 " " " Fiaker in Paris,
 " " " Feilhauer in Pest,
 " " " Maurer in Nürnberg,
 " " " Dockarbeiter in London,
 " " " Bergarbeiter in Falkenau,
 " " " Zündholzarbeiter in Ditterbach,
 " " " Klempner in Kassel,
 " " " Kohlenträger in Genua,
 " " " Kutscher der Tramway in Cardiff,
 " " " Weber in Brünn,
 " " " Bäcker in Brünn,
 " " " Textilarbeiter in Jägerndorf,
 " " " Auslader in Marscille,
 " " " Maurer in Eberswalde,
 " " " " Greifenhagen,
 " " " " Grauducz,
 " " " " Wittenberg,
 " " " " Bielefeld,
 " " " " Zwickau,
 " " " Töpfer in Fürstenwalde,
 " " " " Cöln,
 " " " " Maißen,
 " " " " Magdeburg,
 " " " " Nürnberg,
 " " " Zimmerleute in Küstrin,
 " " " " Würzburg,
 " " " Glaser in Magdeburg,
 " " " Schuhmacher in Halle a. d. S.,
 " " " Eisenarbeiter in Hamm,
 " " " Gärber in Brünn,
 " " " Kohlenarbeiter in Leoben,
 " " " " Münzberg,
 " " " " Seegraben,
 " " " " Köflach,
 " " " " Voitsberg,
 " " " Spinner in Lomnik,

Der Strike der Torpedo-Arbeiter in Venedig,
 " " " Bäcker in Messina,
 " " " Matrosen in Glasgow,
 " " " Wollarbeiter in Namiest,
 " " " Weber in Lyon,
 " " " Papierarbeiter in Köflach,
 " " " Cellulose-Arbeiter in Voitsberg,
 " " " Schraubenarbeiter in Gradenberg,
 " " " Cattunarbeiter in Lettowitz,
 " " " Schuharbeiter in Trebitsch,
 " " " Glasarbeiter in Karlow,
 " " " Schuhmacher in Skatsch,
 " " " Kohlenarbeiter in Trifail,
 " " " Tischler in Prag,
 " " " Staats-Bergarbeiter in Hamburg,
 " " " Platzarbeiter in Dortmund,
 " " " Kohlenarbeiter in Borinage,
 " " " Bäcker in Livorno,
 " " " Schiffs- und Dockarbeiter in London,
 " " " Hüttenarbeiter in Blackwall,
 " " " Gasheizer in London,
 " " " Kohlenarbeiter in London,
 " " " Biscuitmacher in London,
 " " " Mühlenarbeiter in Deptford,
 " " " Eisenhüttenarbeiter in Keighley,
 " " " Schneider in London,
 " " " Dockarbeiter in Liverpool,
 " " " Druckereiarbeiter in London,
 " " " Eisenbahn-Tagelöhner in London,
 " " " Werftarbeiter in Rochester,
 " " " Wasserleitungs-Arbeiter in Mürzzuschlag,
 " " " Tuchmacher bei Turin,
 " " " Csismenmacher in Pest,
 " " " Schneider in Bukarest,
 " " " Baumwollarbeiter in Prag,
 " " " Quai-Arbeiter in Rotterdam,
 " " " Grubenarbeiter in Balton,
 " " " Weber in Brünn,
 " " " Kohlenarbeiter in Lens,
 " " " " " Mons,
 " " " Fiaker in Sofia,
 " " " Hafenarbeiter in Antwerpen,
 " " " schwed. Zündholzarbeiter in Christiania,
 " " " Hafen-Zimmerleute in Hamburg,
 " " " Schuhmacher in Wien,
 " " " Drechsler in Wien,
 " " " Uhrmacher in Freiberg (Schlesien),
 " " " Westbahn-Arbeiter in Paris,
 " " " Dockarbeiter in Bristol,
 " " " Färber in Chemnitz,
 " " " Bergwerksarbeiter in Saarbrücken,
 " " " Gasheizer in London,
 " " " Müllergehilfen in Prag.

Durch diese allgemeine Lohnbewegung sollte die Frage der Auftheilung des Gewinnes zwischen Capital und Arbeit auf Kosten des Capitals in einer, für die Arbeit günstigen Richtung in Fluss gebracht werden.

Wenn auch durch die Ausstände bisher noch wenig materielle Erfolge für die Arbeiter erzielt worden sind, haben die Parteiführer es doch verstanden, der Arbeiterschaft nahezulegen, welch große moralische Bedeutung das gemeinsame Handeln und das solidarische Eintreten für die gegenseitigen Interessen besitze.

Diese Lehren fielen namentlich bei den jugendlichen Arbeitern auf einen fruchtbaren Boden, denn es haben sich auffällig viele, oft dem Knabenalter kaum entwachsene junge Leute an der Bewegung lebhaft theiligt.

Ebenso bemerkbar ist es, dass der weibliche Theil der Arbeiterschaft mit Absicht in die Bewegung gezogen wird, und dass bereits Frauen in Versammlungen als Rednerinnen auftraten.

Dieses Anwachsen der socialen Bewegung in jeder Richtung wurde nebst der Strikebewegung durch die Arbeiterpartei-Congresse in Paris, welche später bei Besprechung der Bewegung in Frankreich eingehend erörtert werden, gefördert, nachdem die daselbst gefassten Beschlüsse namentlich die über den Achtstunden-Arbeitstag und des internationalen Arbeiterfeiertages von allen Arbeitern sympathisch begrüßt wurden, umso mehr, als in allen Arbeiterblättern und Versammlungen die Durchführung dieser Programmpunkte als der legale Weg zur Erreichung des Zieles, beziehungsweise der Befriedigung der Wünsche des Arbeiterstandes bezeichnet wurde.

Österreich.

Die socialdemokratische Bewegung in Österreich, welche noch im Jahre 1888 infolge der verschiedenartigen Bestrebungen der sich gegenseitig bekämpfenden Parteirichtungen in ihrer Entwicklung gelähmt war, hat durch **die Beschlüsse des Hainfelder Parteitages** am 30. und 31. December 1888, sowie am 1. Jänner 1889, durch welche die gemäßigte und radicale Partei in Bezug auf die Programmpunkte:

1. Principienerklärung der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich;
2. die politischen Rechte;
3. Arbeiterschutzgesetzgebung und Socialreform;
4. Presse;
5. Unterrichtswesen;
6. die gewerkschaftliche Organisation;
7. die Arbeiterkammern, und
8. die Volksschule

vereinigt worden ist, einen wesentlichen Schritt nach vorwärts gemacht.

Ein Theilnehmer am Hainfelder Congresse schrieb unter anderem hierüber:

„Niemand brachte ein Opfer. Es gab bei der Vereinigung weder Sieger, noch Besiegte und sie war auch nicht die Fusion der Confusion. Es war nicht eine Vereinigung von Anarchisten mit Socialdemokraten auf Grundlage des gemeinsamen „guten Willens“ etwas zu thun, sondern von Leuten, die durchdrungen waren von der Überzeugung, dass man, um etwas Gemeinsames thun zu können, auch ein gemeinsames Actionsprogramm haben müsse.“

Nachdem die von Dr. Adler, dem Herausgeber der bestandenen „Gleichheit“, durch so lange Zeit fortgesetzten Bemühungen zur Vereinigung der getrennt marschirenden Fractionen zu Einer österreichischen Arbeiterpartei durch die Annahme der die obigen Punkte behandelnden Resolutionen endlich vom Erfolg waren, galt es die Vertrauensmänner zu bestimmen, die Genossen in den Provinzen mit den Beschlüssen des Hainfelder Parteitages zu beschäftigen und die noch vorhandenen Gegensätze der früher feindlich gewesenen Fractionen vollends zu beheben.

Aus dem Grunde wurden in Wien und in den Hauptstädten der Kronländer, sowie in den meisten bedeutenderen Industriecorten Österreichs zumeist größere Versammlungen veranstaltet, in welchen die Ergebnisse des Hainfelder Parteitages von geübten Rednern der Partei vorgetragen und zur Annahme empfohlen worden sind.

Es wurde mehr oder weniger in allen Versammlungen über diesen Gegenstand mit denselben Worten dargethan, dass vor zwei Jahren die Verständigung angebahnt wurde und dass der Parteitag glänzend bewiesen habe, dass dieser Zweck erreicht worden sei.

Der Parteitag wurde als Wendepunkt für die Socialdemokratie in Österreich bezeichnet, der endlich die langersehnte Organisation der Partei möglich gemacht und eine neue Ära für die Bewegung in Österreich geschaffen habe.

Von diesen Versammlungen sind insbesondere die des politischen Arbeitervereines „Wahrheit“ in Wien, Meidling und Simmering am 6., 19. und 27. Jänner, dann die zu diesem Gegenstande einberufenen Versammlungen am 14. Jänner in Graz, sodann in Linz, Brünn, Prag und Lemberg zu erwähnen.

Die Beschlüsse des Parteitages fanden allgemein die Zustimmung der Genossen, nur in Graz erfolgte die Annahme erst nach vierstündiger stürmischer Debatte, während welcher Pokorny und Große aus Wien und Gans aus Graz für, Rissmann und Weiß mit großer Heftigkeit dagegen gesprochen hatten.

In übereinstimmender Weise besprach die gesammte Arbeiterpresse den Gegenstand, bis neue Ereignisse, vor allen die großartigen Lohnbewegungen in Österreich und in mehreren Staaten Europas und endlich die Ergebnisse des internationalen Socialistencongresses zu Paris die bis dahin beinahe vollständig organisirte österreichische Socialdemokratie auf neue Wege gelenkt haben.

Die Besprechungen über den mehrerwähnten Parteitag der österreichischen Socialdemokratie in den Arbeiterversammlungen und in der Arbeiterpresse waren noch im Zuge, als ein neues Thema in Erörterung gezogen wurde und allerorten in sympathischer Weise in Behandlung genommen worden ist: die Errichtung von **Arbeiterkammern**.

In Versammlungen am 14. Jänner zu Lemberg, am 20. Jänner zu Prag, 1. Februar 1889 zu Wien im „Arbeiter-Bildungsvereine“ und an mehreren anderen Orten wurde die besondere Zweckmäßigkeit der Arbeiterkammern ausgesprochen und es wurden den zur Berathung nach Wien entsendeten Experten die entsprechenden Directiven ertheilt.

Am 23. Februar 1889 trat in Wien die **Arbeiter-enquête** zusammen, welche der Ausschuss des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes anlässlich der Berathung über den Gesetzentwurf wegen Errichtung von Arbeiterkammern einberufen hatte.

In den Expertenverhandlungen wurde als Programm der Aufgaben einer Arbeitervertretung aufgestellt:

1. Einflussnahme auf die Arbeiterschutzgesetzgebung,
2. Theilnahme an der Gewerbeinspection,
3. Festsetzung von Minimallöhnen,
4. gründliche Erhebungen über die Lage der Arbeiterklasse.

Nach Berathung der an die Experten vom Ausschusse des Abgeordnetenhauses gestellten Fragen gaben diese folgende Erklärung ab:

Sie seien wohl im Princip für die Errichtung von Arbeiterkammern, können aber eine ersprießliche Thätigkeit von diesen nur dann erwarten, wenn denselben ein Wirkungskreis zugewiesen wird, welcher die thatsächlichen Arbeiterverhältnisse berücksichtigt.

Der vorliegende Gesetzentwurf aber entsprechen weder ihren, noch den politischen Anforderungen.

Die Erklärung war unterzeichnet von:

Ulbrich, Bardorf, Rieger, Kroupa, Ruczicka, Manowski, Tabaczkowski, Gerin, Friemel, Procop, Leissner, Popp, Popper und Gehrke.

Die gleiche in slavischer Sprache verfasste Erklärung war von Schimaczek, Jirasek und Kosima unterzeichnet.

Die Expertise, welche am 26. Februar geschlossen worden ist, zeigte deutlich, dass die Arbeiter die Arbeiterkammern nur für ihre Organisation ausnützen wollen und die Ergebnisse derselben gelangten an vielen Orten der Monarchie, besonders in Wien im politischen Vereine „Wahrheit“, wo Ulbrich, Gehrke und Adler sprachen, dann in den Provinzhauptstädten und großen Industriorten auf die Tagesordnung.

War die socialdemokratische Partei in Österreich durch die Ergebnisse des Hainfelder Parteitages und infolge der gesicherten Organisation in gehobener Stimmung, so wurde sie es noch mehr durch die Berufung von Experten in die vorerwähnte Arbeiterenquête und es durfte daher nicht Wunder nehmen, dass die socialdemokratische Agitation seither in steter Steigung war, bis sie endlich nach den Tagen des internationalen Socialistencongresses zu Paris auf dem Höhepunkt angelangt zu sein schien.

In den Agitationsmitteln stehen **Vereinsversammlungen und Presse** obenan.

Was erstere anbelangt, so hat wohl noch in keinem Jahre vorher eine regere Thätigkeit stattgefunden.

Nachdem infolge des Ausnahmestandes für den Wiener Polizeirayon, sowie für die angrenzenden politischen Bezirke den gesetzlichen Bestimmungen gemäß allgemein zugängliche sogenannte Volksversammlungen in den bezogenen Amtsgebieten nicht stattfinden dürfen, versuchten die Parteiführer die gesetzlichen und behördlichen Anordnungen auf alle mögliche Weise zu umgehen, indem sie auf die Bestimmung des Vereinsgesetzes, dass Vereinsversammlungen öffentlich abgehalten werden können und dass zu solchen Versammlungen Gäste eingeladen werden dürfen, fußend, sogenannte freie Versammlungen abhielten, wobei sie eine solche Anzahl von Personen als „geladene Gäste“ einführten, dass sie die geltenden Ausnahmsbestimmungen in dieser Richtung illusorisch zu machen bestrebt waren, da derartige Vereinsversammlungen vollständig den Charakter von Volksversammlungen an sich trugen.

Dass sie hiebei nur scheinbar auf gesetzlichem Boden fußten, in Wirklichkeit aber nicht in correcter Weise vorgingen, wurde behördlich festgestellt.

In vielen Fällen wurden sohin nach §. 2 des Versammlungsgesetzes Versammlungen, welche auf mit Namen geladene Personen beschränkt und der behördlichen Anzeigepflicht nicht unterliegen, veranstaltet.

Aber auch hier war der Gesetzesparagraph nur der Deckmantel für Gesetzesumgehungen.

Da der Nachweis der planmäßigen Gesetzesumgehungen jedoch erst nach abgehaltener oder doch nach begonnener Versammlung möglich war, und a priori behördliche Untersagungen unzulässig waren, geschah es, dass viele der oben erwähnten öffentlichen Vereinsversammlungen, zu welchen wiederholt mehrere tausende von Personen erschienen waren, obschon der Verein oftmals weniger als 100 Mitglieder zählte, dann die weiters erwähnten, vom §. 2 des Versammlungsgesetzes ausge-

nommenen Versammlungen zu Agitationszwecken abgehalten werden konnten.

Hiezu kamen noch die vielen gewöhnlich vom Obmanne des Gehilfenausschusses einberufenen, sogenannten Genossenschafts - Versammlungen, welche wohl nur die Mitglieder Einer Genossenschaft, diese aber bei vielen Genossenschaften in der Anzahl von mehreren tausenden Personen unter der Controle und Aufsicht der Gewerksbehörde vereinigen, wobei geschulte Parteigenossen den Arbeitern einzelner Gewerkszweige unter dem Vorwande der Besprechung der gewerblichen Interessen die Themata der Parteipostulate wiederholt mundgerecht machten.

Seit dem Hainfelder Parteitage beherrscht eine Tagesordnung alle Arbeiterversammlungen der österreichischen Monarchie, das ist die Besprechung der Lage in Bezug auf die politischen und öconomischen Forderungen der Arbeiter.

In allen Versammlungen ohne Unterschied der Nationalität finden die Postulate bezüglich der Presse, des Vereins- und Versammlungsrechtes, des Rechtes der Freizügigkeit und der Coalition für Ausstände in politischer Beziehung, dann bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf acht Stunden des Tages, bezüglich der Sonntags-, ja sogar Feiertagsruhe, weiter bezüglich des Verbotes der Nacht-, sowie der Kinderarbeit und bezüglich der Abschaffung der Stück- und an deren Stelle Einführung der Zeitarbeit, respective Entlohnung für Zeitarbeit, endlich in Bezug auf die Zuziehung der Arbeiter in die Gewerbeinspection u. dgl., beinahe in jeder größeren Arbeiterversammlung eine mehr oder weniger leidenschaftliche Besprechung mitunter mit heftigen Ausfällen gegen die besitzende Classe — vor allem gegen die capitalistische Productionsweise.

Unter solchen Umständen darf es nicht Wunder nehmen, wenn bei Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer über Arbeitslohn und Arbeitsdauer nur schwer Einigungen zu erzielen waren und daraus, sowie aus der allgemeinen Unzufriedenheit der Arbeiterschaft überhaupt sind die gewaltigen Lohnbewegungen und Arbeiterunruhen erklärbar, welche während des Berichtsjahres in Österreich und im Auslande in größerer Zahl als vorher und in weiterem Umfange als jemals stattgefunden haben.

Allen Vereinen voran hat der politische Arbeiterverein „Wahrheit“ in Wien eine agitatorische Thätigkeit entwickelt.

In der gehässigsten Weise wurden alle vorangeführten Gegenstände in diesem politischen Arbeitervereine besprochen, so dass dessen öffentliche, systematisch jedesmal in einem anderen Wiener Bezirke oder Vororte vor einem stets anderen großen Zuhörerkreise abgehaltene Versammlungen wegen maßloser Auslassungen wiederholt vom Abgeordneten der Behörde geschlossen werden mussten.

So wurde die Versammlung dieses Vereines am 20. Jänner 1889 aufgelöst, als Dr. Adler in obiger Weise über die Beschlüsse des Hainfelder Parteitages referirte, und ebenso fand die Versammlung desselben Vereines am 25. Februar ein vorzeitiges Ende, als bei Besprechung des Punktes „die Arbeiterkammern und die Expertise“ zu den heftigsten Ausführungen Veranlassung gab.

In provokatorischster Weise wurde vom Vereine „Wahrheit“ die Versammlung am 12. Mai im Florssaale des Schwender'schen Etablissements in Rudolfsheim abgehalten, weil die Behörde in einigen früheren

Versammlungen dieses Vereines eine strenge Controle über die eingeladenen Personen ausgeübt hatte.

Diese Versammlung wurde in demonstrativer Weise veranstaltet und viele tausende Arbeiter hiezu eingeladen, von denen 3000 Personen, darunter circa 100 Arbeiterinnen der Einladung Folge leisteten.

Als erster Redner ergriff Metallarbeiter Pokorny das Wort über das Thema: „Unsere politischen Rechte“.

Er sagte: Die Arbeiter besitzen in Wahrheit keine Rechte, außer das Recht die indirecten Steuern tragen zu dürfen.

Er forderte die Einführung des allgemeinen directen Wahlrechtes, dessen Bedeutung nicht über-, aber auch nicht unterschätzt werden dürfe, weiter forderte er Erweiterung der Pressfreiheit, Aufhebung des Ausnahmezustandes, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, ein wirkliches Coalitionsrecht, die Geschwornenwahl aus dem Volke und Unterstellung aller Delicte vor die Geschwornen.

Dr. Adler sprach zunächst über die gegenwärtige Wirtschaftsform und sagte: die heutige Gesellschaft producire sich ihren Todfeind selbst, sie sei nicht mehr im Stande zu verhindern, dass bei dieser Productionsart ein Proletariat entsteht, das an Zahl und Kraft immer wachse. Erst bei besonderer Gelegenheit erinnere sich die Bürgerschaft „mit Gruseln“ dieser Thatsache und so sei es auch gekommen, dass die Frage, ob die rheinische Bergarbeiter die 15 Procent bekommen oder nicht, die Hauptfrage bildete trotz der vielen politischen Hauptfragen.

Dr. Adler kam ebenfalls auf die politischen Rechte der Arbeiter zu sprechen und sagte: „Sehen Sie, hier in meiner Hand habe ich die politischen Rechte der Arbeiter, — das Strafgesetzbuch.“

Zum Schlusse sagte Redner, die neueste polizeiliche Maßregel sei, dass der Zutritt zu Arbeiterversammlungen nur gegen auf Namen lautende Karten gestattet ist. Die Polizei habe gar keine Ahnung, wie pädagogisch diese Maßregel für uns ist, sie habe gerechnet, dass den Arbeitern der Muth fehlen werde, sich als Theilnehmer an einer socialistischen Versammlung, namentlich in eine Liste einzutragen — „aber Sie sehen, mehr als 3000 Personen sind zur heutigen Versammlung gekommen und trotzdem findet diese eigentlich „mit Ausschluss der Öffentlichkeit“ statt. Hier in diesem „schwarzen Buche“ sind alle heutigen Theilnehmer verzeichnet; wir danken der Behörde für diese Unterstützung, protestiren aber aus Rechtsgefühl gegen diese Verfügung.“

Die Monge drängte nach Schluss der Versammlung aus dem Saale und sang „das Lied der Arbeit“.

Da diese Vorgänge gezeigt hatten, dass der Verein „Wahrheit“ insbesondere seit dem Hainfelder Parteitage der socialdemokratischen Partei die Versammlungen des Vereines dazu benützt, um in systematischer Weise und mit Umgehung der die Hintanhaltung der Ausschreitungen des Vereines bezweckenden behördlichen Anordnungen eine agitatorische Thätigkeit im socialistischen Sinne zu entwickeln, welche geeignet war, im Zusammenhange mit anderen Vorkommnissen in der Lohnbewegung, welche nachträglich zur Sprache kommen werden, die öffentliche Sicherheit und gesellschaftliche Ordnung zu gefährden, musste die Behörde zum letzten Mittel schreiten, um ernstest Consequenzen zu begegnen.

Am 15. Mai 1889 wurde die Thätigkeit des politischen Vereines „Wahrheit“, auf Grund der Verordnung des Gesamtministeriums vom 30. Jänner 1884, R. G. Bl.

Nr. 15, beziehungsweise des §. 6 lit. a des Gesetzes vom 5. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 66, bis auf weiteres eingestellt.

Die Thatsache verfehlte nicht, einen ernüchternden Eindruck auf die Führer der socialistischen Arbeiterpartei Österreichs zu machen. Bald erschien es den „Führern der Bewegung“ jedoch nöthig, einen Ersatz für den sistirten Verein „Wahrheit“ zu schaffen.

Am 7. Juli 1889 fand im Saale „zum goldenen Luchs“ in Neulerehenfeld die constituirende Versammlung eines neugegründeten, nicht politischen Arbeitervereines statt, dem der harmlose Name „Apollo“ gegeben wurde. Schon die erste Versammlung zeigte, dass dieser Verein als Ersatz für den von der Behörde aufgelösten Verein „Wahrheit“ ins Leben gerufen wurde, obwohl der Obmann des neuen Vereines eine diesbezügliche Bemerkung in einem Wiener Tagesjournale dementirte; denn in dieser constituirenden Versammlung, bei welcher sich mehrere hundert Arbeiter, darunter auch viele Frauen einfanden, traten mehrere Redner auf, die das politische Gebiet streiften.

Arbeiter Prochaska stellte den Antrag auf Bildung einer Frauensection im Schoße des neugegründeten Vereines, um das sociale Elend in der arbeitenden weiblichen Classe zu mildern und die Frauen für den Classenkampf tauglich zu machen.

Ein Antrag in dieser Versammlung, an den nach Paris für einige Tage später einberufenen Internationalen Socialistencongress ein Begrüßungstelegramm abzuschicken, wurde verständnisvoll abgelehnt.

Der Verein „Apollo“ nimmt sichtlich zu, hat aber bisher auch nicht in annähernder Weise die Bedeutung des sistirten politischen Arbeitervereines „Wahrheit“ erreicht.

Ebenso ist der im Jahre 1889 gegründete „Fachverein der Tischler“ in langsamer Entwicklung begriffen.

In Reichenberg fand am 19. August 1889 eine größere Arbeiterversammlung bei außerordentlich zahlreicher Betheiligung statt.

Tausende von Arbeitern begehrten Einlass, um den Worten Schillers und Roschers zu folgen. Diese Versammlung beschloss — der Devise, möglichst viele Fachvereine zu gründen, folgend — einen Verein der Manufacturarbeiter ins Leben zu rufen.

Am 23. September 1889 fand in Reichenberg abermals eine sehr zahlreich besuchte Arbeiterversammlung statt. Arbeiterführer Ringer aus Kratzau sprach in der heftigsten Weise gegen alle Parteien und Stände und musste zur Ordnung gerufen werden. Ruhiger und sachlicher sprach Ulrich aus Reichenberg. Agitator Schiller zog in gröblichster Weise gegen die Presse los und schließlich wurde die Versammlung wegen Überschreitung der Tagesordnung aufgelöst.

Ein zweites, sehr wirksames Agitationsmittel besitzt die socialdemokratische Partei in der **socialistischen Presse**.

Dieselbe hat sich im Berichtsjahre 1889 auf eine bisher noch nie eingenommene hohe Stufe gestellt.

Infolge der Fusion der gemäßigten und radicalen Arbeiterpartei sind in rascher Aufeinanderfolge und wohl nur im Zusammenhange mit der erwähnten Vereinigung der beiden Arbeiterfractionen eine Reihe von Erscheinungen in der Arbeiterpresse zu Tage getreten:

In Wien erschien am 30. Jänner die erste Nummer der von A. Große herausgegebenen „Socialdemokratischen Monatschrift“, welche Socialstatistik betreibt, theoretische Aufsätze und die umfangreichen Reden der

deutschen Parteigenossen im Reichstage als Agitationsmaterial bringt.

Ende Jänner 1889 erschien auch in Brünn ein neues slavisches Blatt „Morgenröthe“ in halbmonatlicher Ausgabe.

Ferners ist um dieselbe Zeit in Wien die Nummer 1 des „Neuen österreichisch-ungarischen Hutmacher-Fachorganes,“ herausgegeben von Leopold Gröger, erschienen.

Seit dem Monate Februar erscheinen die beiden Brüner Arbeiterblätter „Der Volksfreund“ und „Die Arbeiterstimme“ im vergrößerten Formate.

In Prag wurde ebenfalls im Monate Februar infolge der am Parteitage in Hainfeld gefassten Beschlüsse die Herausgabe eines zweiten socialistischen Blattes „Vševbecne listy“ unter der Redaction des Albert Stecka als Halbmonatschrift beschlossen.

In einer am 27. Februar 1889 von der Parteileitung in Wien abgehaltenen Sitzung der Vertrauensmänner der hiesigen socialdemokratischen Partei brachte Dr. Adler zur Kenntniss, dass die „Gleichheit“ seit dem Hainfelder Parteitage auf 6100 Abonnenten gestiegen und activ sei, aber noch keinen Reingewinn abwerfe, mithin noch nicht den Herausgeber und die Functionäre des Blattes entlohnen könne.

Im Monate März wurde in Triest vom Arbeitervereine „Confederazione operaia“ die Herausgabe eines halbmonatlichen Blattes in italienischer Sprache und in Laibach in einer Versammlung am 25. März die Gründung eines slavischen Arbeiterblattes angeregt, endlich im Monate April in Prag die Herausgabe eines socialistischen Blattes „Nase snahy“ (Unsere Bestrebungen) beschlossen.

So rege die Gründung der socialdemokratischen Presse von der Parteileitung gefördert wurde, ebenso kampfmuthig trat sie in derselben auf.

Hierin hat die in Wien von Dr. Victor Adler herausgegebene „Gleichheit“ mit dem Redacteur L. A. Brettschneider alle übrigen Blätter dieser Partei übertraffen.

Was der Verein „Wahrheit“ unter allen Arbeitervereinen Österreichs für die Partei war und bedeutet hat, denselben Wert und noch im erhöhten Maße hatte die „Gleichheit“ für die gesammte Partei.

Hat daher schon die behördliche Sistirung der Thätigkeit des Vereines „Wahrheit“ nicht verfehlt, einen starken Eindruck auf die socialistische Arbeiterpartei Österreichs, insbesondere Wiens zu machen, so erlitt diese Partei bald darauf einen noch empfindlicheren Verlust durch die behördliche Einstellung des Erscheinens der socialdemokratischen Wochenschrift „Gleichheit“.

An späterer Stelle wird die hervorragende Theilnahme dieses Organes an allen Arbeiterausständen der österreichischen Kronländer, insbesondere an dem Strike der Wiener Tramway-Wagenführer, sowie an den folgenden Unruhen in einigen Theilen des Wiener Polizeirayons und an der ebenso bedauerlichen Ausschreitung in der Fabriksstadt Steyr gebührend hervorgehoben werden. Auch wird erwähnt werden, dass der Herausgeber der „Gleichheit“ Dr. Victor Adler und der verantwortliche Redacteur dieser Zeitung Ludwig Brettschneider, infolge der maßlosen Hetzereien bei Besprechung der Tramwayunruhen, über Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft in Wien vor das Ausnahmsgericht gestellt und verurtheilt wurden.

An diesem Platze soll in folgendem ihre Gesammtthätigkeit charakterisirt werden.

Die Wochenschrift „Gleichheit“ gab während ihres zweieinhalbjährigen Bestandes 45mal der presspolizeilichen Behörde Anlass zu Confiscationen und es kam daher den betreffenden Kreisen des öffentlichen Lebens und selbst der socialistischen Partei die behördliche Einstellung des Erscheinens der „Gleichheit“ nicht unerwartet, welche mit Erkenntnis der Wiener Polizeidirection vom 26. Juni 1889, Z. 2196 Pr., auf Grund des Punktes 5 der Verordnung des hohen Gesammtministeriums vom 30. Jänner 1884 (R. G. Bl. Nr. 15) in Gemäßheit §. 7 lit. a des Gesetzes vom 5. Mai 1869 (R. G. Bl. Nr. 66) aus Rücksichten für die öffentliche Sicherheit und gesellschaftliche Ordnung verfügt worden ist.

Am 11. December 1886 war die erste, am 14. Juni 1889 die letzte Nummer der „Gleichheit“ erschienen.

Das Blatt hatte — wie bereits erwähnt — über 6000 Abnehmer und fing in letzter Zeit an activ zu werden.

Die k. k. niederösterreichische Statthalterei gab weder dem Recurse des Obmannes Ferdinand Leibner gegen die Sistirung des politischen Vereines „Wahrheit“, noch dem des Herausgebers Dr. Victor Adler gegen die Einstellung des Erscheinens der „Gleichheit“ aus den Gründen der Entscheidung der k. k. Polizeidirection eine willfahrende Folge.

Wie nach der behördlichen Sistirung des politischen Arbeitervereines „Wahrheit“ in kurzer Zeit der Arbeiterverein „Apollo“ ausersuchen war, an die Stelle des ersteren zu treten, ebenso rasch war die Partei bemüht, an Stelle der „Gleichheit“ ein neues Parteiorgan herauszugeben.

Schon am 12. Juli 1889 erschien die erste Nummer der „Arbeiterzeitung“, Organ der österreichischen Socialdemokratie, unter Redaction des Ludwig Brettschneider und Verlag der Mitherausgeber Julius Popp und Rudolf Pokorny; sie erschien anfänglich jeden zweiten und vierten Freitag im Monate.

Schon von den fünf ersten Nummern verfielen einige der Confiscation der Pressbehörde, nichtsdestoweniger war der Inhalt desselben vom Anfange der radicalen Arbeiterpartei zu „wässrig“ und da diese auch mit der von Dr. Adler früher herausgegebenen „Gleichheit“ nicht völlig einverstanden war, so beabsichtigten einige der radicalen Parteimänner, ein eigenes Organ herauszugeben. In letzter Stunde jedoch wurde diese Idee wieder fallen gelassen und die „Arbeiterzeitung“ vom 18. August ab in ein Wochenblatt umgewandelt, bei welcher Gelegenheit Julius Popp aufhörte, als Mitherausgeber dieser Wochenschrift zu fungiren.

Infolge der behördlichen Einstellung der „Gleichheit“ und des Umstandes, dass die an Stelle der „Gleichheit“ getretene „Arbeiterzeitung“ es nicht verstand, gleich von vorneherein die Arbeiter zu gewinnen, erhielten die Fachblätter „Freie Schuhmacherzeitung“, welche seit zwei Jahren in Wien herausgegeben und ziemlich gemäßigt gehalten wird, und das Organ der Bäckerarbeiterschaft Österreich-Ungarns, die „Bäckerzeitung“, welche derzeit als das radicalste Fachblatt bezeichnet werden kann, Bedeutung.

Seit der im Jahre 1888 erfolgten polizeilichen Sistirung des sehr agitationsthätig gewesenen Fachvereines der „Bäcker“ ist das Fachblatt würdig an seine Stelle getreten und ist in der Wahl der Agitationsmittel noch weniger feinfühlig, als es der sistirte Verein war.

Außer der schon an früherer Stelle erwähnten Vermehrung der socialdemokratischen Presse in Öster-

reich hat diese noch gegen Ende des Berichtsjahres eine Bereicherung erfahren.

In Wien erschien am 7. November 1889 die erste Nummer des „Fachblattes der Drechsler“, ein Organ für Socialpolitik und Fachinteressen mit zweimaligem Erscheinen im Monat, zu dem Max Schippel in der ersten Nummer den Leitartikel „Zur Arbeiterbewegung“ lieferte.

Das Organ wird herausgegeben und redigirt von R. Reumann; es hat namentlich zur Zeit des bald nach dem Erscheinen der ersten Nummer begonnenen Strikes der Drechsler in Wien sehr scharfe Aufsätze gebracht, welche der Pressbehörde zur Beschlagnahme Veranlassung boten.

Am 25. November 1889 erschien in Wien „Die Volkspresse“, ein Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes mit dem Motto: „Der Mensch — und nicht das Geld — regiert die Welt.“ „Wo Wenige prassen, dort hungern Massen.“

Das Blatt wird von dem Porzellanmaler Adolf Heimann zweimal im Monate herausgegeben und redigirt von dem Schriftsetzer Rudolf Hauser, welche beide der früher bestandenen radicalen Arbeiterpartei angehörten.

Endlich erschien am 30. November 1889 die erste Nummer des humoristisch-satyrischen Arbeiterblattes „Glühlichter“.

Das Witzblatt hat die Schriftsetzer Hanns Czermak und Hanns Bernauer als Herausgeber, beziehungsweise als verantwortlichen Redacteur.

Von den beiden zuletzt genannten periodischen Druckschriften hat „Die Volkspresse“ einen raschen Aufschwung genommen und weil die erste Nummer des Blattes die Erklärung brachte, dass es den Standpunkt des Hainfelder Parteitages einnehme, so wurde es über diese Erklärung zum Parteiorgan erklärt.

Wie schon erwähnt worden ist, gehörten sowohl der Herausgeber, als der Redacteur der früher bestandenen radicalen Partei an, während die an Stelle der „Gleichheit“ getretene „Arbeiterzeitung“ von Personen der früher bestandenen sogenannten gemäßigten Fraction herausgegeben und redigirt wird.

Ein Bedürfnis zur Herausgabe eines zweiten Parteiorganes war nach der vollzogenen Fusion beider Fractionen nicht vorhanden und es sprechen bereits Anzeichen dafür, dass Spaltungen in der vereinigten Partei in nicht weiter Ferne stehen und dass nur die bevorstehende Demonstration am 1. Mai 1890 für den Achtstundentag den offenen Kampf nicht opportun erscheinen lässt.

Wie aus den vorerwähnten Ausführungen hervorgeht, hat die socialdemokratische Partei Österreichs die beiden Agitationsmittel: das Vereinsrecht und die Presse voll ausgenützt, wobei sie oftmals nach beiden Richtungen den Rahmen des Erlaubten überschritten und das Einschreiten der Behörde veranlasst hat.

Die Socialdemokraten haben diese Agitationsmittel insbesondere dazu benützt, um sich über die ungünstigen Lohnverhältnisse und sonstige Schäden in dem gewerblichen und Fabriksleben in der abfälligen und gehässigen Weise zu äußern. Die im Berichtsjahre in Österreich vorgekommenen Arbeiterausstände, sowie die sonstige Lohnbewegung und die theils im Gefolge der Strikes, theils auch ohne diese vorgekommenen Arbeiterunruhen waren daher zumeist ausschließlich eine Consequenz der seitens der socialistischen Partei durch lange Zeit in Versammlungen und in der Arbeiterpresse geführten planmäßigen Agitation.

Die Lohnbewegung nahm ihren Anfang mit dem Ausstände der Kutscher der Wiener Tramwaygesellschaft zu den Ostertagen des Jahres 1889.

Schon im Jahre 1885 hat der damalige Cooperator P. Rudolf Eichhorn an der Pfarrkirche zu Floridsdorf in einer Broschüre: „Die weißen Sklaven der Wiener Tramwaygesellschaft“ die Forderungen der Bediensteten der Wiener Tramway in zwölf Punkten formulirt. Das Materiale zu dieser Broschüre hatte er über einen diesbezüglichen Aufruf von Tramwaybediensteten und Personen aus dem Publicum geliefert erhalten.

Seitdem wurde die Tramwaygesellschaft ein beliebtes Angriffsobject der Presse, namentlich jener der antisemitischen Richtung.

Concessionsgesuche um neue Linien, neue Tarifsätze, Fluctuationen von Tramwayactien an der Börse und Änderungen in der Leitung der Gesellschaft boten ebenso oft Veranlassung, in abfälliger Weise gegen die Gesellschaft zu schreiben und zu sprechen. Es wurde zu wiederholtenmalen und an verschiedenen Orten über die unmenschlich lange Arbeitszeit und harte Behandlung bei unzulänglicher Bezahlung der Tramwaykutscher durch die unter dem Patronate „Reitzes und Comp.“ stehende Tramwaygesellschaft, dann wieder über unmenschlich ausgebeutete Kutscher gejammert, für welche das Publicum eintreten müsse u. d. gl.

Die Tramwayfrage wurde abermals ins Rollen gebracht, als anlässlich des Directionswechsels seitens der Betriebsleitung in Bezug auf pünktliche Einhaltung der Fahrzeit, Wagenbeschädigung etc. verschärfte Verfügungen gegen die Tramwaybediensteten gegeben wurden.

Die socialistische Partei fand hier zum großen Theile durch andere Factoren alles zum Strike vorbereitet, sie fand das Publicum und die Presse sympathisch den sogenannten „weißen Tramwaysklaven“ zugeneigt und nützte den Moment für ihre Zwecke aus.

Durch einen erfolgreichen Strike, welchen die socialistische Partei förderte, konnte das Parteianschen nur gewinnen. Und dass der Strike günstig für die Strikenden verlaufen werde, war zu hoffen, weil zu erwarten war, dass das, durch einen Stillstand des beliebtesten Verkehrsmittels, zu den Ostertagen empfindlich getroffene Publicum die Gesellschaft zum Nachgeben, beziehungsweise zur Annahme der Forderungen der Kutscher drängen werde.

Als nun Pfarrer Eichhorn im Abgeordnetenhause Anfangs April in Sachen der Tramwaybediensteten eine Interpellation an die Regierung richtete, trat das socialdemokratische Organ „Gleichheit“ in mehreren heftigen Artikeln für den Strike ein (und zwar in der Nummer vom 12. April). Die Polizeibehörde war bestrebt, die Tramwaybediensteten von fremden Einflüssen ferne zu halten, um eine ruhig Besprechung der Propositionen der Direction durch die Betheiligten zu ermöglichen.

Es wurde daher, als Tramwaykutscher sich am 18. April versammeln wollten, dies nur unter der Bedingung gestattet, dass unbetheiligte Personen an der Verhandlung nicht theilnehmen.

Diese Vorsichtsmaßregel hat Klarheit in die Situation gebracht, wenn es auch nicht vollständig gelang, den Zweck zu erreichen. Denn wenn noch Ein Zweifel blieb, dass der Strike der Tramwaykutscher von Socialisten und Antisemitismus angeregt und gefördert wurde, so musste auch dieser schwinden, als bekannt wurde, dass dieser ausschließlich nur Tramwaybediensteten zugänglich sein sollenden Versammlung am 18. April Nachts bei den „Drei Engeln“ Pfarrer Eichhorn als geladener Gast und der als socialistischer Agitator bekannte

Schmiedehilfe Anton Mahr als Tramway-Professionist beiwohnte und die Anwesenden zum Strike aufforderte, während der Parteiführer Dr. Victor Adler in die Versammlung einzudringen vergeblich versuchte.

So war der Strike unabwendbar. Er begann am Ostersonntag den 21. April 1889 und schien anfangs einen ruhigen Verlauf zu nehmen.

Die Mitglieder des Ausstandecomité verkehrten wiederholt mit Dr. Adler im Redactionslocale der „Gleichheit“ und an anderen Orten, sie fuhrten von einer Remise zur anderen, um die wenigen Kutscher, welche den Betrieb noch nicht eingestellt hatten, und die zur Aushilfe herangezogenen Pferdewärter vom Fahren abzuhalten und gaben die Parole zur Einschüchterung der Unfolgsamen.

Die Wagenführer hielten sich zwar im Großen und Ganzen ruhig, aber eine große Masse müßiger Leute, welche sich bei den Tramwayremisen im zehnten Bezirke, dann in Hernals namentlich gegen Abend einstellte, begann in activer Weise das Ausfahren der Wagen zu verhindern, verhöhlte die Wache, widersetzte sich den Bemühungen derselben, freie Bahn zu schaffen, schritt zu thätlichen Angriffen auf die Tramwayaushilfskutscher und die Wachorgane, so dass es zuletzt zu derartigen excessiven, die allgemeine Ruhe und Ordnung störenden, und zuletzt auch die Sicherheit des Eigenthums ernstlich gefährdenden Ausschreitungen kam, dass deren Unterdrückung nur mit dem Aufwande eines großen Machtaufgebotes an Sicherheitswache und Militärassistentz, sowie mit der Anwendung der energischsten Abwehr, der Angriffe mit der blanken Waffe durchführbar war.

Die Excesse, welche am ersten Tage nur den Charakter spontaner Auftritte an sich trugen, zeigten am 22. und 23. April eine vorbereitete Organisation.

Die Pöbelmassen sammelten sich erst in den Abendstunden, attackirten die Sicherheitswache und das Militär mit Steinhagel, versuchten Brantweinschänken, Consumhallen zu erbrechen, beschädigten Tramwaywaggons, stürzten solche um und legten Steine in die Tramwayschienen. Aber nicht allein der Straßenpöbel, auch die in Favoriten und Ottakring wohnenden Parteien theilnahmen an den Angriffen gegen Militär und Wache, da zahlreiche Steinwürfe aus den Fenstern, sogar Holzpfeile mit Nagelspitzen die Wache und Militärassistentz beschädigten und zumeist arg verwundeten.

Separatabdrücke eines Artikels in der „Gleichheit“, betitelt „Das Manifest der Tramwaygesellschaft“ wurden colportirt, was durch Verhaftung eines Colporteurs constatirt wurde.

Dr. Victor Adler wurde an den Orten in der Nähe der Excessbewegung, jedoch in nicht exponirter Stellung gesehen und verkehrte mit den Tramwaykutschern bei den Remisen in Simmering etc.

Erst am 25. April war die Ruhe vollständig hergestellt.

Wie gewöhnlich war das Nachspiel ebenso traurig, als die Idee und die Ausführung verworfen war.

Über 100 Wachorgane und Militärpersonen litten an den Verwundungen durch Steinwürfe, Messerstiche, Sturz und Fußtritte.

Zum mindesten ebensoviele Personen aus dem Kreise der Excedenten erlitten Verletzungen durch Säbelhiebe. Mehr als 300 Personen, darunter viele Neugierige, wurden arretirt; 159 Personen wurden dem Strafgerichte wegen Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit oder wegen Vorgehens des Auflaufes oder wegen Übertretung des Coalitionsgesetzes eingeliefert und von diesem mehr

oder weniger empfindlich abgeurtheilt. Von den übrigen Verhafteten wurde ein Theil polizeilich abgestraft.

Die intellectuellen Urheber waren wie immer vorsichtig genug, dem strafendem Arme der Gerechtigkeit aus dem Wege zu gehen.

Unter den Verhafteten fanden sich die verschiedensten Gewerbsangehörigen: Schuhmacher, Schneider, Maurer, Schlosser, Schriftgießer, Eisengießer, Schmiede, Bäcker, Tischler, Drechsler, Kellner etc.

Über die Ursachen und den Verlauf der unter dem Namen „Tramwayexcesse“ bekannten groben Ausschreitungen in Favoriten, Hernals und Ottakring schrieb das socialdemokratische Wochenblatt „Die Gleichheit“ in der Nummer 17 in so gehässiger und abfälliger Weise, das Vorgehen des Militärs und der Behörden wurde hiebei so verletzend geschildert, dass die Staatsanwaltschaft sich veranlasst sah, auf Grund der §§. 300, 302, 305 und 491 St. G. nicht nur in der sonst üblichen objectiven Weise mit der Confiscation vorzugehen, sondern auch subjectiv zu verfolgen und gegen den Herausgeber Dr. Victor Adler und den verantwortlichen Redacteur Ludwig Brettschneider, die Anklage zu erheben.

Das k. k. Landesgericht in Wien verfügte außerdem über Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft die Stellung der beiden Angeklagten vor das Ausnahmegericht. Vergeblich war die Berufung der beiden Angeklagten gegen die Verfügung, denn das Oberlandesgericht bestätigte das Forum und anerkannte somit, dass der Anklage anarchistische, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschaft gerichtete Bestrebungen zugrunde lagen.

Am 27. Juni 1889 wurde Dr. Adler vom Vergehen nach §. 302 St. G. freigesprochen, jedoch wegen Vorgehens der Störung der öffentlichen Ruhe nach §§. 300 und 305, sowie der Beleidigung der Armee nach §. 491 und Artikel I des Gesetzes vom 17. December 1862 zur strengen Arreststrafe in der Dauer von vier Monaten, verschärft mit einem Fasttage in jedem Monate, ferner in die Kosten des Strafverfahrens verurtheilt.

Zugleich wurde ein Cautionsverlust von 100 Gulden für die „Gleichheit“ im Urtheile ausgesprochen. Ludwig Brettschneider wurde wegen Außerachtlassung der pflichtmässigen Obsorge eines verantwortlichen Redacteurs nach Artikel III des Pressgesetzes zu dreißig Gulden Geldbusse, eventuell 6 Tagen Arrest verurtheilt.

Die Angeklagten hatten sich in der Schlussverhandlung nicht gegen die Anklage vertheidigt, wohl aber das Forum bestritten.

Sie verlangten vor das zuständige Gericht, d. i. vor das Schwurgericht gestellt zu werden. Sie erklärten, dass sie Socialisten und nicht Anarchisten seien und gaben sich sogar als Gegner der Anarchisten aus.

Aber auch der Oberste Gerichtshof hat die Beschwerde gegen die Competenz des Ausnahmegerichtshofes verworfen und bei der Verhandlung am 7. December 1889 auch die Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen.

Hier ist es wohl zur Characterisirung der Antheilnahme der socialdemokratischen Partei am Platze, die Standpunkte, welchen die antisemitische und socialistische Presse nach dem Strike einnahmen, festzustellen.

Im Deutschen Volksblatte, dem Organe der Antisemiten, das sich viel mit den ursächlichen Wirkungen des Strikes und seiner Folgen beschäftigte, war die Behauptung aufgestellt worden, dass Dr. Victor Adler durch ein Mitglied des jüdisch-socialdemokratischen Vereines „Wahrheit“, den Bruder eines Tramwaybedien-

steten gleich anfangs zum allgemeinen Strike aufforderte, ferner, dass Dr. Adler in die Versammlung der 800 Tramwaykutscher am 18. April bei einer Hintertlüre eingeschmuggelt wurde, dass am ersten Striketage der „Demagoge“ Adler bei den Remisen im Prater erschien, die Kutscher versicherte, dass sie bald und glänzend siegen werden, dass er in Favoriten gesehen wurde, als die Arbeiterkrawalle losgingen, endlich, dass er wiederholt Geld für Strikezwecke austeilte.

In der That nahmen die Socialisten die Sache für sich in Anspruch.

Der „Socialdemokrat“ vom 4. Mai vindicirt für die Socialdemokraten die regste Betheiligung an den Tramwayexcessen und hebt hervor, dass die ganze Armee aus den Arbeiterquartieren auf Beinen war, um auf das Nachdrücklichste gegen die Polizei zu demonstrieren. „Wer die Strikenden unterstützte, waren nicht die Antisemiten, nicht die Juden.“

„Nicht der „Jude“ Adler, sondern der „Socialdemokrat“ Adler ist für sie eingetreten.“

Die „Freiheit“ vom 27. April 1889 sagt anlässlich der Unruhen bei dem Strike der Wiener Tramwaykutscher Folgendes:

„... sowohl auf Seite der Capitalisten, wie auch auf der der Proletarier dürfte man darüber sich ziemlich klar sein, dass ähnliche Zusammenstöße (zwischen Militär und Proletariat) ohne Zweifel einmal den Anfang der endgiltigen Katastrophe bilden werden.“

„Alle diese Krawalle sind nichts anderes als Plänkeleien der socialen Revolution.“

„Übung macht den Meister auch in Sachen des Kampfes. Die heute noch Steine schleudern, können morgen schon Bomben werfen, dann hören die Cavallerieangriffe und Bajonnetanfälle gleich auf.“

„Aus einer chronischen Krawallerei muss sich die Massenerhebung entwickeln.“

Auch nach beendeten Strike der Tramwaykutscher hörte die „Gleichheit“ nicht auf, die Bediensteten der „Alten“ Tramway in Aufregung zu erhalten, indem sie einerseits die Kutscher mahnte, auf der Hut zu sein, um die Errungenschaften nicht wieder zu verlieren und etwaigen ersten Versuchen in der energischsten Weise entgegenzutreten und andererseits die dem ersten Ausstände fern gebliebenen Conducteure gegen die Tramwaygesellschaft aufzureizen begann.

Nebenher schürte die „Gleichheit“ die infolge des günstigen Ausganges des Ausstandes der Tramwaykutscher mit ihrer Lage unzufrieden gewordenen Bediensteten der „Neuen“ Tramwaygesellschaft und war eifrig bemüht, die Wagenbediensteten beider Gesellschaften zu einem Ausstände für die Pfingstfeiertage zu präparieren.

Aus dem Grunde schrieb die „Gleichheit“ in der Nummer vom 7. Juni, dass die Direction und der Verwaltungsrath ihr Wort gegenüber den Kutschern auf die perfideste Weise gebrochen haben und da auch die Forderungen der übrigen Bediensteten, namentlich die der Conducteure unberücksichtigt geblieben wären, so sei es nicht ausgeschlossen, dass ein Strike für Pfingstsonntag beschlossen werde.

Schließlich forderte das socialdemokratische Organ auf, dass diesmal „alle“ (Tramwaybediensteten) dem Strike sich anschließen sollen.

Dass die Socialisten auf das eifrigste bemüht waren, für die Pfingstfeiertage in gleicher Weise einen ähnlichen Strike wie in den Osterfeiertagen zu arrangieren, geht wohl am deutlichsten aus dem Umstände

hervor, dass der Metallarbeiter und Redacteur der „Gleichheit“ Rudolf Pokorny es selbst nicht verschmähte, in eine Versammlung der Bediensteten der Neuen Wiener Tramwaygesellschaft, an welche die behördliche Bedingung geknüpft war, dass behufs freier und unbeeinflusster Besprechung nur Bedienstete der Neuen Tramwaygesellschaft theilnehmen dürften, in der Kleidung eines Tramwaykutschers, welche er durch Vermittlung der Tramwaykutscher Kastl, Großfinger und Oppitz erhielt, einzudringen und in einer Hetzrede zum Strike aufzureizen suchte.

Er wurde deshalb am 4. Juni 1889 von dem k. k. Bezirksgerichte in Ottakring wegen Irreführung der Behörde zu fünf Tagen, seine Vorschubleister zu je drei Tagen Arrest verurtheilt.

Der Strike aber kam nicht zustande.

Kurze Zeit nach dem Ausstände der Wiener Tramwaywagenführer stand der Ausbruch eines Tramwaykutscherstrikes in Prag bevor, der insbesondere wegen des großen Fremdenverkehrs zum St. Johannesfeste am 16. Mai 1889 empfindlich zu werden drohte.

Es gelang den Behörden zwar nicht, den Strike hintanzuhalten, aber der Ausstand verlief ohne wesentliche Störung der öffentlichen Ruhe.

Dem Strike der Wagenführer der Wiener Tramwaygesellschaft folgte im Monate Mai der Strike in Westphalen und dem Beispiele der westphälischen Kohlenarbeiter folgte die Lohnbewegung unter den österreichischen Bergarbeitern, welche, wenn sie auch an Ausdehnung die westphälische Arbeitseinstellung nicht erreichte, doch immerhin die Lage der Bergwerkseigenthümer prekär gestaltete und auf die Kohlenpreise in Deutschland und Österreich empfindlich wirkte.

Die Strikebewegung der Kohlenarbeiter in Österreich begann in Mährisch-Ostau, wo am 30. April 1889 bei 800 Kohlenarbeiter die Arbeit einstellten und in drohender Weise das „Procentgeld“ zurückverlangten. bis Gendarmerie und Militär ankam und nach mehrfachen Verhaftungen die Ruhe herstellte. Von den Verhafteten hat der Gerichtshof in Neutitschein am 3. Juni 1889 die Zahl von 22 Angeklagten wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit, Auflaufes oder Ruhestörung schuldig erkannt, aber zu milden Strafen verurtheilt.

Der Hauptsitz der Strikebewegung war im Pilsener Reviere, wo successive 6000 Arbeiter strikten, besonders aber in Kladno, wo an Einem Tage Tausende von Arbeitern sich weigerten einzufahren, wenn ihren Bedingungen in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit nicht Rechnung getragen würde.

Anfänglich hielten sich die Arbeiter innerhalb des Rahmens der Gesetze und der Strike vollzog sich wie der in Westphalen in vollständiger Ruhe und Ordnung.

Am 22. Mai 1889 war der allgemeine Bergarbeiterstrike in Kladno und Umgegend ausgebrochen, am 23. Mai um 9 Uhr morgens war Infanterie behufs Aufrechthaltung der Ordnung in Kladno eingerückt, acht Tage später war bereits auf allen Schachten die Arbeit aufgenommen, die Ruhe wieder hergestellt und schon nach sechzehntägiger Anwesenheit konnte das entsendete Militär nach Prag zurückkehren.

Allein am Frohnleichnamstage kam der lang zurückgehaltene Grimm zum Ausbruche und während der feierlichen Procession ereigneten sich bedauerliche Ausschreitungen.

Ein scheinbar geringfügiger Vorfall, die Arretirung eines Kutschers, der einen Baumzweig von einem der

Altäre sich zueignen wollte, hatte die bedauerlichsten Excesse zur Folge.

Der Kutscher Hrubes widersetzte sich der Arrestirung, gab dem Wachmann einen Faustschlag ins Gesicht und Hrubes konnte nur unter Assistenz zweier weiterer Sicherheitswachen nach dem Arreste gebracht werden.

Gleich darauf sammelte sich eine ungeheure, meist der Bergarbeiterschaft angehörende Masse auf dem Ringplatze vor dem Rathhause an und beehrte stürmisch die Freilassung des verhafteten Kutschers, der denn auch, da die Menge eine immer drohendere Haltung annahm, über Anordnung des Gemeindecsecretärs enthaftet wurde.

Nichtsdestoweniger beruhigte sich die tobende Menge nicht mehr und begann das Rathhaus mit Steinen zu bombardiren, wobei sämtliche Fenster zertrümmert und auch der in Uniform intervenirende Statthaltereiconceptpraktikant Baron Villani leicht am Kopfe, ein Gendarm jedoch durch einen Steinwurf so schwer am Kopfe verletzt wurde, dass er bewusstlos zusammenbrach.

Plötzlich erscholl mitten aus der Menge der Ruf: „Auf zum Bürgermeister, er lässt auf uns schießen“, und die Arbeiter, denen sich arbeitsscheue Individuen angeschlossen hatten, stürzten in ihrer blinden Wuth, johlend und tobend, gefährliche Drohungen ausstossend, auf den Ringplatz des Bürgermeisters Hrabce.

Dieser war gewarnt worden und hatte noch rechtzeitig mit seiner Familie das Haus verlassen können, worauf die Hausleute von innen das Thor verrammelten. Die Menge begann sofort mit dem Bombardement der Fenster und wollte durch das Thor eindringen. Als das Thor nicht sofort nachgab, wurden die Pflöcke von den Alleebäumen auf dem Ringplatze ausgerissen und mit denselben eine Thortafel eingeschlagen, worauf ein Mann in den Hausflur hineinkroch und von innen das Thor öffnete.

Unbehindert flutete nunmehr die Masse ins Haus, drang über die Stiegen in die Wohnung, zertrümmerte in wilder Wuth alles, was nicht niet- und nagelfest war, raubte und plünderte wie in einer vom Feinde eroberten Stadt; auch Feuer wurde gelegt.

Die Gendarmerie musste rücksichtslos gegen die aufgeregte Masse einschreiten, konnte sich aber gegen die Übermacht weder behaupten, noch mit der von Prag schleunigst entsendeten Gendarmerieverstärkung vereinigen und so blieb nichts anderes übrig, als dass die Gendarmerie in Kladno sich im Hause des Bürgermeisters förmlich verschanzte, während die aus der Umgebung nach Kladno dirigirte Gendarmerie die von Prag schleunigst herbeigerufene Militärtruppe abwarten musste.

Die Gendarmerie musste auf die Plünderer eine Salve abgeben. Drei Personen wurden sofort getödtet und mehrere schwer verwundet.

Das Militär rückte ein, viele Verhaftungen wurden vorgenommen und die Ruhe wurde hergestellt.

Doch musste das Militär längere Zeit zur Sicherung der Ruhe und Ordnung in Kladno verbleiben, weil Brandbriefe, welche verschiedenen Personen zugekommen waren, die Bevölkerung beunruhigten und zur Vorsicht mahnten.

Von den Verhafteten wurden durch den Erkenntnissat in Prag am 27. Mai 1889 vierzehn Theilnehmer zu schwerem Kerker in der Dauer von acht bis achtzehn Monaten und fünf zu einfachem Kerker von fünf bis dreizehn Monaten verurtheilt.

Am 12. October wurden von den übrigen Angeklagten fünfzehn freigesprochen, die übrigen siebzehn

Angeklagten zu Arrest- und Kerkerstrafen in der Dauer von einer Woche bis zu drei Jahren verurtheilt.

Drei Tage vorher als in Kladno waren die Unruhen in der alten berühmten Fabrikstadt Steyr ausgebrochen.

Infolge eines Artikels in der socialdemokratischen Wochenschrift „Gleichheit“ vom 14. Juni 1889, dass bei dem Schraubstockschmiede Teufelmeyer in Steyr, welche die „Gleichheit“ als eine „Schinderbude“ bezeichnet, die Arbeiter durch Überstunden gedrückt werde, fand am Abend des 17. Juni auf dem Wiesenfelderplatze vor dem Hause des Teufelmeyer durch mehrere Hundert Arbeiter eine Katzenmusik statt. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen, doch es verlief die ganze Ausschreitung, ohne einen ersten Hintergrund zu zeigen.

Am folgenden Tage aber wiederholten sich die Krawalle und um die Verhafteten zu befreien, zog eine 2000 Köpfe starke Menge vor das Haus des Bürgermeisters Berger, die Loslassung der Inhaftirten verlangend.

Als die Gemeindeorgane anfangen, ernstlich gegen die Arbeiter vorzugehen, bemächtigte sich der Menge ein rasender Zorn. Es folgte ein Steinhagel gegen die Gemeindeaufsichtsorgane, gegen Gemeindeczinshäuser auf der Promenade und gegen das aus der Strafanstalt Garsten ausrückende Militär.

Die Wuth der Menge steigerte sich noch, als die Bürgergarde ausrückte. Nun wurden die öffentlichen Gebäude, Kreisgericht, Steueramt, Bezirkshauptmannschaft und Rathhaus bombardirt, die Gaslaternen zerstört, der Kaufladen Metzels in der Kirchengasse demolirt, Kleider und Bettwaren gestohlen. Als Militär eintraf, stellte sich die Ruhe ein und es konnte die Frohnleichnamsp procession am 20. Juni ohne Störung stattfinden. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen und einige der socialistischen Führer, so namentlich Frimmel, Kuttli, Robida aus der Waffenfabrik entlassen. Diese mussten auch die Stadt verlassen und Frimmel ging über Salzburg und die Schweiz nach Frankreich.

Von den verhafteten und dem Gerichte überstellten Personen wurden 24 mit Arrest- und schweren Kerkerstrafen von drei Tagen bis zu 18 Monaten gehandelt, nur fünf Personen wurden freigesprochen.

Wie durch die Bezirkshauptmannschaft in Steyr festgestellt ist, wurden von der oberwähnten Nummer der socialdemokratischen Wochenschrift „Gleichheit“ am 15. und 16. Juni einige Hundert Exemplare abgesetzt und daraus ergibt sich naturgemäß die Folgerung, dass zunächst der betreffende Artikel die Veranlassung zu den Unruhen gegeben hat.

Infolge dessen und unter Bedachtnahme auf die Unruhen aus Anlass des Strikes der Wiener Tramwaywagenführer, dem die Faiseurs der „Gleichheit“ — wie constatirt war — gleichfalls nicht ferne standen, wurde das Erscheinen der „Gleichheit“ am 22. Juni behördlich eingestellt.

Unterdessen nahmen ebenfalls noch im Monate Juni die lang vorbereiteten Strikes in Brünn ihren Anfang, indem gleichzeitig die Arbeiter der Textilbranche und die Bäcker einen Strike begannen.

Während aber der Ausstand der Bäckergehilfen nur einen Tag währte, zogen sich die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den verschiedenen Textilbranchen so sehr in die Länge, dass endlich seitens der Arbeiter eine Deputation von drei Brünner Arbeitern an Seine Excellenz den Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe abgesendet wurde.

Diese Deputation wurde in Wien zunächst von dem gewesenen verantwortlichen Redacteur der „Gleichheit“

Ludwig Brettschneider empfangen und ins Ministerhotel geleitet, die Mitglieder dieser Deputation verkehrten hier mit den leitenden Personen der socialistischen Partei Dr. Victor Adler, dem vorgenannten Redacteur Brettschneider und Rudolf Pokorny und so wurde wieder ein thatsächlicher Zusammenhang zwischen diesen Personen und den Brüner Ausständigen constatirt.

Samstag den 6. Juli 1889 war die Deputation der Brüner Arbeiterschaft nach Wien gekommen. Sonntag abends fuhr sie nach Brünn zurück und Montag Früh erschienen so viele Arbeiter in den Fabriken, dass das Ende des Strikes nahe schien.

Doch bald trat ein Theil der Arbeitenden wieder in den Ausstand ein und nach zehntägigem ruhigen Verlauf des Strikes, am Abende des 10. Juli begann die Situation kritisch zu werden, als vor dem Etablissement Schüller-Loew und vor der Kammgarnspinnerei Hunderte von Arbeitern erschienen und die, jene Fabrik verlassenden Arbeiter zu bedrohen angingen.

In Hussowitz tauchte zu gleicher Zeit eine bedrohliche Menge auf.

Infanterie und Cavallerie stellte aber bald die Ordnung hier und dort wieder her und nahm einige Verhaftungen vor, darunter am 11. Juli die zweier Mitglieder des Arbeitercomités, nämlich des Moriz Palezek, welcher Mitglied der nach Wien geschickten Deputation war, und des Alois Sobotka, des verantwortlichen Redacteurs des „Rovnost“ (Gleichheit), welche Verhaftungen einen tiefen Eindruck unter den strikenden Arbeitern hervorriefen. Ausserdem wurde der wiederholt abgestrafte Schieferdecker Franz Biez verhaftet, welcher am 2. Juli während des Strikes den Obrowiezer Caplan mit einem Messer bedrohte, um Geld zu erpressen. Er musste gefesselt werden, um zur Polizei gebracht werden zu können. Auf dem Wege dahin forderte er die strikenden Arbeiter zu seiner Befreiung auf. Biez wurde hiefür am 27. Juli 1889 mit Erkenntnis des k. k. Landesgerichtes in Brünn zu Einem Jahre schweren Kerkers verurtheilt.

Von Brünn ging die Lohnbewegung auf Jägerndorf über. Dortselbst stellten sämtliche 4000 Arbeiter der Textilindustrie an Einem Tage die Arbeit ein und verlangten zehnstündige Arbeitszeit und 20 bis 30 Procent Lohnerhöhung.

Gleichzeitig schienen auch die in den Grenzorten Preussisch-Schlesiens beschäftigten Arbeiter mit den in Jägerndorf befindlichen Berufsgenossen gemeinsame Sache zu machen.

Infolge dessen wurde auf österreichischer Seite die Grenze militärisch besetzt, um Beeinflussung und Vereinigung zu verhindern und gleichzeitig verständigte der preußische Landrath in Leobschütz die Bezirkshauptmannschaft in Jägerndorf, dass er die Grenze auch deutscherseits durch Gendarmerie abstreifen ließe und dass größere Ansammlungen von deutschen Arbeitern überall zersprengt würden.

Dieser gemeinsame Vorgang der nachbarländischen Behörde war sehr erfolgreich. Es schien, dass allenthalben Verabredungen unter den Strikenden und leitenden Personen dahin bestanden, dass ein Ausstand sich an den andern reihen sollte, denn von dem Augenblicke an, als die Situation in Brünn sich günstiger zu gestalten anfang, begann der Strike in Jägerndorf und Umgebung und an diesen reihten sich die Ausstandsvorbereitungen bei den Kohlenarbeitern in Steiermark.

In Leoben versuchten unbekannte Thäter wiederholt den Dynamithurm der Montangesellschaft zu erbrehen und nachdem schon in der Nacht zum 4. Juli in

Seegraben bei Leoben nach Einbruch in das Sprengmittelmagazin der Alpinen Montangesellschaft 17 Kilo Dynamit und 6 Kilo Sprengpulver entwendet worden waren, setzte die Gesellschaft auf die Eruirung der Einbrecher ins Dynamitmagazin eine Belohnung bis zu 500 fl. aus.

Diese Vorgänge veranlassten die Abcomandirung eines Bataillons Infanterie von Graz nach Leoben, woselbst der Kohlenarbeiterstrike, wie besorgt worden war, thatsächlich zum Ausbruch kam und sich weiter über Münzberg, Seegraben, Frohsdorf bis Köflach ausbreitete.

Die Arbeiter in Donawitz bei Leoben demonstirten gegen die Entlassung eines Arbeiterführers; die dahin entsendete Militärabtheilung stellte die Ruhe bald wieder her.

Einen bösen Verlauf schien der Strike der Kohlenarbeiter im Eisenwerke Pichling der Alpinen Montangesellschaft und in Köflach zu nehmen. In Pichling strikten beiläufig 1000 Mann und in Köflach unternahmen die strikenden Arbeiter den Versuch, den Director Karner der Gratz-Köflacher Bergbaugesellschaft und den Verwalter Hartnigg der Lankowitzer Kohlencompagnien zur Betriebseinstellung zu zwingen.

Dieselben drohten die Stollen zu besetzen, wurden hieran zwar durch Militär gehindert, nichts destoweniger gelang es aber, gegen Mittag die Arbeiter dieser Werke am Einfahren zu verhindern.

Die Situation wurde noch ernster, als um 2 Uhr nachmittags etwa 1000 Bergknappen aller Werke, von Weibern und Kindern begleitet, vor dem Ferdinandschachte erschienen, um ihre Forderung an die Kanzlei zu stellen. Bald darauf wurden die Agitatoren, darunter der Rädelsführer Sladzek, als sie aus Seegraben kamen und die Leute terrorisirten, verhaftet, worauf eine Wendung zum Besseren eintrat.

Auffällig war, dass hier sowie an allen Orten, wo größere Ausstände stattfanden (Brünn, Jägerndorf etc.), Arbeiteraufzüge ohne behördliche Bewilligung abzuhalten versucht, oder wirklich abgehalten wurden, woraus abermals auf eine einheitliche Leitung aller Ausstände in der österreichischen Monarchie geschlossen werden konnte. In Jägerndorf wiederholten sich diese Aufzüge, bis am 20. Juli 1889 12 Arbeiter verhaftet und wegen Vergehen des Auflaufes dem Strafgerichte übergeben wurden, worauf der Strike am 28. Juli 1889 beendet war.

Am 25. Juli 1889 stellten 1600 Kohlenarbeiter in Trifail die Arbeiten ein und nahmen gleichzeitig eine solche Haltung an, dass Militärassistenz dahin abgesendet werden musste. Die Situation gewann einen immer mehr bedrohlichen Charakter, so zwar, dass angesichts des tumultuarischen Auftretens der Strikenden eine stärkere Militärabtheilung zur Aufrechthaltung der Ordnung nothwendig wurde.

Am 26. Juli verhaftete die Gendarmerie 62 Trifailer Arbeiter, welche die Gendarmeriekaserne stürmen wollten und weitere 26 Personen wurden wegen Bedrohung der anfahrenden Feuerwachen verhaftet. Die Inhaftirten wurden wegen Platzmangel im Bezirksgerichtsarreste Tüffer unter starker Infanteriebedeckung an das k. k. Kreisgericht in Cilli eingeliefert.

Die Massenverhaftungen blieben nicht ohne Wirkung; schon Tags darauf waren die Straßen, wo früher bedrohende Massen wogten, leer.

Nichts destoweniger zeigten sich die Arbeiter un-nachgiebig.

Durch weitere Verhaftungen in Ilrastnigg und Trifail war die Lage in diesen Orten ruhiger geworden,

als schon wieder der Ausbruch eines Strikes der Tischler in Prag signalisirt wurde. Eine am 28. Juli von beinahe 1000 Tischlergehilfen besuchte Versammlung beschloss nämlich die Einhaltung einer achttägigen Kündigungsfrist vom 29. Juli ab, um nach Verlauf dieser Frist zu striken; es kam jedoch nicht dazu. Mittlerweile wurde die Lage im Trifailer Bezirke, welche sich kurz vorher günstiger gestaltet hatte, wieder kritischer, die Arbeiter hielten an ihrer Forderung einer Erhöhung der Herrn- und Gedingschicht fest.

Ein Trupp von Arbeitern zog vor die Bruderlade und gab der, unter Hinweis auf das erlassene Verbot (lerartiger Versammlungen, von der k. k. Bezirkshauptmannschaft ergangenen Aufforderung, sich zu entfernen, keine Folge.

Die Arbeiter verlangten unter Lärm und Gejohle die obige Lohnerhöhung und Theilung der Bruderlade bei etwaiger Abrechnung. Da inzwischen die von dem Gewerksdirector kundgemachte Erhöhung der Gedingschicht um weitere 4, das ist von 8 auf 12 Procent abgelehnt, die Arbeiter immer ungestimmt wurden, der wiederholten dringenden Aufforderung des Bezirkshauptmannes, bei sonstiger Verhaftung sich zu zerstreuen, nicht nachkamen und das Herausgreifen Einzelner ohne Blutvergießen sich als undurchführbar erwies, sah sich der Bezirkshauptmann genöthigt, die ganze Menge für verhaftet zu erklären, dieselbe durch herangezogene drei Compagnien umzingeln und vor das Rathhaus transportiren zu lassen.

Die Absicht des Bezirkshauptmannes, dort jeden Einzelnen vorführen und vernahmen zu lassen, war unausführbar, da die Zurückbleibenden sich unter Gebrüll auf die Gendarmerie warfen und die Anwendung von Waffen unvermeidlich geworden wäre.

Da die nochmalige Ansprache des Bezirkshauptmannes, dass es jetzt noch jedem freistehe, nach Hause zu gehen, einen neuen Sturm hervorrief, wurde die ganze Menge, deren Anzahl erst bei der Einwaggonirung auf 390 festgestellt wurde, zur Station und mit Separatzug nach Cilli eskortirt und dem k. k. Kreisgerichte wegen Vergehens des Auflaufes eingeliefert.

Unter den Verhafteten befanden sich auch Weiber, deren Ausscheidung nur mit Waffengewalt durchführbar gewesen wäre.

Das Kreisgericht Cilli stellte gegen circa 90 Personen das Strafverfahren ein. Gegen die übrigen 300 wurde das weitere Verfahren im Monate September auf Allerhöchsten Befehl eingestellt.

Mit diesem Strike war die Serie der fast unmittelbar aufeinander folgenden größeren Ausstände in Österreich zu Ende. Es kamen inzwischen und später noch einige Strikes von geringerem öffentlichen Interesse vor, von denen nur noch der Mitte November 1889 ausgebrochene Strike der Perlmutterdrechsler, dem sich bei 3000 Gehilfen aus Wien und Umgebung angeschlossen, durch seine längere Dauer erwähnenswert ist. Er endete am 22. December mit einer mäßigen Lohnerhöhung der Gehilfen. Auch dieser Strike wurde von der socialistischen Partei moralisch durch Versammlungen und Presse und materiell durch Goldsammlungen angeregt und gefördert.

Im allgemeinen gingen die Forderungen der Arbeiter in den durchgeführten Ausständen auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Sie bezweckten aber auch in speciellen Gewerbszweigen gänzliche Abschaffung der Schlafstellen in den Fabriken, sowie des Schlafens in den Werkstätten überhaupt; Einführung des Metermaßes und Gewichtes, Abschaffung der Überzeit-

arbeit, Einführung einer Arbeitsordnung für sämtliche Fabriken u. s. w.

Mitten unter den von der Arbeiterschaft geführten Lohnkämpfen machte die Arbeiterschutzesetzgebung in Österreich einen weiteren Fortschritt durch die Krankenversicherung der Arbeiter.

Die Activirung der Krankenkassen konnte zwar nicht zur anberaumten Zeit erfolgen, weil die Vorarbeiten für die Activirung der Bezirkskrankenkassen, obgleich sie allenthalben weit vorgeschritten waren, bis zum 1. Mai nicht beendet werden konnten.

Das k. k. Ministerium des Innern hat sich daher veranlasst gesehen, im Interesse der vollkommen zweckentsprechenden Einrichtung der Kassen von der Einhaltung des mit 1. Mai 1889 in Aussicht genommenen Termines für den Beginn der Wirksamkeit der Krankenversicherung abzusehen.

Sobald aber durch die politischen Landesbehörden die Anzeigen einliefen, dass die Kassen der betreffenden Verwaltungsgebiete in vollkommen functionsfähiger Weise eingerichtet seien, wurde der Termin des Beginnes der Wirksamkeit der Krankenversicherung definitiv auf den 1. August 1889 festgesetzt.

In der Berichtszeit ist keine anarchistische Gewaltthat zu verzeichnen, denn die Thatsache, dass am Morgen des 6. März bei dem Hause des Gemeindevorstehers Josef Kadera in Sebekur, Bezirk Prestitz in Böhmen, eine Dynamitpatrone zur Explosion gebracht wurde, wodurch 16 Fensterscheiben zertrümmert worden sind, dürfte ebensowenig auf eine Action der Anarchisten zurückzuführen sein, als die im Berichtsjahre mehrfach vorgekommenen Entwendungen von Dynamit aus den wohlversperrten Magazinen.

Das erwähnte Dynamitattentat dürfte vielmehr auf die Rache eines Einzelnen zurückzuführen sein, welcher nach dem Beispiele der in früheren Jahren verübten anarchistischen Gewaltthaten vorgegangen ist und die Entwendungen der nicht unbedeutenden Mengen von Dynamit, wie im Tobelgraben in Kärnten, in Auer in Tirol, im Pulvermagazine zu Sava u. a. O. dürften zweifellos in gewinnsüchtiger Absicht erfolgt sein.

Auch der folgende Fall dürfte — wie die endliche Gerichtsverhandlung ergeben wird — nicht auf eine anarchistische, sondern auf eine irredentistische Thätigkeit zurückzuführen sein.

In **Triest** wurden gelegentlich der Festlichkeiten aus Anlass des Stapellaufes des neuen Rammkreuzers „Franz Joseph“ in der Nacht vor der Feier am 17. Mai mehrere Bomben geworfen, davon eine am großen Markte, wo die Marinecapelle musicirte, eine in der Nähe des Statthaltereigebäudes, eine im Garten des Vereines „Austria“ und eine am Bahnhofe zur Zeit der Ankunft der Gäste und Abgeordneten.

Den ununterbrochenen eifrigen Recherchen der Sicherheitsbehörde gelang es nach längerer Zeit, die Urheber dieser Attentate zu eruiiren und mit dem Beweismateriale in die Hände zu bekommen.

Am 24. September 1889 wurde in der Wohnung des in der Buchdruckerei Capries beschäftigten 20jährigen Schriftsetzers und italienischen Militärstellungsflüchtlings Domenico Sacco aus Neapel eine Hausdurchsuchung vorgenommen und wurde auf Grund der Ergebnisse derselben sowohl dieser, als auch der 19jährige absolvirte Handelsakademiker Ottilio Clementini aus Triest, der 19jährige beschäftigungslose Handlungselhilfe Franz Joppi aus Udine und der 20jährige Schüler der 7. Classe der städtischen Realschule Alfieri Rascovich, Sohn des

bekanntem Gemeinderathes und Präsidenten der „Società Operaia“ Edgar Rasovich, Ende September verhaftet.

Als Mitschuldige wurden noch über Requisition der Polizeidirection in Triest von der k. k. Bezirkshauptmannschaft Mitterberg der absolvirte Handelsakademiker Camillo Defranceschi verhaftet.

Die in der Wohnung des Domenico Sacco gefundene Petarde enthielt zwei Patronen Dynamit. Dieselben waren an allen Seiten mit einer präparirten, auch durch Reibung oder Schlag sehr leicht entzündlichen Cellulose umgeben und mit je einem Sprengzündhütchen derart versehen, dass die Lunte durch die ganze Petarde hindurch bis zum Zündhütchen reichte.

Durch die Verhaftung des Sacco, dann weiter des Camillo de Franceschi und Consorten scheint eine Gruppe unschädlich gemacht worden zu sein, welche sich anschiekte, im Küstenlande und in Istrien eine Reihe von Filialen des in Mailand bestehenden „Circolo Garibaldi di Trieste“ zu gründen und dem Organe „L'Eco delle Alpe Giulie“ die größtmöglichste Verbreitung zu verschaffen.

Der Schmuggel mit ausländischen Presseerzeugnissen kam im Jahre 1889 nur sporadisch vor.

Am 5. März wurde in Höchst an der schweizerischen Grenze der Tischlergehilfe Karl Spaz mit socialrevolutionären Druckschriften, welche derselbe über die Grenze schmuggeln wollte, betreten.

Am 30. April 1889 machten die der socialistischen Bewegung fernstehenden Wiener Fleischcommissionsäre Knoll und Liebermann in der Centralmarkthalle die Anzeige, dass ihnen im Postwege eine kleine Holzkiste mit dem declarirten Inhalte „Effecten“ aus Bregenz mit dem Poststempel 28. April und der fingirten Adresse Emilie Knoll in Altstadt Bregenz zugekommen sei.

Die Kiste enthielt durchwegs socialistische Druckschriften in deutscher und polnischer Sprache.

Außerdem wurden noch einzelne Nummern des communistisch-revolutionären „La Revolte“ aus Stuttgart an den socialistischen Schriftsteller Kautsky in Wien von hier aus saisirt.

Zu Beginn des Monates Februar 1889 wurde ein sehr primitives Flugblatt, in welchem das „radicale Comité“ gegen Dr. Adler und die anderen Faiseurs des Hainfelder Parteitages loszieht, in Wien in wenigen Exemplaren verbreitet.

Eine besonders auffällige Thatsache war im Berichtsjahre die Heranziehung von Frauen in die Bewegung.

Bei den Unruhen aus Anlass des Tramwaykutschersrikes in Wien, noch mehr bei den Bergarbeiterunruhen in Kladno und bei jenen in Steiermark wurden Frauen durch ihre Theilnahme bemerkbar.

Im Unterstützungs- und Fortbildungsvereine der Drechsler in Wien sprach am 24. April 1889 die Handarbeiterin Marie Feucht zur Gründung eines Arbeiterinnenvereines, in dem sie sich als „echte Proletarierkinder“ fühlen wollen.

Einige Tage später bei einem Feste der Arbeiter auf der Vogeltenwiese am Galizynberge bei Wien versuchte die Tochter Marie des bekannten Socialisten Berger eine rothe Fahne mit der Aufschrift: „Frauen, organisirt Euch!“ zu entfalten.

Dieselbe sprach wiederholt im Arbeiterbildungsvereine im ähnlichen Sinne und ebenso die Handarbeiterin Muckberger im Arbeitervereine „Apollo“, welche gleich der Delegirten Frau Ihrer am Pariser Internationalen Socialistencongresse analog dem Marx'schen Mahnruf

mit dem Aufruf endeten: „Proletarierinnen aller Länder, vereinigt Euch!“

Von einzelnen Vorfällen ist noch Folgendes zu erwähnen:

In **Wien** ging der 13. März verhältnismässig sehr ruhig vorüber.

Nur wenige Arbeiter zogen mit ihrem Parteiführer Dr. Victor Adler zum Grabe der Märzgefallenen, deren Monument wenige Monate vorher vom Schmelzernach dem Central-Friedhof überführt worden war, und legten daselbst mit einem dreimaligen Hoch zwei Kränze der „Gleichheit“ und der „socialdemokratischen Arbeiterpartei“ nieder.

Dr. Adler, welcher, wie oben bereits erwähnt worden ist, infolge der heftigen Ausfälle in der „Gleichheit“ über Behörden und Militär gelegentlich der Unterdrückung der Tramwayunruhen zu vier Monaten strengen Arrestes verurtheilt worden war, wurde im Berichtsjahre auch noch wegen Übertretung des §. 312, St. G., begangen durch Beleidigung des Regierungsabgeordneten in einer Versammlung des aufgelösten politischen Arbeitervereines „Wahrheit“, vom Strafrichter des k. k. städtisch delegirten Bezirksgerichtes in Mariahilf am 6. Juli 1889 zu einer Arreststrafe von 24 Stunden, erhöht vom Appellgerichte auf drei Tage Arrest, verurtheilt.

Am 25. Jahrestage, seit Lassalle im Duell mit dem Bojaren Rakowitza gefallen ist, nämlich am 31. August wollten die Wiener Arbeiter durch den Arbeiter-Sängerbund in Dreher's Parke eine großartige **Lassallefeier** veranstalten, die Feier wurde aber polizeilich verboten.

Am 31. Juli 1889 erlosch die mit Verordnung des k. k. Gesamtministeriums vom 1. August 1888 getroffene Verfügung, der zufolge im Interesse einer unbehinderten und gesicherten Rechtspflege die Wirksamkeit der Geschworenengerichte bezüglich einer Reihe von strafbaren Handlungen, welchen anarchistische, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zugrunde liegen, sistirt worden ist.

Die **Anwendung der Ausnahmsverordnung** fand, abgesehen von der Sistirung des politischen Vereines „Wahrheit“ und von der Einstellung des Erscheinens der „Gleichheit“, auch im Jahre 1889 nur in den allernothwendigsten Fällen statt.

Es wurden zehn Individuen ausgewiesen und zwei Ausländer abgeschafft, hingegen erhielten sechs Personen probeweise die Bewilligung zur Rückkehr.

Der Verein „Freie Genossenschaft der Huf- und Wagenschmiede in Wien“ wurde nicht auf Grund des Ausnahmsgesetzes sistirt, sondern behördlich aufgelöst, weil durch die Erhebungen constatirt wurde, dass der genannte Verein am 16. Juli 1889 an den internationalen Arbeitercongress in Paris ein Begrüßungs- und Beglückwünschungstelegramm gerichtet hat, wodurch aber der Verein seinen statutenmässigen Wirkungskreis überschritten hat.

In **Graz** büßte Rißmann nach seiner erfolglosen Bekämpfung der Beschlüsse des Hainfelder Parteitages und der daraus erfolgten Fusion beider Fractionen immer mehr und mehr Einfluß ein und da er selbst dies bald genug einsah, verließ er Graz und Oesterreich und begab sich zunächst nach Frankfurt am Main.

Mit dem Abgange Rißmann's erloschen die Bestrebungen der anarchistischen Partei in Graz fast gänzlich.

In **Prag** wurde Ende März 1889 der Ringelschmied Anton Zajiček aus Chotzen wegen Hochverrathes und Majestätsbeleidigung durch Verbreitung anarchistischer Druckschriften in Untersuchung gezogen und auch nach

der geschlossenen Untersuchung die Anordnung einer Hauptverhandlung wegen Hochverrathes seitens der Staatsanwaltschaft beantragt. Bei Zajiček wurde die Zeitschrift „Hlas lidu“ gefunden; auch stand derselbe mit dem bekannten Schneider Wenzel Marek in Verbindung. Marek leitet seit Jahren die von österreichischen Anarchisten in Paris betriebene Agitation, gibt zur Zeit im Geheimen das berüchtigte Blatt „Pomsta“ in Paris heraus, und ist bestrebt, nicht nur dieses Blatt, sondern auch die ihm aus London und New-York zukommenden anarchistischen Presserzeugnisse nach Österreich einzuschmuggeln. Bei diesem Schmuggel war Zajiček dem Marek behilflich.

Zajiček wurde bei der am 3. bis 5. Juni mit Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführten Hauptverhandlung wegen Verbrechens des Hochverrathes nach §§. 58, a, b, c und 59 St. G., zu drei Jahren schweren Kerkers verurtheilt.

Der Porzellanmaler Heinrich Dietl, der von der Alt-Rohlauer Porzellanfabrik und von den Arbeitervereinen in Falkenau und Karlsbad nach Paris als Delegirter zum Congresse entsendet worden war, wurde Anfangs October über Requisition des k. k. Kreisgerichtes Eger verhaftet, weil er in einer Versammlung im Gasthause des Anton Seidl in Merckelsgrün über den Pariser Congress gesprochen hat und weil die k. k. Staatsanwaltschaft in seiner Rede den Thatsbestand des Verbrechens nach §. 58 b respective §. 59 c (Hochverrath), eventuell des Vergehens nach §§. 283 bis 287 und 305 St. G. zu erkennen glaubte.

Die Anklage wurde schließlich auf das Vergehen nach §. 305 St. G. restringirt und Dietl auf freien Fuß gesetzt. Am 13. December fand bei dem k. k. Kreisgerichte in Eger die Verhandlung statt, die mit einem Freispruche endete.

In Reichenberg, wo die „Bewegung“ auf gleicher Höhe wie im Vorjahre sich erhielt, soll demnächst ein neues Arbeiterblatt erscheinen.

In **Galizien** fanden auch im Berichtsjahre wegen nihilistischer und socialistischer Umtriebe mehrfache Revisionen und Verhaftungen statt, die, wenn sie auch nicht in allen Fällen zu strafgerichtlichen Verurtheilungen führten, immerhin ein Situationsbild der gegenwärtigen Lage geben. Es wurden wegen Gründung einer geheimen Gesellschaft in Lemberg der Mitredacteur des „Kurjer Lwowski“ Iwan Franko und dessen Complicen, einige Akademiker und ein ruthenischer Pope, im Ganzen 9 Personen verhaftet. Es hatten sich nämlich einige verdächtige Studenten aus Kiew, darunter Sergius Degen und seine zwei Schwestern Natalie und Marie über Auftrag des in der Schweiz weilenden Dragomenow von Kiew nach Galizien begeben, um unter den dortigen Ruthenen socialistische Grundsätze zu verbreiten und auch den Hass gegen den Adel anzufachen. Ursprünglich wurde gegen Degen, seine zwei Schwestern und Consorten die Anklage wegen Hochverrathes erhoben, später aber diese Anklage fallen gelassen und eine solche auf Geheimbündelei und Störung der öffentlichen Ruhe eingebracht.

Über Antrag der Staatsanwaltschaft in Lemberg wurde aber die Voruntersuchung gegen Marie Degen wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe, §. 65 St. G., am 20. October 1889 nach §. 112 St. P. O. eingestellt. Iwan Franko, Andreas Skorodynski und Michael Pawlik wurden auf freien Fuß gesetzt, Sergius und Natalie Degen gegen Erlag einer Caution von je 500 fl. aus der Haft entlassen.

Von da ab blieben also nur Apollinar Marszinski (falsch Peter Lankowski) und Theodor Kistiakowski (falsch Bohdan Horodyski) in Haft, welche aber am 26. October 1889 nach geschlossener Voruntersuchung ebenfalls und zwar ersterer gegen Erlag einer Caution von 500 fl., letzterer gegen Erlag von 1000 fl. auf freien Fuß gesetzt wurden.

Als endlich auch gegen die letztgenannten Personen die Untersuchung eingestellt worden war, wurden die Kiewer Akademiker Sergius Degen und Apollinar Marszinski mit Erkenntnis vom 16. November 1889, Z. 1315 Pr. der Polizeidirection in Lemberg im Sinne der Bestimmungen des §. 2, Alinea 5 des Gesetzes vom 27. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 88, aus dem ganzen Geltungsgebiete dieses Gesetzes abgeschafft und haben sich in der von ihnen selbst gewählten Richtung über Podwoloczyska nach Russland begeben.

Am 27. September begann die Schlussverhandlung des sogenannten Lemberger Socialisten-Processes vor einem Erkenntnisenate des Landesgerichtes in Lemberg wegen Gründung eines socialistischen Geheimbundes in Galizien gegen Boleslaus Wysloueh, Alexander Klimeszewski, Stanislaus Koslowski, Jean Homulicki, Wilhelm Jelski, Marcell Wilczewski und Idzislav Jonuszewski, mit Ausnahme des Redacteurs Wysloueh sämmtlich russische Studenten, dann gegen den flüchtigen und steckbrieflich verfolgten Beamten des galizischen Landesausschusses Josef Gaszycki.

Die Staatsanwaltschaft führte in der Anklageschrift den Nachweis, dass in Warschau ein geheimer Centralverband socialistischer Richtung bestehe, welcher auf den Grundsätzen des Collectivismus (Marx) basirt und dass zu demselben die bereits organisirten Gruppen in Lemberg, Krakau und Dublany gehören und dass diese aus Warschau geheime Aufträge erhalten haben.

Nach der Behauptung der Angeklagten habe es sich aber um die Gründung eines wissenschaftlichen Vereines gehandelt.

Nach achttägiger Verhandlungsdauer wurde das Urtheil gefällt, von den acht Angeklagten wurde nur Koslowski wegen Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung zu einer 14tägigen Arreststrafe verurtheilt, alle übrigen Angeklagten aber freigesprochen.

Zum Schlusse muss noch die Rede Dr. Victor Adler's am **Pariser Socialistencongresse** zur Berichterstattung für Österreich erwähnt werden.

Redner sagte:

„Wir haben in Österreich ein Regierungssystem, das die Mitte hält zwischen Deutschland und Russland. Die Form unserer Gesetze gleicht denen in Deutschland, die Ausführung derselben der in Russland. Unsere Verfassung ist die liberalste, die man sich denken kann, nach ihr stellt sich Österreich beinahe dar als Republik mit dem Kaiser an der Spitze.“

Die Verfassung gewährleistet alle möglichen Freiheiten, aber jeder Polizeicommissär hat das Recht zu confisciren. An den Zustand, der sich daraus ergibt, haben sich die Socialisten gewöhnen müssen, es hat viele Opfer und harte Kämpfe gekostet, bis sie sich des Gegensatzes zwischen Wortlaut und Ausführung und der sich daraus ergebenden Sachlage bewusst geworden, aber jetzt ist es der Fall und das ist die Stärke der Bewegung in Österreich.

Seit 1884 habe Österreich auch ein Ausnahmsgesetz dem Wortlaute nach gegen Anarchisten, aber auch natürlich gegen Socialisten. Wie es gehandhabt wurde, zeigt der Umstand, dass seinerzeit in einer

Woche 400 Personen ausgewiesen wurden. Für den Moment war die Arbeiterbewegung niedergedrückt. Seit 1886 begann die Bewegung vom neuen sich zu entfalten; mit vieler Mühe gelang es die Zwistigkeiten unter den Arbeitern zu beseitigen.“

Adler schildert nun die Schwierigkeiten, die sich in Österreich der socialistischen Agitation entgegenstellen.

„Dahin gehören der Mangel eines Vereinsrechtes, die Beschränkung der Presse, die nationalen Verschiedenheiten etc.

Der Feudalismus in Österreich ist noch eine Macht und wenn er auch schon der Bourgeoisie zuneigt, bestehen doch noch viele Interessen, die jenen der letzteren entgegengesetzt sind. Diesem Umstande verdankt Österreich seine Arbeiterschutzgesetzgebung, die zu den besten der bis jetzt bestehenden gehört.

Die österreichischen Socialisten sind der Ansicht, dass alle Mittel benützt werden müssen, die geeignet sind, das Proletariat physisch und geistig zu heben.

Deshalb sind sie für die Arbeiterschutzgesetzgebung. Aber es kommt darauf an, dass, wenn der große geschichtliche Moment eintritt, wo die capitalistische Gesellschaftsordnung — sagen wir nicht gestürzt wird, wohl aber zusammenbricht — wie dann das Proletariat aussieht, ob er entfesselte Sklaven sehen wird, oder Männer, die sich befreien Bereit sein ist Alles.“

Ungarn.

In Ungarn hat während des Berichtsjahres die socialistische Bewegung nur geringe Fortschritte gemacht und die anarchistische Propaganda wenige Lebenszeichen gegeben. Die Agitation war noch schwächer als im Vorjahre und schien an den meisten Orten des Landes ganz erloschen zu sein.

Die einzigen Kundgeber des Fortbestandes der Parteibewegung waren: der in Budapest bestehende „Arbeiterclub“, der Neusitzer Arbeiterverein und der Pressburger Arbeiterverein „Vorwärts“; von den Parteiorganen die „Arbeiter-Wochen-Chronik“ und das gleichfalls wöchentlich erscheinende ungarische Parteiorgan „Nepszava“, welche beide in ziemlich starker Auflage erscheinen und activ sein sollen.

Die ehemals unangegriffen, ja beinahe unantastbar gehaltene „Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse“ wurde im abgelaufenen Berichtsjahre wiederholt in Arbeiterversammlungen ein Object des Angriffs; das einzige Institut, das bei 40.000 Mitglieder zählt, recht gut fundirt ist, im Centralsitz sein eigenes Heim hat, das ferner über ganz Ungarn verbreitet ist, die Fabriken, Dampfmühlen und überhaupt alle größeren Etablissements als Corporationen umfasst und die dortselbst beschäftigten Arbeiter in Krankheits- und Unfallsfällen versichert.

Infolge der Einführung der Zwangsinnungen (Genossenschaften) wurde auch die gewerkschaftliche Bewegung in Ungarn, die ohnedies nie gar rührig war, in ihrer Thätigkeit gelähmt, und die wenigen Fachvereine, welche noch bestehen, beschränken sich nunmehr auf Kranken- und Reiscunterstützungen, sowie auf Veranstaltungen von geselligen Unterhaltungen.

Der geringe Umfang der socialistischen Bewegung in Ungarn zeigte sich vornehmlich bei der Beschickung des Pariser socialistischen Arbeitercongresses, zu welchem Ungarn trotz mehrfacher Anerbietungen nur zwei Delegirte entsendete, nämlich: Anton Irlinger und Leo Frankel, von welchen letzterer in Paris sein gewöhnliches Domicil hat.

Die Budapester Schuhmachergehilfen hielten zwar aus dem Grunde am 30. Juni eine freie Schuhmacherversammlung ab, um über die Betheiligung an dem Pariser Congressse zu berathen.

Es wurde von mehreren Seiten die Nothwendigkeit betont, zu dem Congressse, der selbst von Australien beschickt wurde, auch seitens der Schuhmacher Ungarns einen Delegirten abzuschicken, allein in Anbetracht der nicht unbedeutenden Kosten, die eine Entsendung eines Specialdelegirten nach Paris verursacht hätte, wurde beschlossen davon abzustehen, dagegen zum Beschlusse erhoben, einen von anderer Seite dahin abgesandten Delegirten mit der Vertretung der Schuhmacher Ungarns auf dem Pariser Internationalen Congressse zu betrauen. Es wurde daher dem Bureau eine Vollmacht in diesem Sinne gegeben.

Die Wahl fiel auf den Obmann des Wiener Schuhmachergehilfenausschusses Julius Popp.

Als Berichterstatter für Ungarn hielt Irlinger auf dem Pariser Congressse die Umschau.

Er konnte dem Congressse nur berichten, dass die Hauptstadt Budapest der einzige Ort sei, an welchem man von einer socialistischen Partei sprechen könne.

Er gab aber der Hoffnung Raum, dass die Bewegung über die Stadtmauern hinausziehen werde und einst die ganze ungarische Arbeiterschaft Hand in Hand mit der österreichischen der Fahne der Socialdemokratie folgen werde.

Irlinger vertheidigte die ungarische Arbeiterpartei gegen den Vorwurf, sie hänge an den Ruckschüssen der Liberalen und meinte, eine gewisse Anlehnung sei eben nothwendig.

Während Irlinger am Pariser Congressse die „Ungarländische Allgemeine Arbeiterpartei“ als Delegirter vertreten hatte, war eine Partei in der Heimat bestrebt unter Anwendung aller Mittel, die Leitung dieser Partei, welche vornehmlich Irlinger inne hatte, zu besudeln und zu entfernen.

Infolge dessen sah sich nach der Rückkehr Irlinger's von Paris die Leitung der „Ungarländischen Allgemeinen Arbeiterpartei“ veranlasst, eine Erklärung in Druck zu geben, welche gegen jene Personen gerichtet war, die gegen den nach Paris entsendet gewesenen Delegirten der „Ungarländischen Allgemeinen Arbeiterpartei“ verdächtigen Zuschriften nach Paris gerichtet haben, damit er unter den versammelten Delegirten der ganzen Welt, sowohl als Person, als auch als Vertreter der Partei verdächtig dastehe, und dass hiedurch auch die durch ihn vertretene Partei in ein schiefes Licht gestellt werde.

Die geringe Wirkung dieser „Erklärung“ zeigte sich schon in der Nummer 41 der „Arbeiter Wochen-Chronik“ vom 13. October, in welcher Anton Irlinger an der Spitze des Blattes unter „Mein Abschied“ eröffnete:

„Nachdem die Parteileitung meinen Rücktritt fordert, trete ich von der Redaction unseres Organes zurück.

Indem ich das schwierige Amt eines Redacteurs niederlege und einer „„gewiegteren““ Kraft Platz mache, hoffe ich aber dennoch mein Schärfflein dem allgemeinen Besten nach möglichem Thun und Können auch weiterhin widmen zu können.“

Schon die nächste Nummer der „Arbeiter Wochen-Chronik“ erschien im vergrößerten Format, in schärferer Tonart und mit dem die neue Situation kennzeichnenden Artikel „Ein Wort über Gewerkschaften“ nach einem Referate von Paul Engelmann. Irlinger war den leitenden

Personen der socialistischen Bewegung „zu gemäßig“ und wurde ein Opfer der „Internationale“.

Denn thatsächlich sollen Leo Frankl in Paris, Dr. Victor Adler in Wien und Liebknecht in Berlin auf die Entfernung Irlinger's von der Parteileitung in Ungarn hingearbeitet und diese endlich durchgesetzt haben.

Es steht demnach für die nächste Zeit in Ungarn eine lebhaftige Agitation zu erwarten. Dies ist aus den Bemerkungen in der „Arbeiter-Woche“ ersichtlich, welche in der Nummer 43 vom 27. October schrieb:

„Proletarier Ungarns, tragt alle bei zum Gedeihen unserer Parteiorgane „Arbeiter-Woche“ und „Nepszava“ seid für die Verbreitung thätig, schafft sie in die Hütten der Armen und Elenden, tragt sie zu den Schaffenden in den Fabriken und Werkstätten, verbreitet sie unter das ländliche Proletariat, damit sie die Gemeinsamkeit ihrer Interessen erkennen und in ihrer Brust des Solidaritätsgefühl geweckt wird, ohne welches wir nicht zum Ziele gelangen können.“

Die Parteileitung hatte übrigens wenig Glück bei ihren Veranstaltungen zur Vereinigung der Arbeiter zu gemeinsamen Festen.

Am Pfingstsonntage veranstaltete der Budapester Arbeiterclub einen vielversprechenden Arbeiterausflug nach Gödöllö.

Das reiche Programm versprach den Arbeitern alles und in der That fand ein wahrer Massenausflug dahin statt.

Das Fest entsprach aber in keiner Weise den Erwartungen, die vielleicht zu hoch gespannt waren, und die auch durch den unglücklichen Zufall, dass ein Teilnehmer mit einem Flobertgewehre erschossen wurde, herabgedrückt wurden.

Schließlich kam es bei der Retourfahrt eines Zuges noch zu einer Panik der Passagiere dadurch, dass eine Verbindungsstange der Verkuppelung des Waggons brach und dadurch ein solcher Ruck erfolgte, dass die Arbeiterpassagiere übereinander kollerten und viele sich Verletzungen zuzogen.

In Anbetracht solcher Misserfolge erhoben sich viele heftige Klagen und es dürfte nicht sobald wieder zu einem Massenausflug kommen.

Die von Seite des Eisen- und Metallarbeitervereines für anfang Juli anberaumte „freie Eisen- und Metallarbeiterversammlung“ für welche seitens einiger socialistischer Führer nach den Tagen von Kladno und Steyr viel agitirt wurde, verlief ganz ruhig.

Die Strikebewegung war in Ungarn von keiner Bedeutung.

Am 9. Mai stellten die im Franzstädter Frachtenbahnhofs der ungarischen Staatsbahnen in Budapest angestellten Magazinsarbeiter behufs Lohnerhöhung die Arbeit ein. Am 16. Mai strikten die Arbeiter beim Baue der stabilen Brücke in Pressburg und im Monate Juni begann der Arbeitsausstand der Feilhauer, welcher erst nach langer Zeit beendet werden konnte und endlich der Strike der Czismenmacher, der nicht von langer Dauer war und ruhig wie die anderen verlief.

Am 11. October erschienen 300 bei der Drasche'schen Ziegelei in Steinbruch bei Budapest beschäftigte ruthenische Tagelöhner vor dem Directionsgebäude und forderten die Herausgabe der Arbeitsbücher, was verweigert wurde.

Die Arbeiter nahmen hierauf eine so drohende Haltung an, dass die Fabrikleitung die Polizei um ihre Intervention ersuchte. Der ausgerückten Polizeimacht

gelang es, die lärmende Menge, die schon auf das Directionsgebäude ein Steinbombardement eröffnet hatte, zum Weichen zu bringen; neun Rädelsführer wurden verhaftet.

Am 13. Mai früh bemerkten Passanten in einer Mauervertiefung nächst dem Pensionsinstitute „Stephania“ in Eperies einen größeren cylinderartigen Körper, der in verdächtiger Weise qualmte. Es war eine Petarde mit einer kleineren Menge von Dynamit.

Der Fundort lag hart an der Stelle, wo die Kinderbewahranstalt ist, die stets von einer großen Zahl von Kindern besucht ist, und des königlichen Gymnasiums, Einige Tage vorher explodirte in Eperies auf öffentlicher Straße eine Petarde, ohne Schaden anzurichten.

Am 31. August fand im Arbeiterclublocale in Budapest eine Gedenkfeier an Ferdinand Lassalle statt, bei welcher Csillag, Kürschner und Irlinger Gedenkrede auf diesen „Vorkämpfer der Socialdemokratie“ hielten, welche mit einem Hoch auf „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ schlossen. Der Arbeiter-Bildungsverein „Vorwärts“ in Pressburg feierte am 20. October daselbst sein 20jähriges Gründungsfest.

Da schon in den ersten Wochen des September verlautete, dass die Wiener Arbeiter ihre in Wien verbotene Abhaltung der Lassallefeier in Pressburg zugleich mit der Feier des Vereines „Vorwärts“ abzuhalten gedenken und zu dem Behufe 600 Wiener Arbeiter am 20. October nach Pressburg fahren würden, so wurde seitens der Stadthauptmannschaft in Pressburg die Abhaltung der Gründungsfeier dem Vereine „Vorwärts“ zwar gestattet, aber die Theilnahme der Wiener Arbeiter an dem Feste ausgeschlossen.

Es fand daher von Wien kein Zuzug statt und das Gründungsfest verlief ohne Störung.

Zu Ostern des Jahres 1890 wird in Budapest ein Landes-Arbeitercongress stattfinden, für welchen schon jetzt im ganzen Lande eine sehr lebhaftige Propaganda entfaltet wird, um eine respectable Vertretung zu erhalten.

Deutschland.

Die socialistische Bewegung in Deutschland wurde von dem Organe der Socialdemokratie deutscher Zunge „Der Socialdemokrat“ in der Rückschau auf das Jahr 1888, zu welcher die Jahreswende Anlass bot, folgendermassen geschildert:

„Die Rückschau lässt für unsere Partei nur die günstigsten und ehrenvollsten, für unsere Feinde nur die beschämendsten und schimpflichsten Resultate erkennen.“

Die Rückschau schloss mit den Worten:

„Das Jahr 1889 wird uns harte Prüfungen bescheeren, schwere Opfer über uns verhängen, aber keine Verfolgung soll unseren Vormarsch auch nur um eine Secunde aufhalten. Denn wir marschiren zum Sieg und das Jahr 1889 bringt uns den hundertsten Geburtstag der großen Revolution.“

Sosiegesgewiss fühlten sich die Führer der Bewegung schon zu Beginn des Berichtsjahres und diese Siegeszuversicht verliess sie während des Jahres nicht, sondern steigerte sich in progressiver Weise.

Am 22. Mai veröffentlichten die Mitglieder der socialdemokratischen Fraction des deutschen Reichstages einen Aufruf zur Bethelligung am Pariser Socialistencongress.

Die Parteileitung stellte es als sehr wünschenswert hin, dass gerade die deutschen Arbeiter zeigen, wie kein Hindernis sie zurückschrecke, ihrem Solidaritätsgeföhle

und ihrem Eintreten für die gemeinsame Sache der Arbeiter aller Länder, durch Absendung zahlreicher Vertreter nach Paris Ausdruck zu geben.

Dieser Aufruf hatte einen großen Erfolg, denn obwohl die Kosten der Reise und der Beschickung des Congresses im allgemeinen als nicht gering bezeichnet wurden, haben 81 Socialisten sich aus Deutschland zum Congress nach Paris begeben.

Über die leitende Rolle, welche die Führer derselben am Congress inne gehabt haben, wird bei der Darstellung der socialistischen Bewegung in Frankreich gesprochen werden. Die Erfolge der deutschen Delegirten am Congress haben ihre und ihrer Mandatgeber Erwartungen weit übertroffen, so dass es nicht Wunder nehmen darf, wenn die Socialisten Deutschlands sich voll der Hoffnung hingeben und namentlich mit Zuversicht auf die nächsten Reichstagswahlen blicken, von denen sie einen großen Sieg ihrer Partei erhoffen. Dies hoffen sie umso mehr, weil bei den Wahlen zur Gewerbekammer in Chemnitz — bei der nur die Handwerksmeister in Frage kommen — die socialdemokratische Liste über die Zünftler glänzend gesiegt hatte, weil ferner in Gera (Reuss j. Linie) bei der Landtagswahl die Candidaten der socialdemokratischen Partei in den drei städtischen Bezirken: Kühn, Rödiger und Hahn, 171 beziehungsweise 116 und 236 Stimmen erhielten und weil endlich in Altenburg (Sachsen-Altenburg) der Candidat der Socialdemokraten Buchwald in der dritten Wählerklasse den Candidaten des Cartells mit 366 gegen 177 Stimmen schlug.

Diese Siege, sowie das mächtige Anwachsen der socialdemokratischen Partei in den Wählerschaften für die Communalvertretung Berlins am 18. November 1889 (für welche das allgemeine Stimmrecht noch nicht besteht) betrachten die Socialisten als gute Vorboten für die kommende Reichstagswahl, von welcher sie hoffen, dass sie noch glänzendere Erfolge aufweisen werde, als die kolossalen Siege des Jahres 1884 es waren. Nur auf diese Art kann es erklärt werden, dass die Socialisten in 123 Wahlkreisen Candidaten für die nächste Reichsrathswahl aufgestellt haben.

Seit dem im Jahre 1887 zu St. Gallen stattgehabten Parteitage gehen die deutschen Socialdemokraten keine Stichwahlbündnisse mit dem bürgerlichen Parteien mehr ein und auch daraus hoffen sie einen Vortheil.

Die deutschen Socialisten streben aber Mandate bei Communal-, Land- und Reichsrathswahlen auch deshalb an, weil die Betheiligung an den Wahlen, an den Verhandlungen im Reichstage und in anderen Vertretungskörpern der Agitation bedeutend nützt, wie dies erst kürzlich der Reichstagsabgeordnete Bebel in einem Briefe an das dänische Socialistenblatt „Arbeideren“ bestimmt ausgesprochen hat.

Unterdessen war in Deutschland eine bisher noch nie gekannte Lohnbewegung vor sich gegangen.

Eine überaus intensive Strikebewegung war in den Rheinlanden, dem in seiner Industrie am meisten entwickelten Theile des Deutschen Reiches ausgebrochen. Viele Tausende von Grubenarbeitern stellten plötzlich die Arbeit ein, um eine Lohnerhöhung und eine Herabsetzung der Arbeitszeit zu erzwingen. Infolge dessen trat in zahlreichen Etablissements Kohlenmangel ein, wodurch eine erzwungene Arbeitseinstellung anderer Arbeiter unvermeidlich wurde, da die Etablissements ihren Betrieb wegen mangelnder Kohlen nicht aufrecht erhalten konnten.

Der Mittel- und Ausgangspunkt der Strikebewegung war Gelsenkirchen, aber es hatte von vorneherein

den Anschein, als würde der Strike einen internationalen Charakter besitzen. Die gesammte Strikeleitung war in ihrer Art musterhaft organisirt und ruhte in überaus geschickten Händen.

Es war sichtlich das Bestreben wahrnehmbar, Conflicte mit Gesetz und Behörden zu vermeiden, gegenüber den Arbeitern, welche die Arbeit wieder aufnehmen wollten, beobachteten die Strikenden jedoch eine sehr drohende Haltung.

Die Thatsache, dass in einigen Zeehen die Arbeit eingestellt wurde, ohne dass die Strikenden irgendwelche Forderungen erhoben und den Grubenbesitzern vortrugen, ist bemerkenswert, weil sie erkennen lässt, dass es sich um eine planmäßige Action gehandelt hat.

Über die Ursachen und Veranlassung der Arbeitsausstände, insbesondere des großen Bergarbeiterstrikes in Westphalen, dann der großen Ausstandsbewegung in den hervorragenden Industrie- und Hafenorten von Deutschland, Oesterreich, Holland und England sind die Ansichten sehr verschieden.

Personen, welche mit den Bergleuten in naher Fühlung standen, behaupteten, dass sie den Strike nicht geahnt haben, dass er also den Bergleuten unerwartet gekommen sei.

Gewiss ist das eine, dass der Ruf nach Verkürzung der Arbeitszeit und nach Erhöhung des Lohnes das Losungswort an den meisten Orten in Westphalen war.

Dieses Losungswort ertönte dort zuerst und dann durch die Bergwerks- und Industrieorte Schlesiens, Böhmens, Mährens und Steiermarks.

Die Bergleute hinwieder äußerten sich über die Ursache des Strikes dahin, dass die Arbeitszeit nach Belieben verlängert wurde, dass ferners nach Belieben der Zeehen das Überarbeitungssystem (Überschieften) so stark betrieben worden sei, dass endlich ein größerer Theil der Leute sich genöthigt gesehen habe, Woche für Woche mehrere solche Überschieften zu machen, um nur zu einem solchen Lohne zu kommen, mit dem das Allernothwendigste beschafft werden konnte u. dgl. m.

Von vielen Seiten wurde behauptet, dass der Strike von den Socialdemokraten angezettelt worden sei und aus dem Grunde ist diese Ausführung ausgedehnter gehalten.

Dem stellten die Socialdemokraten entgegen, dass ja schon die Art des Ausbruches des Strikes zeige, dass derselbe plötzlich ausgebrochen sei, die Bewegung daher nicht von außen angeregt worden sei.

Der Strike sei, wie die Socialdemokraten behaupten, in den ersten Tagen des Monats Mai zu Gelsenkirchen dadurch veranlasst worden, dass einige junge Bergarbeiter, denen die begehrte Erhöhung des Lohnes nicht bewilligt wurde, die Arbeit verweigerten und hierauf von den Zeehenbeamten deswegen entlassen worden sind.

Diese Entlassung habe die Bergleute erbittert und bewirkt, dass der Ausstand zeehenweise erfolgte und nach Ablauf einer Woche schon im ganzen Oberbergamtsbezirke gestrikt wurde.

Diesem Ausbruche haben sich allmählich alle Kohlenbezirke angeschlossen.

Wäre — so sagen die Socialdemokraten — der Strike geplant gewesen, so wäre er auf der ganzen Linie auf einmal ausgebrochen.

Wenn nun auch darüber Zweifel bestehen können, ob der Arbeitsausstand durch die Socialdemokratie veranlasst worden ist, unleugbar ist es, dass überall dort, wo ein Arbeitsausstand sich entwickelt, sofort die Socialdemokraten zur Stelle sind, um zu organisiren und zu leiten, das heißt, zu verhindern, dass ja nicht zu

früh ein Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zustande kommt und um dafür zu sorgen, dass der Ausstand einen nicht zu harmlosen Verlauf nimmt.

Bald strikten 90.000 Bergleute im Dortmunder und Essener Reviere und formulierten ihre Forderungen in folgenden Punkten:

1. Aufbesserung der Löhne durch einen 15procentigen Zusatz für alle Bergarbeiter;

2. Abschaffung der Zuvielerzeugung durch zu lange Arbeitszeit, und zwar Abschaffung der Überarbeit von Viertel-, halben und ganzen Schichten und Einführung der zur Zeit üblich gewesenen achtstündigen Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt.

Begründet wurden diese Forderungen hauptsächlich durch den Hinweis auf die Thatsache, dass die Bergleute während des schlechten Geschäftsganges insofern „ihre Opfer auf den Altar der Industrie“ niedergelegt hätten, als sie mit einem knappen Verdienst zufrieden gewesen seien. Heute nun, wo die Kohlenpreise erheblich gestiegen seien, glaubten die Bergleute ein Anrecht auf Erhöhung der Löhne zu haben.

Als die Verhandlungen über diese Forderungen die Situation insofern nicht veränderten, als die Bergwerksbesitzer aus der zuwartenden Haltung nicht heraustraten, beschlossen die Arbeiter die Vermittlung des deutschen Kaisers zu erbitten.

Die Deputation der feiernden Arbeiter aus Dortmund wurde vom deutschen Kaiser am 14. Mai 1889 empfangen.

Am 16. Mai wurde vom deutschen Kaiser die Deputation von Arbeitgebern aus dem Strikegebiete, welche vom Präsidenten des rheinisch-westphälischen Bergarbeitervereines, dem Abgeordneten Dr. Hammacher geführt wurde.

Die Worte, welche der deutsche Kaiser an beide Deputationen gerichtet hatte, haben nicht verfehlt, jenen Eindruck zu machen, welcher geeignet war, den Ausgleich anzubahnen.

Der deutsche Kaiser forderte die Deputation des Bergbauvereines auf, den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Forderungen nochmals zu formulieren, was auch geschehen ist.

Von da ab, d. i. vom 16. Mai, ging die westphälische Strikebewegung ihrem Ende entgegen. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitern kam eine vorläufige Einigung bis auf nebensächliche Punkte zustande und schon einige Tage darauf wurde in vielen Zechen die Arbeit aufgenommen.

Am 20. Mai wurde von der in Bochum stattgefundenen Versammlung der Delegirten der Arbeiter eine Resolution beschlossen, in welcher das Bedauern darüber ausgesprochen wurde, dass die Bildung von Ausschüssen aus der Belegschaft beim Vorstande des Vereines für bergbauliche Interessen keinen Anklang gefunden habe.

Die Resolution stimmte dem Berliner Protokolle zu, um das Vaterland von der Krise zu befreien und schlägt behufs Ausführung der Bedingung bezüglich des Wagennullens, der Ordnungsstrafen, des Unternehmerwesens etc. vor, ein Promemoria an das Oberbergamt zu richten.

Nach einem zu dieser Resolution beschlossenen Zusatz sollte ein neuer Strike beginnen, wenn die Bedingungen binnen zwei Monaten nicht durchgeführt wären.

Hiemit war der Strike in Westphalen zu Ende.

Bei Ausbruch und Beendigung des westphälischen Strikes wurde die Bemerkung gemacht, dass der allgemeine Strike bei jenen Zechen zuletzt ausgebrochen

ist und am schnellsten beendet war, deren Bergarbeiter größtentheils aus solchen Leuten bestand, die ein kleines Eigenthum besaßen, wenn auch nur ein Häuschen und einen Acker dazu.

Daher wird auch unter den socialreformatrischen Maßregeln die Erbauung von Arbeiterhäuschen an erster Stelle genannt, welche Institution sich in England wiederholt bewährt hat.

Der Ausstand war übrigens nicht ohne Blutvergießen verlaufen.

In Bochum, dem Centrum der Gusstahlfabrication, fand am 9. Mai ein Zusammenstoß zwischen Militär und einem Volkshaufen statt; das Militär machte von den Waffen Gebrauch. Zwei Personen wurden getödtet und mehrere verwundet.

Ferner fand am Morgen des 11. Mai bei der Zeche „Schleswig“ bei Brackel im Kreise Dortmund und bei der Zeche „Graf Moltke“ bei Gladbeck ein Zusammenstoß zwischen dem Militär und Bergleuten statt, weil letztere der Aufforderung, auseinanderzugehen, keine Folge leisteten. Drei Arbeiter wurden hiebei getödtet und mehrere verwundet.

Auch in Bruch ist es zu einem Conflict zwischen Militär und Arbeiter gekommen.

Es war vorauszusehen, dass ein so überaus großer Arbeitsausstand nicht ganz glatt vorübergehen werde, nirgends aber ist es zu Ausschreitungen der Arbeiter gegen die Bürgerschaft gekommen und dies wohl deshalb, weil die Bürgerschaft den Arbeitern die volle Sympathie zugewendet hatte.

Ja, in Wattenscheid brachten die Bergleute dem Bürgermeister Pokorny sogar einen Fackelzug, weil er sich bei den Lebensmittelverkäufern für die Fortsetzung des Credits an die Strikenden verwendete.

Die Strikebewegung in den schlesischen Kohlenrevieren hatte in den ersten Tagen nicht den gutartigen Character wie die westphälische. Offenbar fehlte dort die besonnene zielbewusste Leitung.

Die socialistische Agitation in Schlesien richtete viel Unheil an und es kamen dortselbst einige Ausschreitungen, sowie Misshandlungen von Beamten und Eigenthumszerstörungen vor.

Die Grubeneigenthümer in Oberschlesien zeigten sich sehr entgegenkommend, aber die Arbeiter verhielten sich ablehnend und drohten mit weiteren Gewaltthätigkeiten, ohne dass es aber im Verlaufe des Ausstandes dazu gekommen wäre.

Von vielen Seiten wurde die Behauptung aufgestellt, dass aus dem Grunde, weil der Strike allerorten ohne eigentlichen Grund ausgebrochen sei, es sich um nichts anderes gehandelt habe, als die Arbeiterbataillone einmal zur Probe aufmarschiren zu lassen, so eine Art „Probemobilisirung des Proletariats“ zu veranstalten.

Wie dem auch immer sein mag, es herrschte im Berichtsjahre in Deutschland auf vielen Gebieten eine so bedeutende Lohnbewegung, wie sie in solchem Umfange noch nicht vorgekommen ist.

Außer den Kohlenstrikes waren eigentlich fast alle größeren deutschen Städte im Berichtsjahre von Strikes in den verschiedenen Gewerben bedroht.

Die Zimmerleute, Maler, Glaser, Maurer, Schuhmacher, Omnibuskutscher, Töpfer, Weber etc. sowohl in norddeutschen, wie in süddeutschen Städten strikten und als die große Reihe der Ausstände in Deutschland beendet schien, traten in der ersten Hälfte des Monats November die Schiffszimmerleute in Hamburg in den Ausstand ein, indem an einem Tage 1000 Arbeiter die Arbeit niederlegten und den Anspruch erhoben,

dass sie an Wintertagen denselben Taglohn wie an Sommertagen erhalten sollen.

Am bedeutendsten war die Bewegung im Baugewerbe, welche mehr als ein Dutzend Städte umfasste und endlich auch in Berlin zum Ausbruche kam.

Die größte Beachtung beanspruchte die Bewegung der Maurer in Berlin.

Während sie bis zum Strike täglich bei 10stündiger Arbeitszeit ausschließlich der zweistündigen Essenszeit einen Lohn von 50 Pfennigen für die Stunde erhielten, beanspruchten sie nunmehr bei neunstündiger Arbeitszeit 60 Pfennige Lohn.

In den gleichzeitig veranstalteten Versammlungen der Maurer, die zusammen von etwa 6000 Personen besucht waren, wurde beschlossen, an den eben erwähnten Forderungen festzuhalten und bei Nichtgewährung einen allgemeinen Strike durchzuführen.

Wie die Maurer traten alle anderen Bauhandwerker mit erhöhten Forderungen an ihre Meister heran. Doch hatte keine dieser Lohnbewegungen größere Störungen verursacht.

Die Kutscher der „Großen Berliner Pferdeisenbahn“ machten ebenfalls einen Strikeversuch, der aber schnell und wohl gründlich im Keime erstickt wurde. Die ganze Folge dieses verunglückten Versuches war die Entlassung von 25 Kutschern.

Das Berliner Publicum nahm lange nicht soviel Interesse an dem Strike der Tramwaykutscher, als den Tramwaywagenführern in Wien entgegen gebracht wurde.

Auch die Kutscher der Neuen Pferdebahngesellschaft, welche ein erheblich kleineres Netz hat als die Große Berliner Pferdebahngesellschaft, planten einen Strike, doch kam ihnen die Direction mit einer Lohn-erhöhung zuvor.

Als die großen Ausstände zu Ende waren, wurde zur Erhebung der Ursachen des großen Ausstandes in Westphalen eine große Commission entsendet.

Um jeden Einwand gegen die Vollständigkeit und Unparteilichkeit der Commission zur Untersuchung der von den Bergleuten im rheinisch-westphälischen Kohlenreviere erhobenen Beschwerden von vorneherein zu beseitigen, wurden die Oberpräsidenten der Rheinprovinz und von Westphalen, sowie das Oberbergamt in Dortmund durch den Minister des Innern ermächtigt, die Untersuchungscommission anzuweisen, dass außer den durch die Commission bestimmten Bergleuten auch noch jeder Bergarbeiter, der bisher schriftlich oder mündlich eine Beschwerde angebracht, sowie überhaupt jedermann, der vernommen zu werden wünsche, protokollarisch gehört werden solle.

Erst am 10. October wurde in dem Schwurgerichtsproceß zu Schweidnitz gegen die Theilnehmer der, während des schlesischen Kohlenarbeiterausstandes am 14. Mai in der „Glückshilf“ und „Friedenshoffnungsgrube“ begangenen Ausschreitungen das Urtheil gefällt.

Wegen schweren Landfriedensbruches wurde Poppe zu zwei Jahren, Grückner und Tölg zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus und dreijährigem Ehrverlust, 21 Angeklagte unter Zulassung von mildernden Umständen zu Gefängnisstrafen von ein und einhalb Jahren bis zu drei Jahren verurtheilt, 14 Angeklagte wurden wegen einfachen Landfriedensbruches zu ein bis einhalb Jahr Gefängnis und der Rest in einer späteren Verhandlung zu Zuchthaus und Gefängnisstrafen in der Dauer von sechs Monaten bis drei Jahren verurtheilt.

Wenige Tage nach dieser Urtheilspublication fand in Dortfeld die Versammlung der Delegirten der deutschen Bergarbeiter statt.

Dabei kam der letzte Kohlenstrike, sowie das weitere Verhalten der Arbeiter zur Sprache.

Vertreten waren 45 Vereine in 66 Zechen der westphälischen Reviere, ferner die Bezirke Sachsen—Achen und Waldenburg in Schlesien; es fehlten Saarbrücken und Oberschlesien.

Zum Vorsitzenden wurde Siegel (Dortfeld) gewählt.

Bunte (Dortmund) erstattete den Bericht des Hauptausschusses, aus dem hervorgeht, dass bereits im verfloßenen Jahre und vor dem Ausstande zwei Versammlungen der Abgeordneten der westphälischen Bergarbeiter stattgehabt haben.

Schon damals sei darauf hingewiesen worden, dass eine Besserung der Verhältnisse nur möglich sei, wenn die deutschen Bergarbeiter sich vereinigen würden.

Die Fühlung mit den deutschen Bergarbeitern ist durch die in Zwickau erscheinende „Deutsche Bergarbeiter Zeitung“ als Organ hergestellt.

Nach der Vereinigung werde es nicht mehr so leicht zum Ausstand kommen, denn die Zechen müssten eher nachgeben, weil sie neue Arbeiter nicht mehr „waggonweise“ erhalten würden.

Es sprach noch Schröder über die gegenwärtige Lage, dass die Versprechungen den Arbeitern nicht gehalten worden seien, worauf schließlich der vorzüglichste Punkt der Tagesordnung:

„Welche ist die zweckmässigste Organisation, um auf dem Wege der Gesetzgebung eine Besserstellung der Bergarbeiter herbeizuführen?“ zur Verhandlung kam.

Er wurde rasch erledigt, indem das Bochumer Statut einstimmig angenommen worden ist.

Der nächste Delegirtentag der deutschen Bergarbeiter wird im Jahre 1890 in Eisleben stattfinden.

Hiemit endet die ganze Bewegung der Bergarbeiter im Jahre 1889.

Das Berichtsjahr brachte die Berathung der Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter im deutschen Reichstage.

Das Gesetz wurde nach langer Berathung am 18. Mai mit sehr schwacher Majorität angenommen.

Die Socialisten stimmten dagegen.

Ferners ist von der in die Arbeiterbewegung einschlägigen Gesetzgebung noch bemerkenswert:

Der Reichsanzeiger verlaublicht am 27. September drei Bekanntmachungen des Staatsministeriums, welche die auf Grund des Socialistengesetzes erfolgte Verhängung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes über Berlin und Umgebung, Altona und Umgebung und Frankfurt und Umgebung bis 30. September 1890 verlängerten.

Im deutschen Bundesrathe wurde am 24. October die neue socialistische Vorlage nach den Beschlüssen des Ausschusses bereits acceptirt.

Nach der neuen Fassung zählen zu den Hauptbestimmungen des Socialistengesetzes folgende Punkte:

Die Ausweisung kann nur unter dem kleinen Belagerungszustand gegen socialdemokratische Agitatoren auf ein Jahr erfolgen; auch nach Ablauf dieses Jahres kann der Ausgewiesene nur unter Zustimmung der Landespolizeibehörde zurückkehren.

Die übrigen mit dem kleinen Belagerungszustand verbundenen Wirkungen hören auf.

Die Unterdrückung von Zeitschriften erfolgt erst, nachdem auch eine zweite Nummer verboten worden ist.

Die Beschwerdec Commission besteht aus 11 durch den Bundesrath erwählten und von den höchsten Gerichten und Verwaltungsgerichten entnommenen

Personen, deren Präsidenten der Kaiser ernannt. Dieselben fungiren, solange sie sich in ihrer richterlichen Stellung befinden. (Bisher bestand die Anordnung, dass die Beschworene nur an die Aufsichtsbehörde stattfindet.)

In den ersten Tagen des November begannen im deutschen Reichstage die Debatten über das neue Socialistengesetz.

In der Debatte sagte der Centrumsführer Reichensperger, dass gerade die Ausnahmgeseetze die Ausbreitung der Socialdemocratie gefördert haben. Eher sollte man gegen die Coalition der Arbeitgeber einschreiten als gegen die Arbeiter, die man nicht zu Slaven herabwürdigen dürfe.

Wären die Arbeiter Anarchisten, sagte Liebknecht, so wären die Urheber des Gesetzes längst nicht mehr am Leben. So aber seien sie keine Umstürzler, sondern erstreben die Umgestaltung der heutigen socialen Verhältnisse auf gesetzlichem Wege.

Die Rechte, die Vertreterin der heutigen ungeordneten Gesellschaft, sei eigentlich die anarchistische Partei.

Obzwar man sich auf die Armee stütze, werde man die Katastrophe doch nicht aufhalten.

Die Socialisten wollen den Staat, der bisher nur ein Classenstaat sei, zu einer Wohlthat für alle machen. Mit physischer Gewalt könne auf die Dauer kein Staat erhalten werden.

Nach viertägiger Redeschlacht über das Socialistengesetz hat die Debatte durch Verweisung der Vorlage an eine 28gliedrige Commission vorläufig ihr Ende gefunden.

Bemerkenswert ist, dass auch von nichtsocialistischer Seite es als die Aufgabe des heutigen Staates hingestellt wurde, zum Unterschied vom Individualismus die Organisation der Arbeiter als des vierten Standes zu ermöglichen und die Gesetzgebung im socialistischen Sinne auszubauen.

Es wurde aber hierbei betont, dass scharfe Specialgesetze gegen die Socialisten unbedingt nothwendig seien, weil diese Gewalt anwenden wollen.

„Zwischen Socialdemokraten und Socialisten“ sagte der Nationalliberale Kulemann, „besteht gar kein Unterschied.“¹⁾

An sonstigen Vorkommnissen wäre aus dem Berichtsjahre über Deutschland noch folgendes zu erwähnen:

Am 7. Mai wurden in Hamburg einige Socialisten wegen Verbreitung eines Flugblattes, das eine Verherrlichung der französischen Revolution enthielt, verhaftet.

Am 16., 17. und 18. Mai wurde der fünfte Congress deutscher Töpfer in Dresden abgehalten.

Zu demselben waren 45 Delegirte, darunter Kidalka als Delegirter der Wiener Töpfer erschienen.

Er erklärte die Accordarbeit in jeder Weise aus dem Gewerbe verdrängen und Arbeitseinstellungen in diesem Sinne unterstützen zu wollen.

Der vierte Punkt der Tagesordnung, „die Strikes“, gelangte in der vierten Sitzung zur Verhandlung und wurde in der ausführlichsten Weise besprochen.

Im Berichtsjahre traten in die Lohnbewegung für Töpfer ein: Hamburg, Berlin, Magdeburg, Dresden, Hannover und München.

Am 3. Juli starb Michael Hasenclever in der „Maison de santé“ zu Schönberg bei Berlin im Alter von 52 Jahren.

Zum Leichenbegängnisse, das unter grosser Betheiligung der Parteigenossen stattfand, waren Deputationen

¹⁾ Das Gesetz wurde in der Sitzung des Reichstages am 25. Jänner 1890 mit 169 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

aus vielen Theilen Deutschlands gekommen und brachten Kränze mit rothen Schleifen.

Am 29. Juli wurden in Kuelenhahn Kreis Elberfeld Dynamitpatronen in einer größeren Menge entwendet.

Am 31. August, dem 25. Jahrestage des Todes Lassalle's, veranstalteten nach Zeitungsnachrichten die Socialisten in Berlin eine Demonstration, indem sie eine große rothe Fahne mit dem Bildnisse von Lassalle an den Telegraphendrähten eines Platzes in Berlin befestigten.

Die Polizei liess durch die Feuerwehr die Fahne herabnehmen.

Auch in Deutschland ist eine lebhaftere Betheiligung der Frauen in den socialistischen Arbeitervereinigungen wahrzunehmen.

Außer der Frau des Apothekers Ihring suchte eine jüdische Agitatorin Namens Selma Chaim die Leitung der Berliner Arbeiterinnen in ihre Hände zu bekommen.

Die anarchistische Bewegung hat im Jahre 1889 in Deutschland wenig Lebenszeichen von sich gegeben; die Zahl ihrer Anhänger scheint wie in Oesterreich immer geringer zu werden. Sie hat ebenso wieder, wie die österreichische Partei dieser Schattirung, ihre Vertreter in London, woselbst an Stelle Nevés seither Rinke die Leitung übernommen hat.

Von London kam zur Geschichte des Socialistengesetzes die Denkschrift „Nach zehn Jahren“ eine Broschüre, welche nach längerer Ankündigung und Anpreisung im Kleindruck, 148 Seiten stark erschienen und nach Deutschland und Oesterreich verbreitet worden ist.

Im Vorwort zur Denkschrift wird gesagt, dass sie die ganze Niedertracht des herrschenden Systems zeigen soll und sie sei somit „ein Denkmal der Schande“.

Die Broschüre behandelt den Stand der socialistischen Arbeiterpartei vor den Attentaten, die „Attentats-hetze“, das Ausnahmgeseetz, die Sammlung der Partei und das Capitel „Unter dem verlängerten Gesetz“.

Einen Commentar zu derselben lieferte einer der beiden Hauptführer der deutschen Socialistenpartei, nämlich Bebel, welcher in seiner mehr als fünfviertelstündigen Rede am Pariser internationalen Congress unter anderem die Wirkungen des Socialistengesetzes in Deutschland besprach.

Die Broschüre fand ihre erste Anpreisung in dem Hauptorgan der Socialisten Deutschlands, im „Socialdemokrat“, welcher allen andern socialistischen Blättern, auch den beiden Berliner Zeitungen „Berliner Volksblatt“ und „Berliner Volkstribüne“, welche von der Parteileitung in Berlin selbst und mit ihren Mitteln herausgegeben werden, an Einfluss, aber auch in revolutionärer Richtung weit überlegen ist.

Am Ende des Jahres, nämlich am 30. December 1889, wurde das Urtheil der Elbefelder Strafkammer über den allgemeinen Geheimbund publicirt.

Es wurde vom Gerichte als erwiesen angenommen, dass ein solcher Bund, der seine Thätigkeit über ganz Deutschland erstreckt, besteht.

Auch die Existenz localer Verbindungen in Elbe- und Bremen wurde angenommen.

Das Gericht hat aber nicht die Überzeugung gewonnen, dass die allgemeine Verbindung von der Reichstagsfraction geleitet wird, obwohl schwere Verdachtsmomente dafür sprechen.

Infolge dessen wurden Bebel und die andern socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten freigesprochen; die übrigen Angeklagten wurden zu geringen Freiheitsstrafen verurtheilt.

Schweiz.

In der Schweiz ist die socialdemokratische und anarchistische Bewegung durch drei Ereignisse besonders bemerkenswert gewesen, und zwar durch die sogenannte Züricher Bombenaffaire, durch die vielgenannte Affaire Wohlgemuth und endlich durch die Schaffung eines Bundesanwaltes.

Am 6. März 1889 haben zwei russische Studenten Namens Brienstein und Dembski im Walde zu Oberstrass bei Zürich mit einem von dem Chemiker und Techniker Dembski erfundenen neuen Sprengstoffe experimentiren wollen.

Brienstein trug die Messingbüchse, in welcher sich der Sprengstoff — ein weißes Pulver — befand.

Der Sprengstoff, welcher die Eigenschaft hatte, bei einem geringen Grade der Erwärmung zu explodiren, wurde durch das Tragen in der Hand erwärmt und explodirte, bevor es noch zum eigentlichen Experimente gekommen war.

Dem Brienstein wurden die Beine zerschmettert und der Brustkorb derart verletzt, dass er unter furchtbaren Qualen bald nach der Verletzung starb.

Auch Dembski erlitt mehrfache Verletzungen, doch konnte er sich noch mühsam nach Oberstrass schleppen, von wo er nach Zürich ins Krankenhaus gebracht wurde.

Kaum war das Unglück in Zürich bekannt geworden, so riefen die dortigen russischen Emigranten den Führer der socialrevolutionären Partei, Namens Mendelsohn, aus Paris herbei, und gaben hiedurch zu erkennen, dass der Sprengstoff und der durch ihn verursachte Unfall für die Parteizwecke von Bedeutung gewesen sein müsse.

Entweder wollten die Studenten den Sprengstoff in Hinblick auf die für die Geschichte der russischen Revolution wichtigen Märztage erproben und vorbereiten, oder es handelte sich um die Erprobung eines Explosivkörpers, welcher bei einem Attentate gegen den Czaren hätte Verwendung finden sollen.

Da dieser Fall deutlich auf die Existenz einer terroristischen Gruppe in Zürich hinwies, wurden mehrere Personen verhaftet, welche verdächtig erschienen, dieser Gruppe anzugehören. Dieselben wurden aber bald wieder entlassen, nur ein junger Mann, welcher Spuren der That zu verwischen bestrebt war, wurde in Haft behalten.

Inzwischen war der russische Gesandte in Bern nach Zürich gekommen, um Einsicht in die Erhebungsacten zu nehmen. Mendelsohn aber, welcher thatsächlich von Paris in Zürich eingetroffen war, soll die Absicht eines Attentatsversuches in Abrede gestellt haben.

Bei der Beerdigung des Brienstein hielt der in Zürich anwesende Studirende und österreichische Staatsbürger Felix Daszynski die Grabrede und schloss diese mit den Worten: „Es lebe die sociale Revolution!“

Deswegen wurde er mit einigen der terroristischen Richtung angehörigen Studenten in Haft genommen. Hiebei soll es geschehen sein, dass bei der in der Wohnung des Daszynski vorgenommenen Durchsuehung der berüchtigte Stanislaus Mendelsohn nur durch einen Zufall der Verhaftung entgangen ist.

Die Heilung der Verletzungen nahm bei Dembski einen günstigen Verlauf und einige Wochen später wurde die officiële Liste jener Individuen veröffentlicht, welche aus Anlass der Züricher Bombenaffaire aus der Schweiz ausgewiesen worden sind:

1. Dembsky Alexander, 1857 zu Mogielnica (Russland) geboren, Schüler des eidgenössischen Polytechnicums, zur Zeit im Cantonspitale zu Zürich;

2. Prokofiew Georg, 1864 zu Ekaterinoslaw (Russland) geboren, Mechaniker, wohnhaft in Oberstrass;

3. Günsburg Marie, zu Gomel (Russland) geboren, Studirender der Medicin, sonst in Oberstrass, zur Zeit in Clareus (Waadt) wohnhaft;

4. Beek Georg Christian, 1864 zu Melitopol (Russland) geboren, Sprachlehrer in Zürich;

5. Kassiusch Jesagat Ezechiël, 1868 zu Warschau geboren, Hauslehrer und Schriftsetzer zu Oberstrass;

6. Gurewicz Emanuel, 1863 zu Anenjew (Russland) geboren, Schüler des Polytechnicums, in Oberstrass wohnhaft;

7. Wolkowitsch Wadimir alias Kasperek Theodor, Rechtshörer aus Lemberg in Zürich;

8. Philippev Max, zu Taganrog (Russland) geboren, Schüler des Polytechnicums, wohnhaft in Zürich;

9. Kafianz Gabriel, 1864 zu Schlucha (Russland) geboren, Schüler des Polytechnicums, wohnhaft in Zürich, zur Zeit in Genf;

10. Frenkel Heinrich, 1864 zu Warschau geboren, Studirender der Medicin, wohnhaft in Oberstrass;

11. Scheinziss Sophie, 1866 zu Elisabethgrad (Russland) geboren, Studentin der Medicin in Zürich;

12. Daszynski Felix, 1864 zu Zbaroz (Galizien) geboren, Student der Philosophie in Zürich, und

13. Sisojew Alexis Wassilewitsch, 1864 zu Ostrogosch (Russland) geboren, Kaufmann in Zürich.

Von den letztgenannten Personen ist nur Felix Daszynski nach Osterreich respective Wien gereist, während alle Übrigen den Weg nach Frankreich genommen haben.

Kaum war die Züricher Bombenaffaire vorüber, als die Affaire Wohlgemuth in den Vordergrund trat.

Der Erlass des schweizerischen Bundesrathes vom 2. Mai 1889 über die Ausweisung Wohlgemuths lautete:

In Anbetracht, dass August Wohlgemuth, Polizeiinspector in Mühlhausen, gegenwärtig zu Rheinfelden verhaftet, auf schweizerischem Gebiete Handlungen begangen hat, welche in ihren Resultaten geeignet sein konnten, die innere und äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft zu gefährden, indem er den Balthasar Anton Lutz aus Baiern, in Basel wohnhaft, veranlasste, in den baslerischen, elsass-lothringischen und badischen Arbeiterkreisen zu agitiren durch den schriftlichen Auftrag: „Wählen Sie nur lustig drauf los“, erscheint die Ausweisung desselben gemäß §. 70 der Bundesverfassung begründet, die Ausweisung des Lutz aber damit begründet, dass derselbe die ihm vom Polizeiinspector Wohlgemuth angetragene Stelle eines „Agent provocateur“ gegen Entgelt übernommen hat, um in den Arbeiterkreisen von Basel etc. zu wählen und über die Sachlage an Wohlgemuth zu berichten.

Die Affaire Wohlgemuth wurde in der Presse zu einer „cause célèbre“ und beschäftigte auch die betreffenden Regierungen in außerordentlicher Weise, wobei nach der deutschen Fassung sich folgender Thatbestand ergab:

1. Dass Wohlgemuth wenige Minuten nach seiner Ankunft, bevor er Strafbares gethan haben konnte, verhaftet, neun Tage in Haft behalten und wie ein gemeiner Verbrecher behandelt wurde;

2. dass es Wohlgemuth ausschließlich darum zu thun war, Informationen über die Verbindung der elsass-lothringischen Socialdemokraten mit den in der Schweiz sich aufhaltenden und über den Druckschriftenschmuggel nach Deutschland zu erhalten;

3. dass die Behauptung, als ob Wohlgemuth eine agitatorische Versammlung socialdemokratischer Arbeiter in Riehen veranlasst hätte, frivol-erfunden sei;

4. dass Wohlgemuth weder nach dem Strafrechte des Cantons Aargau, noch nach dem Bundesgesetze der Schweiz eine strafbare Handlung begangen habe.

Dafür dass die Aargauer Beamten im Einverständnisse mit Lutz den Beamten Wohlgemuth, um ihn zu verhaften, auf Schweizer Gebiet lockten, sprechen folgende Umstände:

1. Dass Wohlgemuth gleich beim Betreten der Schweiz und dem Beginne der Unterredung mit Lutz verhaftet wurde, woraus sich ergibt, dass der mit dem Haftbefehl versehene Landjäger hiezu in Bereitschaft gehalten und die dem deutschen Beamten gestellte Falle vorher von Lutz und anderen Socialdemokraten mit dem Bezirksamtmanne vereinbart worden war;

2. dass Lutz in Rheinfelden sofort freigelassen worden war;

3. dass der Bezirksamtmanne schon bei der ersten Vernehmung Briefe Wohlgemuths an Lutz in Händen hatte, während er erst bei der zweiten Vernehmung behauptete, dass sie in der Hausdurchsuchung bei Lutz gefunden worden seien.

Das Comité der deutschen Socialisten in Zürich richtete an alle Socialisten einen Aufruf, worin dasselbe anlässlich der Affaire Wohlgemuth gegen die Anklagen Deutschlands protestirt.

Der Aufruf erklärte, dass die Socialisten nie mit den Anarchisten Beziehungen unterhalten haben, vielmehr haben sie diese und deren Schriften immer bekämpft.

Der Aufruf unterzieht sodann das Treiben der Agents provocateurs Schröder, Haupt, Kaufmann, Peukert, Wohlgemuth und Anderer einer sehr scharfen Kritik.

Durch die Affaire Wohlgemuth und die daraus resultirenden diplomatischen Actionen wurde die Aufmerksamkeit wieder mehr oder weniger auf den Umstand gelenkt, dass der Bundesrath fremde Socialrevolutionäre dulde; es wurde bei dieser Gelegenheit erinnert, dass die Anarchisten Reinsdorf, Lieske, Stellmacher, Kammerer und Kumisch gleichsam auf schweizerischem Boden die Verbrechen vorbereiteten, welche sie nachher in Österreich-Ungarn und Deutschland ausgeführt haben und es wurde endlich betont, dass die Congresses der Internationale und des deutschen Zweiges vorzugsweise in der Schweiz abgehalten und von den Behörden geduldet werden, welche das Wachstum der socialrevolutionären Propaganda in Deutschland wesentlich gefördert haben.

Durch alle diese Klagen sollte zugleich die Nothwendigkeit dargethan werden, in der Schweiz Polizeiagenten zu halten.

Die beiden Ergebnisse der Züricher Bombenaffaire und der zuletzt besprochenen Affaire Wohlgemuth und die daran geknüpften diplomatischen Berathungen und Actionen veranlassten den Bundesrath zur weiteren Organisirung der staatspolizeilichen Abtheilung mit der Aufgabe, die in der Schweiz sich aufhaltenden fremden Socialrevolutionäre und terroristischen Gruppen zu überwachen und zur Creirung eines Bundesanwaltes, dem die Aufgabe zufällt, die aus der staatspolizeilichen Überwachung sich ergebenden strafrechtlichen Verfolgungen einzuleiten.

Zugleich wollte sie die sociale Lage ihrer eigenen Angehörigen der arbeitenden Classe auf einer schon zu Beginn des Jahres in Aussicht genommenen europäischen Conferenz regeln.

Die Staatenconferenz für Arbeiterschutzgesetzgebung war anfangs für den Monat September

1889 in Aussicht genommen, doch die schweizerische Regierung setzte Mitte Juli die Staaten in die Kenntniss, dass das detaillirte Programm der Conferenz bisher noch nicht ausgearbeitet werden konnte, während andererseits es wünschenswert wäre, dass den Regierungen der theilnehmenden Staaten eine genügende Frist bleibe, um von dem Inhalte des Programmes vor dem Zusammentritte der Conferenz Kenntniss zu nehmen, weshalb es sich empfahl, den Zusammentritt der Conferenz bis zum Frühling des Jahres 1890 zu verschieben.

In der Circularnote vom Juli zählte der Bundesrath die Staaten auf, die ihre Betheiligung an der Conferenz bereits zugesagt haben, und zwar Österreich-Ungarn, Belgien, Holland, Luxemburg, Großbritannien, Italien, Frankreich und Portugal, sodann diejenigen, deren Antwort bis dahin noch ausständig war: Deutschland, Dänemark, Schweden und Norwegen und Spanien, und constatirte endlich, dass Russland „aus Opportunitätsrücksichten“ die Betheiligung an dieser Conferenz abgelehnt habe.

Indessen waren die Arbeiten zur Aufstellung, respective Erweiterung der Fremdenpolizei mit einem Bundesanwalte an der Spitze vorwärts gegangen.

Die Bundesvertretung und Regierung beschlossen das bezügliche Gesetz, die socialdemokratischen Vereine aber machten die heftigste Opposition und wollten dasselbe durch eine allgemeine Volksabstimmung zum Falle bringen.

Dazu waren mindestens 30.000 Unterschriften nothwendig; allein ungeachtet der gewaltigsten Anstrengungen konnten die Socialdemokraten kaum 20.000 Unterschriften zusammenbringen und es wird daher der neue Bundesanwalt seines Amtes walten.

Die Abstimmung zeigte abermals das stete Anwachsen der Socialdemokratie in der Schweiz, woselbst der Socialismus es bisher zu keiner bedeutsamen Rolle als politische Partei bringen konnte.

Es ist dem Socialismus zwar noch nicht gelungen, einen Vertreter für die Bundesversammlung durchzusetzen und selbst die cantonalen Versammlungen haben nur ganz vereinzelt socialistische oder socialistisch angehauchte Räte in ihrer Mitte.

Immerhin ist er in den letzten Jahren gewachsen und wird die Zahl der stimmfähigen Socialdemokraten in der Schweiz, wie oben bemerkt, mit ungefähr 20.000 angenommen.

Der Canton Zürich soll allein 8000 besitzen, die Stadt Basel etwa 1200, Bern etwas über 2000.

Am 18. August 1889 wurde in Bern, Basel, Zürich, Genf und anderen größeren Städten der Schweiz ein „Manifest der Schweizer Anarchisten“ in etwas mangelhafter französischer Übersetzung verbreitet, welches ursprünglich in deutscher Sprache geschrieben war.

Das Manifest erschien aus Anlass der Ernennung des Bundesanwaltes und enthielt folgende markante Stellen:

„Arbeiter!

Die Affaire Wohlgemuth, welche der deutschen Regierung abermals Gelegenheit geboten, ihr nichtswürdiges Spitzelsystem uns aufzuhalsen, wird von unserer Regierungsbände als Vorwand benützt, nicht allein die Spitzel Bismarks auszuweisen, sondern auch die Socialisten und insbesondere die Anarchisten anderer Länder. — —

„Ein Land, das von Muckern aller Schattirungen verpestet ist, welche die Unwissenheit der Menge ausbeuten etc. etc. — ein solches Land hat auch seine

Legionen von Elenden und Hungrigen, von Unzufriedenen, die bereit sind, die revolutionäre Armee zu verstärken, ohne dass ausländische Führer nöthig haben, sie dazu anzutreiben.

Sie fühlen es zu wohl, dass sie nicht glücklicher sind, als die Proletarier der ganzen übrigen Welt und sie organisiren sich, um ihr Recht aufs Dasein zu sichern, denn sie begreifen, dass auch die Schweiz ihren Theil an Empörern stellen muss, wenn die Stunde des allgemeinen Umsturzes schlagen wird.

So ist denn auch die Bourgeoisie aller Länder, die unserige mit inbegriffen — weil sie ein Interesse daran hat die Revolution zu erdrücken, um ihre Vorrechte zu sichern — entschlossen, sich gegen die Revolution zu vereinigen, die sie von allen Seiten umspannt und Dank der Mithilfenschaft der schweizerischen Regierung wird es für die Empörer kein Asyl mehr geben.

Wir sagen: Um so besser! Denn schon lange diente unser Boden als Falle, in welche so viele theure Kämpfer gegangen sind, die heimtückischerweise ihren Henkern ausgeliefert worden.

Da die Bourgeoisie den Krieg bis auf's Messer haben will, nehmen wir ihn auf. — —

„Der Tanz wird also losgehen, die Bourgeoisie, welche die Schweiz soeben mit einem beständigen Generalprocurator ausgestattet hat, kann ihrem Hasse gegen die Socialisten freien Lauf lassen; da es aber bald keinen Fremden zum Ausweisen mehr geben wird, so werden wir schweizerischen Anarchisten uns mit dieser famosen politischen Bundespolizei zu messen haben.

In eine von den verbündeten Bourgeois den Arbeitern aufgezwungene neue Kampfperiode eintretend, halten die Anarchisten darauf, genau den Antheil festzustellen, den sie an der socialistischen Bewegung zu nehmen gedenken. Da alle Regierungen sich gleichen, welches immer ihre Benennung sein möge, so werden wir fortfahren, den Einrichtungen der Bourgeoisie einen Krieg ohne Unterlass zu liefern, die Grundlagen selbst untergrabend, auf denen die gegenwärtige Gesellschaftsorganisation beruht.

Wir werden in alle Arbeiterversammlungen gehen, in denen sociale Fragen discutirt werden, um dort den Classenkampf zu predigen und in den Herzen der Proletarier den Hass gegen die bestehende Ordnung der Dinge zu entfachen.

Auge um Auge, Zahn um Zahn! Hoch die Anarchie!

Die schweizerischen Anarchisten von Basel, Freiburg, Aarau, Locle, Rorschach, Neuenburg, St. Gallen, Bern, Chaux-de-Fonds, Zürich, Lausanne, Sanet Immer-Thal, Genf, Lugano, Winterthur, Biel, Glarus und Luzern.

Im August 1889.“

Wegen Urheberschaft und Verbreitung dieses anarchistischen Manifestes — das in Paris rue de l'Echiquier bei Grave, einem schon früher aus der Schweiz ausgewiesenen Drucker, gedruckt wurde — wurden drei Anarchisten — geborene Schweizer — in Anklagezustand versetzt und kamen vor die Bundesassissen, und zwar der Verfasser Nicollet in Chaux de Fonds, sodann als Theilnehmer Felix Darbelloy und Ferdinand Henzi.

Die rechtliche Unterlage der Anklage stützte sich auf Artikel 48 des Bundesstrafrechtes vom 4. Februar 1853, auf den Versuch des gewaltsamen Umsturzes der Bundesverfassung.

Dass es sich hier um ein Unternehmen solcher Art handelte, schien nach dem anarchistischen Manifeste und nach der Natur der anarchistischen Ziele nicht zweifelhaft. Dennoch wurden am 23. December 1889 alle drei Angeklagte von den Geschwornen des Gerichtshofes im Canton Neuenburg freigesprochen.

Dafür erklärte auch Nicollet dankbar, dass sie mit der anarchistischen Propaganda fortfahren werden wie bisher.

Gegen fremde Socialrevolutionäre aber und deren Bestrebungen wurde seit der Züricher Bomben-affaire und dem Falle Wohlgemuth in strenger Weise vorgegangen.

So hat der Bundesrath am 12. October 1889 wegen aufreizender Agitation für die revolutionären Ideen der anarchistischen Partei aus der Schweiz ausgewiesen:

Den Christian Kempf von Belsenberg (Württemberg), den Schreiner Willibald Schmid aus Zimmerholz (Baden) und den Schneider Friedrich Püschel alias Wolf aus Stettin. Die Genannten waren in Basel und wurde die Ausweisung beschlossen, weil diese Personen ihren Aufenthalt in der Schweiz dazu benützt hatten, für die revolutionären Ideen dieser Partei in aufreizender Weise zu agitiren, zu welchem Zweck sich die Gesinnungsgenossen in und außer der Schweiz in Verbindung gesetzt hatten.

Diese Thätigkeit war aber geeignet, die internationalen Beziehungen zu schädigen und die Ruhe des Landes zu stören.

Ferner beschloß der Bundesrath, die Abhaltung des deutschen Socialistencongresses, welcher zu Basel unter Bebels und Liebknechts Vorsitz stattfinden sollte, zu verbieten.

Während die Nachbarländer der Schweiz mehr oder weniger von großen Arbeiterausständen heimgesucht wurden, ist im Berichtsjahre in der Schweiz nur der Strike der Zimmerleute in Winterthur zu verzeichnen, welcher schon nach kurzer Zeit mit einem Siege der Strikenden endete.

Der internationale socialistische Arbeitercongress in Paris beschloß, wie bekannt, die Herausgabe eines Correspondenzblattes das, den Titel „Achtstündiger Arbeitstag“ (la journée de 8 heures) fihrend, der Propaganda für den achtstündigen Arbeitstag und der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung überhaupt dienen soll.

Mit der Ausführung des Beschlusses wurde der Congressvorstand beauftragt und dieser betraute die schweizerischen Arbeiterorganisationen mit der Herausgabe dieses Blattes, welches in den drei Hauptsprachen (deutsch, französisch und englisch) erscheinen soll. Es fand infolge dessen eine Versammlung der schweizerischen Delegirten am Congress und der Vertrauensmänner der schweizerischen Arbeiterorganisationen in Zürich statt, welche beschloss, dass in Zürich ein Comité niedergesetzt werde, welches die Herausgabe des erwähnten Blattes in die Hand zu nehmen und die Thätigkeit der Redaction zu überwachen hat.

Das Comité hatte einen Aufruf an sämtliche Arbeiter der Welt erlassen. Das Blatt, dessen Gestehungskosten sich auf circa 15.000 bis 20.000 Francs per Jahr belaufen, sollte anfangs nur zweimal im Monate, vielleicht auch nur in längeren Zwischenräumen erscheinen.

Der Aufruf schloss mit den Worten:

„Ohne Bewilligung ausreichender Goldmittel fällt der Beschluss Ihres Congresses und seines

Bureaus als gegenstandslos dahin, dann hat aber auch der mit so großen Opfern an Zeit und Geld verbundene Congress keinen praktischen Erfolg gehabt. Wir rechnen darum auf Ihre thätige Hilfe. Es lebe die politische und sociale Emancipation der Völker!“

Mit Mühe wurde in der ersten Hälfte des December die erste Nummer des Correspondenzblattes fertiggestellt und in alle Welt versandt.

Anfangs November fand in Bern eine Deputirtenversammlung der Schweizer socialdemokratischen Partei statt, in welcher für das Jahr 1890 nachstehendes Programm festgestellt wurde:

Energische Propaganda für die Partei und ihre grundsätzlichen Ziele;

obligatorisches Referendum und Initiative;

Wahl des Bundesrathes durch das Volk;

einheitliches Strafrecht;

Abschaffung der politischen Polizei;

obligatorischer, unentgeltlicher, confessionsloser Volksunterricht und Unterstützung aller gesetzgeberischen Arbeiten für Arbeiterschutz etc. etc.

Die Jahresversammlung der schweizerischen socialdemokratischen Partei beschloss für die Nationalrathswahlen des nächsten Jahres die Aufstellung von ausgesprochen socialdemokratischen Candidaturen, wo dies immer möglich ist.

Dänemark.

Auch in Dänemark machte die socialistische Bewegung im Jahre 1889 Fortschritte.

Die dänischen Socialisten sind ihrer überwiegenden Mehrzahl nach marxistisch, aber sie sind bisher an (possibilistische) Bündnisse mit dem bürgerlichen Radicalismus gewöhnt gewesen.

Erst seit den Pariser Congressen konnte die jüngere radicale Richtung, welche in dem Redacteur Trier einen sehr fähigen Führer hat, den anderen Standpunkt mehr und mehr zur Geltung bringen.

Infolge dessen kam es zu einem Streite zwischen den beiden Fractionen und während des Streites der dänischen Socialisten geschah es, dass der „Socialdemokrat“, das Kopenhagener Organ der Gemäßigten, sich auf das Beispiel der Deutschen berief.

Der Kampf ist noch nicht ausgefochten und so geht auch jetzt noch ein Theil mit dem radicalen Bürgerthum.

Von den Gewerkschaften schlossen bis Ende des Berichtsjahres 150 sich an die socialistische Arbeiterpartei an.

Diese hat fünf eigene Organe, von denen zwei in Kopenhagen und drei in der Provinz erscheinen.

Alle fünf socialistischen Blätter haben zusammen gegen 30.000 Abonnenten.

Da die Partei nur schwer für ihre Versammlungen Locale erhielt, hat sie sich ihr eigenes Haus gekauft.

Auf ihren Congressen nahm sie eine Übersetzung des Programms der deutschen Arbeiterpartei vom Congresse zu Gotha in abgeschwächter Form an, fügte aber dem Programme einen Beisatz an, der im Widerspruche zum Vorbilde steht, nämlich die Forderung der Kleinindustriellen Capitalien zur Verfügung zu stellen.

Wenn aber auch die socialistische Partei in Dänemark in ihrer principiellen Erkenntnis gegen Deutschland noch vielfach zurück ist, so marschiren doch schon die politischen Gruppen und die Gewerkschaften Hand in Hand und die ökonomische Entwicklung fängt an, nach und nach größere Klarheit und Zielbewusstheit in die Bewegung zu bringen.

Aus Anlass der Beschickung der beiden Pariser Congresses fanden in Dänemarks socialistischem Lager auf einer Parteiversammlung, welche vom Hauptvorstande der socialdemokratischen Arbeiterpartei einberufen worden war, heftige Debatten statt, welche in folgender Resolution ihren Ausdruck fanden:

„Die Versammlung bedauert ernstlich, dass sie zu zwei internationalen Arbeitercongressen in Paris eingeladen ist und beschließt, dass die dänische socialistische Partei sich an keinen der beiden Congresses anschließt; sie fordert aber den Vorstand auf, die streitenden Parteien in Paris soviel wie möglich anzuregen, um dadurch zu erreichen, dass die zwei Congresses zu einem verschmolzen werden.“

In den Motiven wurde erwähnt:

„Wir können die Ansicht nicht aufgeben, dass die Abhaltung von zwei Congressen unter den jetzigen Verhältnissen ein Unglück für die Arbeiterbewegung ist und in hohem Grade nachtheilig und entmuthigend für den Geist der Solidarität, der die Arbeiter aller Nationen an einander binden soll.“

Die dänischen Socialisten beklagten es besonders, dass die Uneinigkeit gerade im Jahre 1889, dem 100. Jahre nach den großen Ereignissen in Frankreich herrsche, welche die Feudalherrschaft und das absolute Königthum gestürzt hatten.

In einer anderen Versammlung dänischer Socialisten wurde erwähnt, es wäre von größter Bedeutung gewesen, wenn die Arbeiter ihren capitalistischen Feinden zeigen könnten, dass sie die erste und wichtigste Bedingung, um die Capitalistenherrschaft abschütteln zu können, nämlich die: „einig zu sein“, zu erfüllen vermögen.

Zwei Congresses wären ein Zeichen der Uneinigkeit und Unverträglichkeit, zwei Congresses trügen den Keim neuer Uneinigkeit und Unverträglichkeit in sich; endlich wurde erwähnt, dass mit Recht zu fürchten ist, dass der eine Congress Beschlüsse fasse, die denen, welche der andere gefasst hat, entgegen stehen werden!

Aus diesen Gründen beschloss die Parteiversammlung bei keinem der beiden Congresses theilzunehmen.

Die Erfahrung lehrte aber, dass Dänemark doch auf beiden Congressen vertreten war, und dass keine diametralen Beschlüsse auf den beiden Congressen gefasst wurden.

In neuester Zeit entwickelte die Socialdemokratie Dänemarks unter der ländlichen Bevölkerung eine lebhaft agitatorische Thätigkeit.

Dutzende von socialdemokratischen Aposteln treiben sich auf den Dörfern von Seeland, Fünen und Jütland herum, wo bis nun der bauerliche Liberalismus die Herrschaft hatte.

Sie hoffen bei den nächsten Folkethingswahlen auf diese Art wenigstens einige Erfolge durchzubringen.

Wie in den früheren Berichtsjahren schon hervorgehoben wurde, wird der 5. Juni, als der Tag, an welchem König Frederik VII. im Jahre 1849 dem dänischen Volke ein freies Grundgesetz gab, von allen politischen Parteien gefeiert.

Im Berichtsjahre 1889 als am 40. Jahrestage geschah dies in hervorragenderer Weise als sonst.

Jede der drei in Dänemark bestehenden Parteien — die Rechte, die Linke und die Socialdemokraten — hielten eine besondere Feier.

Die Rechte zog in großer Procession mit 15.000 Theilnehmern nach dem Garten beim Rosenberger Schloss, wo mehrere Reden gehalten wurden; die Linke hielt ihre Feier auf Fredriksberg, wo etwa 7000—8000 Personen

versammelt waren, aber die größte von den drei Processionen war diejenige der Socialdemokraten, welche aus 110 Vereinen mit 20 Musikcorps und aus circa 20.000 Theilnehmern bestand.

Die Feier fand auf dem Norderfelde statt, wo drei Rednerbühnen errichtet waren.

Der Tenor der Reden gipfelte darin, dass man die größten Anstrengungen für die bevorstehenden Folkethingswahlen machen müsse, die eine außergewöhnliche Wichtigkeit erhalten würden.

Von den wenigen anarcho-socialistischen Köpfen wurde aber erklärt, ein Socialrevolutionär müsse sich über diese intensive Theilnahme und Propaganda für die Wahlen ebenso schämen, als darüber, dass hundert Jahre nach dem Bastillesturm eben wieder in Paris über Arbeiterschutzgesetze debattirt werde.

Die Lohnbewegung war auch in Dänemark bemerkbar. Dem großen Strike der Bautischler antworteten die Meister, nach vielen vergeblichen Versuchen eine Einigung zu erzielen, mit einem allgemeinen „Lock-out“, worauf endlich die Einigung doch zustande kam.

Dem Ausstande der Bautischler schlossen sich auch die Maurer, Maler und Zimmerleute an.

Schweden und Norwegen.

In Schweden verhielt es sich mit der socialdemokratischen Partei ähnlich wie in Dänemark.

Hier vertritt der von Hjalmar Branting redigirte Stockholmer „Socialdemokrat“ ein bedingtes Zusammengehen mit dem radicalen Bürgerthum, während Axel Danielsson in dem Malmöerblatte „Arbetet“ jede Compromiss-Politik energisch bekämpft.

In Norwegen haben die Socialisten neuerdings jede Gemeinschaft mit den von dem Dichter Björnson geführten separatistischen Radicals einmüthig zurückgewiesen und beschlossen, sich lediglich auf ihre eigene Kraft zu verlassen.

Zu Ostern hielt die schwedische Socialdemokratie einen Parteitag ab, der von 50 Delegirten besucht war, die 72 politische Clubs, Fachvereine und andere Arbeitervereine vertraten.

Auf demselben wurde einstimmig die Constituirung der „socialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens“ beschlossen.

Zweck dieser Partei ist die Durchführung der socialdemokratischen Grundsätze, wie diese in dem Programme (am nächsten sich an das Gothaer Programm anschließend) ausgedrückt sind.

Die höchste Autorität in Parteiangelegenheiten hat der Congress, welcher bis zum nächsten Parteitag sieben Vertrauensmänner wählt, die die Beschlüsse des Congresses durchzuführen, die Partei als Ganzes zu repräsentiren und mit den Brüderparteien des Auslandes Verbindungen anzuknüpfen und zu unterhalten haben.

Schweden wurde auf diesem Parteitage in drei Districte eingetheilt: in einen südlichen, Schonen umfassend, mit dem Districtsorgane „Arbetet“ (Arbeit), welche zu Malmö dreimal im Monate erscheint; in einen westlichen, mit Gothenburg als Hauptort und mit dem Wochenblatte „Folkes-Röst“ (Volkesstimme) als Organ, und in einen dritten District, der Mittel- und Nord-Schweden umfasst, Stockholm als Centrum und das Wochenblatt „Socialdemokrat“ als Organ hat.

Der Parteitag befasste sich hauptsächlich mit der Constituirung der drei Districte, dann aber noch mit einer großen Reihe von Fragen über Fachvereine, Maximal-Arbeitstag, Minimallohn und insbesondere mit der Heranziehung der Frauen in die Partei.

Weiters befasste er sich mit der Erlangung des allgemeinen Stimmrechtes, mit der Arbeiterschutzgesetzgebung und erklärte schließlich, dass er nur mit Mitteln, welche dem natürlichen Rechtsbewusstsein des Volkes entsprechen, arbeiten wolle.

Die Socialdemokraten Schwedens erklärten, dass sie gewaltsamen Revolutionen als Mittel zum Zwecke ferne stehen. Von Putschen wollen sie schon aus dem Grunde gar nichts wissen, weil sie die ganze Arbeiterbewegung nur compromittiren. Revolutionen können nach ihrer Darstellung ohnedies niemals gemacht werden; wenn aber „die Blindheit und die Selbstsucht der herrschenden Parteien“ eine gewaltsame Revolution hervorrufen würde, dann würde auch den Socialdemokraten Schwedens ihr Platz zugewiesen sein.

Der nächste Congress soll zu Ostern des Jahres 1891 in „Norköping“ stattfinden, und bis dahin wurden als Vertrauensmänner gewählt: Hj. Branting, Axel Danielsson, Fr. Sterbly, Aug. Palm, P. Erikson, J. M. Engström und C. L. Lundberg.

Der Eindruck des ersten socialistischen Parteitages Schwedens auf das Volk war so groß, dass die Regierung nicht lange säumen zu dürfen glaubte, Stellung zu nehmen. Es wurde vom Justizminister Oerborn eine Erweiterung des allgemeinen Strafgesetzes in Aussicht genommen und nun als Regierungsvorschlag dem Reichstage vorgelegt.

Jede Aufforderung zum Verbrechen jeder Art wird nach dem neuen Entwurfe von einer Geldbuße bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft, ebenso wird gestraft, „wer in Wort und Schrift zu Ungehorsam gegen die Gesetze oder die Behörden zu verführen sucht oder wer sonst zu Maßregeln aufwiegelt, die eine Drohung gegen die Gesellschaftsordnung oder eine Gefahr für deren Bestehen enthalten“.

Als Motiv zum neuen Strafgesetzentwurfe wird die socialdemokratische Propaganda und der infolge dessen abgehaltene erste Parteitag bezeichnet.

Infolge des vorgelegten Entwurfes fanden in Schweden durch Socialdemokraten einige Protestversammlungen statt und eine größere Demonstration war für Stockholm geplant, doch wurde diese Versammlung verboten.

Nichtsdestoweniger wurde in der ersten Kammer (Herrenhause) das Gesetz mit 83 gegen 25 Stimmen unverändert angenommen, in der zweiten Kammer wurde der Vorschlag mit 109 gegen 102 Stimmen nach sehr lebhafter Debatte angenommen, jedoch der obige Passus „wer sonst zu Maßregeln aufwiegelt, die eine Drohung gegen die Gesellschaftsordnung enthalten“, eliminiert.

Norwegen hat einen Delegirten zum Pariser Congress geschickt, Schweden deren zwei, welche im Congress der „Vereinigten Socialisten“ und nicht in jenem der Possibilisten — wie erwartet wurde — erschienen.

Soviel ist Thatsache, dass die junge socialdemokratische Partei in Skandinavien die beschränkten Mittel, die ihr zu Gebote stehen, voll ausnützt.

Als in England im Sommer des Berichtsjahres ein Strike der englischen Seeleute ausbrach, wurden in Bergen und Christiania öffentliche Versammlungen abgehalten, in welchen die norwegischen Seeleute aufgefordert wurden, sich nicht zu „Scabs“ zu degradiren.

Überhaupt machte die socialistische Propaganda in Christiania mehr Fortschritte als sonst irgendwo in Skandinavien.

Die schwedische Regierung folgte in socialistischer Beziehung der deutschen Reichsregierung. Schon vor

Jahresfrist setzte sie eine Commission ein, welche beauftragt wurde, gesetzgeberische Maßnahmen behufs Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes vorzuschlagen, um letzteren vom Anschluss an die socialdemokratische Umsturzpartei abzuhalten. So wurde bereits ein Unfallversicherungsgesetz angenommen und ein Altersversorgungsgesetz ist vorgeschlagen. Dennoch und trotz dieser Fürsorge der Regierung sah sich Gjord, der Delegirte Norwegens am Pariser Congresse, zu dem Ausspruche veranlasst:

„Die norwegische Bewegung sei nicht stark, aber da sie bereits ins Stadium der Verfolgung seitens der Regierung getreten ist, so dürfte der Beweis geliefert sein, dass ihre Bedeutung eine größere zu werden beginnt.“

Er bemerkte noch:

Die norwegischen Socialisten halten nicht viel von parlamentarischer Thätigkeit, sie benützen die Wahlen aus agitatorischen Gründen, geben sich aber nicht der Hoffnung hin, dass im wesentlichen etwas durch den Parlamentarismus gebessert werden könne. (Receipt Bebel's.)

Auch die skandinavische Halbinsel blieb von der Lohnbewegung nicht unberührt.

Der Strike der Arbeiterinnen in den großen schwedischen Zündholzfabriken zu Christiania bildete das Tagesgespräch in ganz Norwegen.

Es haben dort am 2. November 1000 Mädchen die Arbeit eingestellt. Als der Strike größere Dimensionen annahm, trat der Dichter Björnson mit dem ihm eigenen leidenschaftlichen Feuereifer für die Arbeiterinnen in die Schranken. Er erklärte, dass niemals ein Strike gerechter gewesen sei, als die nothgedrungene Auflehnung hilfloser Mädchen gegen gewissenlos schaltende Fabrikanten. Björnson richtete an den norwegischen Bischof Essendrop die Aufforderung, bei Erfüllung seiner christlichen Liebespflichten für die Arbeiterinnen öffentlich einzutreten. Der Bischof lehnte aber das Ansinnen ab.

Infolge dessen erschien Björnson in einer großen Versammlung der strikenden Mädchen und hielt eine zündende Rede, in der er sagte, er sei kein Hetzer, aber er werde 100 andere Strikes im Lande wachrufen, bis die Arbeiter ihr billiges Menschenrecht erhalten hätten.

England.

In England trat im Berichtsjahre der Strike der Dockarbeiter in den Vordergrund.

Dieser Strike war von einer Ausdehnung und Größe der Organisation, dass er alle großen Arbeiterausstände des Continents übertroffen hat. Über die Ursache wurde Verschiedenes angeführt und wird hier in Kürze die wahrscheinlichste Ursache wiedergegeben:

Das Elend im Osten Londons ist sprichwörtlich, aber die Dockarbeiter-Bevölkerung des Tower Hamlets galt doch als der Auswurf des Elends des ganzen Ostends.

Die Männer lagen oft Wochen hindurch vor den Thoren der großen Docks und warteten auf die Gelegenheit zu einem „Job“, d. i. eine kurze Beschäftigung, bei der nie mehr als einige Shilling, oft nur wenige Pence abfielen.

Unter diesen zweifellos Unglücklichen fand sich einer, der von den „Trades Unions“ gehört hatte, und obwohl die Dockarbeiter nur eine zusammengewürfelte Menge sind, gründete er doch den Gewerkverein der Dockarbeiter (Dock Labourers Union).

Aber die große Masse der Dockarbeiter blieb dem neuen Verein gegenüber völlig indifferent, und nur ein

kleines Häuflein, kaum hundert Mann, zählte der Verein, der unter der Leitung von Benjamin Tillet stand und von Socialisten gefördert wurde.

Tillet — der selbst noch kein Socialist ist — arbeitete neue Arbeitsbedingungen aus, überreichte sie den Dock-Directoren, erhielt jedoch gar keine Antwort.

Die Forderungen bestanden in Folgendem:

1. Jeder angenommene Arbeiter erhält mindestens vier Stunden Arbeit und Lohn;

2. die Leute, welche sich zur Arbeit stellen, dürfen, wenn sie brauchbar sind, nur um 8 Uhr früh und um 12 Uhr mittags angenommen werden;

3. Accord oder Arbeit per Collo (Stück) wird vollständig abgeschafft;

4. der Minimallohn für Tagesarbeit soll von nun an auf 6 Pence (statt 5) per Stunde und auf 8 Pence (statt 6) per Überstunde erhöht werden;

5. die contractlichen Bezahlungen für zu leistende Arbeit sollen in Zukunft 8 Pence per Stunde, respective 12 Pence (1 Shilling) per Überstunde betragen.

Die Arbeiter wollten daher eine gewisse Gleichstellung aller Beschäftigten durch Abschaffung des Accord- und Stücklohnes.

Als Tillet's Forderung von den Dockdirectoren unbeachtet blieb, wendete er sich an John Burns, das socialistische Mitglied des Londoner Gewerkschaftsrathes, um Hilfe und bat ihn, die Dockarbeiter organisiren zu helfen.

Was die Führer der Gewerkschaftsvereine vielleicht von sich gewiesen hätten, übernahm John Burns und in kaum drei bis vier Tagen war der ganze Londoner Hafenverkehr zum Stillstande gebracht.

Am 21. August marschirte ein Theil der Strikenden, etwa 40.000 an der Zahl, von den Docks nach der City durch Leadenhall Street, wo die Comptoirs der großen Dockgesellschaften sind.

An ihrer Spitze fuhr ein kleines Wägelchen, auf dem der Socialist John Burns sass.

Die Procession erstreckte sich über eine Meile und die Demonstranten trugen Fahnen, Standarten, auf Stangen gepflanzte Brotlaibe und sammelten in Beuteln Geld ein von den zahlreich anwesenden Zuschauern.

Die Demonstration nahm einen ruhigen Verlauf; die Polizei der City hielt den Weg offen und nirgends wurde die Ruhe gestört.

Die begleitenden Musikkapellen spielten die Marseillaise, den Garibaldimarsch, die Wacht am Rhein, Rule Britannia und andere Volksmelodien.

Das Wunder — die Dockarbeiter geeinigt zu sehen — hatte die gewerkvereinlich wohlorganisirten Schiffsbauer, Lichterschiffer, Seeleute und Heizer mit solcher Begeisterung erfüllt, dass sie sich „aus Princip“ dem Ausstände anschlossen, um nur die Bedingungen der Dockarbeiter durchzusetzen.

Diesem Beispiele folgten noch die Korn- und Kohlenträger, die Fuhrleute, kurz alle Berufsarten, welche mit dem Hafenverkehre in Verbindung standen.

Noch nicht genug, traten auch die Biscuitmacher, Eisenarbeiter u. s. w. in den Strike ein, dass die Zahl der Ausständigen in jenen Tagen 180.000 Mann erreichte.

Damit hatte der Strike noch nicht seinen Höhepunkt erreicht, denn es drohten noch die Seeleute, alle Häfen des Inselreiches zu blockiren, die Gasarbeiter wollten London in Finsternis versetzen, die Schriftsetzer machten Miene, alle Londoner Zeitungen zu suspendiren, kurz, es gab einen Augenblick, in welchem thatsächlich der allgemeine Strike vor der Thüre stand.

Niemals wäre der Ausstand so groß und mächtig geworden, wenn nicht der Bürgerstand ihn so unterstützt hätte, denn die Gaben für den Strikefond flossen reichlicher, je mehr Ausständige es gab und ebenso wuchs die Begeisterung, mit welcher man die großen Züge der Strikenden auf ihrem Wege von den Docks nach der City begrüßte.

Die großen Blätter waren mit geringen Ausnahmen auf Seite der Strikenden.

Die Jahresversammlung des Rathes der Gewerksvereine (Trade unions) Großbritanniens nahm eine Resolution an, welche die Forderung der Dockarbeiter als gerechtfertigt erklärte und die Gewerke im ganzen Königreiche aufforderte, den Strikenden jede mögliche Geldhilfe zu gewähren.

Der Gewerkschaftsverein (Trades assembly) in Chicago nahm eine Resolution an, worin die Sympathie des Volkes mit den Londoner Strikenden ausgesprochen wurde. Die Resolution empfiehlt den Arbeitgebern, zu erwägen, ob es nicht vortheilhaft wäre, wenn sie sich mit den arbeitenden Classen vereinigen würden, zum Zwecke der Feststellung eines Minimallohnes, der hinreichen würde, auch die am wenigsten Geschickten zu einer anständigen Lebensführung zu befähigen, ferner wegen Einführung eines normalen achtstündigen Arbeitstages mit regelmäßiger Beschäftigung für alle Arbeiter.

Ebenso haben in New-York und Philadelphia abgehaltene Arbeiterversammlungen beschlossen, den strikenden Arbeitern in London ihre Sympathie auszudrücken und Hilfe zu versprechen.

Selbst in Melbourne haben Theilnahmsmeeting stattgefunden und ebenso in Brisbane, Adelaide und Hobartown.

In London aber lud der Lordmajor den Cardinal Manning und den anglikanischen Bischof von London ein, um Mittel zur Beseitigung des Strikes zu berathen.

Die Wendung, welche die Strikebewegung machte, ließ jedoch bald die allgemeine Sympathie mit den Strikenden erkalten. Die Drohungen der Seeleute und Gasarbeiter etc. trafen nicht mehr die Dockgesellschaften allein, sondern allgemeine Interessen, und beunruhigten auch Fernstehende.

Denn der Führer der Strikenden, Burns, erklärte, dass er, wenn die Rheder Schiffe nach Southampton senden würden, um sie dort laden und ausladen zu lassen, selbst dorthin gehen werde, um den Strike zu proclamiren, und mitten in der Strikebewegung der Dockarbeiter (am 1. September) zeigte ein Zug von 3000 strikenden Schneidern, der sich durch die City bewegte, dass das Strikefever andere Gewerksarbeiter ergriffen hat.

Selbst dem Centralstrikeausschusse im Hauptquartier in den Wades Arms zu Poplar war die Zunahme der Strikenden wegen der grösseren Schwierigkeit der Aufbringung der Geldmittel zur Versorgung der Feiernden nicht wünschenswert. Er erließ daher schleunigst ein Manifest, in welchem verlangt wurde, dass sich nur jene Arbeiter dem Strike anschließen sollten, welche dem Hafenverkehre angehörten. Die anderen Arbeiter würden der Sache weit besser dienen, wenn sie dieselben nach Kräften unterstützten.

Das Manifest war datirt vom 27. August und da die Dockdirectoren in diesem Manifest ein Zeichen der Schwäche ihres Gegners zu bemerken glaubten, so modificirten sie sogleich einige schon gemachte Zugeständnisse.

Das Strikecomité glaubte das mit einer Aufforderung zum allgemeinen Strike für London beantworten zu sollen. Der Generalstrike sollte, wenn die Dockdirectoren nicht capitulirt hätten, am 2. September morgens in Kraft treten.

Aber die Wirkung des Manifestes war nicht die erwartete, denn die hauptstädtischen Arbeiter, welche durch das Manifest vom 27. August sehr ernüchert worden waren, hatten sich für das letzte Manifest nicht erwärmt.

Als der Ausschuss der Strikenden den Missgriff bemerkte, erließ er abermals ein Manifest, worin der Generalstrike widerrufen und an die Kassen der Gewerkschaften appellirt wurde.

Schon am darauffolgenden Tage, nämlich am 2. September, ließ der in Dundee zusammengetretene Congress der Gewerksvereine, von dem weiter unten die Rede sein wird, diesem Appell durch eine einmüthige Sympathiekundgebung bereitwilligst den gehörigen Nachdruck zutheil werden.

Trotzdem wäre der Strike ungeachtet der vielseitigen Unterstützung und der bedeutenden Erträge der Sammlungen (so sammelte der radicale Star allein gegen 7000 Pfund Sterling) doch wegen Unzulänglichkeit der Mittel (es waren täglich 2000 Pfund nothwendig) noch gescheitert, wenn nicht in letzter Stunde zwanzig und einige tausend Pfund Sterling, so ziemlich die Hälfte des ganzen Strikefonds von Wades Arms als Subsidien aus den fernen australischen Coloniallanden eingetroffen wären. Diese bedeutende materielle Beihilfe und die erfolgreichen Interventionen seitens des Lordmayors, des Cardinals Manning, dann des anglikanischen Bischofs von London, sowie des Abgeordneten Sydney Buxton und anderer Personen bewirkten, dass die Dockgesellschaften nach dem nun schon mehr als vierwöchentlichen Strike die Forderungen der Dockarbeiter acceptirten, wodurch der Strike sein Ende erreichte und die Arbeit aufgenommen wurde.

Dieser außerordentliche Ausstand zeitigte Folgen sowohl in wirtschaftlicher, als in politischer Beziehung, und zwar mittelbare und unmittelbare Folgen.

Zunächst ist die Organisation der Dockarbeiter durch den Strike zu Ende geführt werden.

Die Dock Labourers-Union zählt gegenwärtig schon mehr als 20.000 Mitglieder; die schon früher aber nur schwach bestandenen Gewerksvereine der Lichtschiffer und Schiffsbauer haben 6000, beziehungsweise 3500 Mitglieder und auch die Seelente und Heizer haben seither ihre besondere Organisation.

Infolge des Strikes haben sich ferner neu organisiert: die Kohlenträger und verschiedene andere Zweige der mit dem Hafenverkehre in Verbindung gebrachten Gewerbe.

Es ist kein Zweifel, dass diese einzelnen Gewerkschaftsvereine schon in nächster Zeit einen Verband mit einem gemeinschaftlichen Generalrathe schließen werden, so dass den Dockgesellschaften diese verschiedenen Gewerkschaften in Zukunft als eine einzige geschlossene Masse gegenüberstehen werden.

Es werden ferner von nun an von den Arbeiterorganisationen nur mehr Unionsleute als Arbeiter in den Docks geduldet werden.

In der That haben seit Aufnahme der Arbeiten in den Docks schon wiederholt Kämpfe zwischen den Unionsarbeitern und den keiner Union angehörenden Arbeitern stattgefunden.

In Amerika werden letztere Arbeiter „Scabs“ genannt, in England nennt man sie aber „Blacklegs“, beide Benennungen bezeichnen dasselbe.

Ein britischer Unionist arbeitet grundsätzlich mit keinem „Blacklege“ zusammen und so sind in den Docks in den letzten Tagen des September die „Blacklegs“ von Ort zu Ort gejagt worden, viele wurden verwundet und in die Hospitäler gebracht und der Kampf war so heftig, dass selbst die Strikeführer nur mit größter Mühe vermochten, diesen Ausschreitungen zu steuern.

Um Ruhe zu schaffen, blieb nichts übrig als dahin zu wirken, dass auch jene Arbeiter, welche den Dockgesellschaften während des Strike gedient hatten, in die Union als Mitglieder aufgenommen, das heisst, dass die „Blacklegs“ Unionisten werden. Seither sind wohl die Thätlichkeiten von der Gewerkschaft der Dockarbeiter gegen die Nichtunionisten seltener geworden, aber die Blacklegs werden sich doch nicht lange in den Docks behaupten können, da sie auch immer mehr dem Ächtungsmittel des Boycotts ausgesetzt sind. So haben sich auch die Lichterschiffer bereits geweigert, aus den Händen der „Blacklegs“ Waren anzunehmen und die Schiffbauer haben Schiffe verlassen, auf denen sie einige dieser Arbeiter bei der Arbeit sahen.

Die Wirkung des Endes des Strikes der Dockarbeiter beschränkte sich aber nicht allein auf das Hafengebiet, sondern es haben auch eine Menge von anderen Gowerken (Trades) durch den großen Hafenausstand Vortheile errungen, welche entweder in höheren Löhnen oder in kürzerer Arbeitszeit bestehen, oft aber in beider Beziehung erreicht wurden. Ebenso wurden neue Gewerkvereine gegründet und eine Union zwischen den schon bestehenden hergestellt. Der große Dockarbeiterausstand wurde außerdem noch in anderer und weit größerer Beziehung für die Bewegung vorthellhaft, denn mit dem Hafenausstand-Strike ist die ganze britische Arbeiterbewegung in ein neues Stadium getreten. Der Arbeitermassen bemächtigte sich ein anderer Geist, der sich schon auf dem Congress zu Dundee, wie weiter unten gezeigt werden wird, bemerkbar machte.

Der Dockarbeiterstrike stand — wie constatirt ist — unter der Leitung von Socialisten; denn neben John Burns waren noch Tom Man, H. H. Champion und G. Bateman eifrige Agitatoren. Burns und Man theilten sich mit Tillet — dem Gründer des Dockarbeitergewerkschaftsvereines — im Commando über die Ausständigen. Es muss zwar erwähnt werden, dass der in Wade's Arms zu Poplar constituirte gewerkschaftliche Convent — bestehend aus 60 Personen — die Oberleitung über die ganze Strikeorganisation innehatte und dass selbst Burns und die übrigen vorgenannten socialistischen Agitatoren sich an die Befehle der Sechzig halten mussten, aber das ändert die Sache in Bezug auf die socialistische Leitung nicht.

Es ist überhaupt eine bedeutsame Erscheinung in der neuen englischen Arbeiterbewegung, dass die jungen Kräfte, von denen sie getragen wird, durchwegs Socialisten sind und dass ihre socialistischen Ideen niemanden mehr zurückschrecken.

Die alten Gewerkschaftsführer erlitten einen kräftigen Stoss und es kann bald geschehen, dass Broadhurst, Shipton und ihre engeren Freunde von der Tagesordnung, auf der sie heute noch stehen, durch neue Männer abgesetzt werden.

Auch John Burns, der aus Anlass des Hafenausstandes die Dundeeer Parlamentscandidatur ablehnte, wird als Secretär des „parlamentarischen Ausschusses“ der britischen Gewerkvereine mit der Opposi-

tion einer vorgeschrittenen Section zu rechnen haben. Er war nämlich in letzterer Zeit „zu gemäigt“ und dies hat ihn bei einem Theile der Socialisten verdächtigt.

Es waren dies seine früheren engeren Gesinnungsgenossen von der „Socialdemokratischen Föderation“, welche sich auch — abgesehen von 130 Pfund Sterling, welche sie zu dem Strikefond beisteuerten — sonst wenig um den großen Hafenausstand gekümmert haben. Sie machten es Burns und seinen Genossen zum besonderen Vorwurf, dass diese dort geerntet hatten, wo sie (die Partei) gesäet hätten.

Sie organisirten daher, getrennt von Burns und Genossen, im Süden und Westen der Stadt eine Reihe von Ausständen und der aus der Bewegung der „Arbeitslosen“ in den letzten Jahren bekannte John Williams spielt als Organisator der nationalen Föderation der „Vereinigten Arbeit“ eine bedeutende Rolle.

Er ist die Hoffnung der Possibilisten, während John Burns die Hoffnung der Marxisten ist.

Es dürfte hier am Platze sein, über John Burns noch einige Worte zu sagen, der zu einer Zeit, als die strikenden Dockarbeiter schon an ihrem Siege zu zweifeln angingen, sie zum Ausharren zu bestimmen vermochte und der sie endlich zum nicht geahnten Siege führte.

Burns erschien zum erstenmale in der Öffentlichkeit, als London von den berüchtigten Pöbelauftritten beunruhigt war, und zwar in einer Massenversammlung in Hyde-Park am 2. October 1887, in welcher neben anständigen Arbeitern eine Masse von verbrecherischen Proletariern sich zusammengefunden hatte.

Die englische Presse schrieb damals:

„Die unzweifelhafte Entschlossenheit Burns, welche aus seinem ganzen Wesen sprach, in Verbindung mit einer mächtigen, weithin schallenden Stimme, wie man sie in England selten hört, flosste uns die Überzeugung ein, dass dieser Mann bald weiter von sich hören lassen werde.“

Burns wurde seither in den Londoner Grafschaftsrath gewählt, in dem er sich nach allen Berichten musterhaft benommen hat.

Als Mitglied der „Hyndman'schen Föderation“ wurde er als Delegirter zum Congress der Possibilisten im Monate Juli nach Paris entsendet, ging aber — was bezeichnend ist — vom Congress der Possibilisten zu den Marxisten über, weshalb oben erwähnt wurde, dass er die Hoffnung der Marxisten ist.

Vom Congress nach England zurückgekehrt, nahm er sich sogleich der Sache der Werftarbeiter an, ließ aber im klugen Verständnis alle communistischen Bestrebungen beiseite im Bewusstsein, dass das bei der Masse der englischen Arbeiter nicht ziele.

Burns schien mit der Führung der Hafenausstandes alles gewinnen zu wollen. Es geht dies aus seiner Rede hervor, welche er von einer Plattform in dem großen Volkspark an die Massen hielt, denen er gleich zu Anfang seiner Rede mittheilte, dass die Gasarbeiter Londons beabsichtigen mit den Dockarbeitern gemeinsame Sache zu machen und einen Ausstand zu beginnen, durch welchen die Hauptstadt für geraume Zeit der Nacht in völlige Dunkelheit versetzt werden würde.

Er sagte damals: er sei entschlossener als je, den Dockarbeitern zu ihren Rechten zu verhelfen; keine Furcht vor Pentonville oder Millbank (Londoner Correctionshäuser) oder vor der Hölle selber würde ihn von seinem Entschlusse abbringen.

Dies sagte Burns zu einer demonstrationssüchtigen Menge von 60.000 Köpfen und außerdem vor einer Masse von 40.000 Neugierigen, die von East India Dock

und Poplar durch die City und längs des Themse-Quais nach dem fern im Westen gelegenen Hyde-Park die Strikenden begleitet hatte.

Nach beendeten Strike zollte die englische Presse den Dockarbeitern die volle Anerkennung, weil trotz aller harten Worte kein wirklicher Landfriedensbruch, keine ernstliche Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung vorgekommen ist, weil kein Tropfen Blut vergossen worden ist und weil die Polizei ohne Aufgebot besonderer Vorkehrungen, ohne Mithilfe des Militärs vollständig die öffentliche Ruhe zu schützen vermocht hat.

Sie schrieb: In keiner anderen Großstadt Europas würden die Arbeiter während eines Strikes von so vielen Tausenden durch volle fünf Wochen sich so gemäßig gezeigt haben, wäre die öffentliche Ordnung mit den gewöhnlichen Mitteln so aufrecht erhalten worden, wie während des letzten Monates in London. Es gibt keine Stadt auf dem Festlande, wo nicht gefährliche Ruhestörungen mit Blutvergießen täglich vorgekommen wären.

Die Wiener und Berliner socialistische Presse widmete dem Strike der Dockarbeiter in London die volle Aufmerksamkeit und hob hervor, dass bei dem Strike die socialistische Propaganda die leitende Rolle gespielt habe.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ rühmte, dass die Arbeiterbataillone auf diese Art immer mehr und mehr Kampfkraft des Socialismus würden und das Schwesterorgan in Berlin hob hervor, dass in London kein militärisches Aufgebot stattfand, kein Belagerungszustand in Vorschlag gebracht, nicht einmal harmlose Reisende aus Irrthum erschossen wurden.

Dem unerwarteten Erfolge der Dockarbeiter, deren Ruhe und Besonnenheit während des Ausstandes wie erwähnt beinahe von der ganzen englischen liberalen Presse so überaus lobend hervorgehoben worden ist, folgte das Siegesfest der Werftarbeiter.

Es dürfte jedoch am Platze sein, vorher noch das Ergebnis des 22. Jahrescongresses der englischen Gewerkschaften zu erwähnen.

Um dieselbe Zeit nämlich, als London der Schauplatz einer Bewegung der tiefsten Schichte des Proletariats der Weltmetropole war, fand in Dundee der 22. Jahrescongress der englischen Gewerkschaften unter so zahlreicher Betheiligung wie in keinem Jahre vorher statt.

Es waren 210 Delegirte erschienen, die 855.055 Mitglieder von Gewerkschaften vertraten.

Der gefährlichste Gegner der alten Gewerkschaftsführer John Burns wurde — wie schon oben erwähnt — durch den Dockhandlangerstrike in London zurückgehalten und musste das Mandat im letzten Momente abgeben. Ebenso musste ein anderer gefährlicher Gegner, der alte Gewerkschaftsführer Tom Man, im Interesse der Docker zurückbleiben, es konnte also der Broadhurst-Shypton'schen Führung nur eine kleine Schaar unter Anführung von Keir Hardies entgegengestellt werden. So war es möglich, dass Broadhurst am 11. September ein Vertrauensvotum von 177 Stimmen gegen 11 Stimmen erhielt. Hiemit hat aber das zünftlerische und als reactionär verschrieene Element in der englischen Arbeiterbewegung einen Sieg erfochten.

Broadhurst verstand es in geschicktester Weise, seine Widersacher lächerlich zu machen, sie als eine winzige Minderheit hinzustellen.

Es wurde verhandelt über die Achtstundenfrage; bei der Abstimmung ergaben sich 62883 Stimmen dagegen und nur 39629 Stimmen dafür. Gegen den Achtstundentag haben insbesondere die Textilarbeiter von

Lancashires gestimmt. Am vierten Tage brachte Keir Hardies eine Resolution ein, welche sämtliche Forderungen des Pariser Congresses über den Arbeiterschutz enthielt. Aber das sogenannte Parlamentsecomité erstickte diesen Antrag.

Von den Beschlüssen des sogenannten Gewerkschaftscongresses bewegen sich die meisten im alten Geleise der Gewerkschaftspolitik: Verbesserung und Ausdehnung des Fabrikgesetzes, Vermehrung des Arbeiterelements in der Zusammensetzung der Fabrikinspectoren etc. Für die Bergarbeiter wurde die Forderung eines gesetzlichen Achstundentages einstimmig bejaht. Ebenso wurde ein Antrag auf Nationalisirung des Grund und Bodens einstimmig angenommen.

Das parlamentarische Comité wurde beauftragt, die Verbindungen mit den Gewerkschaften zu pflegen und für weitere internationale Congresses zu wirken, ebenso wurde die Nothwendigkeit der Schaffung großer nationaler und internationaler Verbände betont.

Die Stadt Liverpool ist zum nächsten Congressort gewählt worden.

Die oben erwähnte, von Keir Hardies eingebrachte, aber vom Congress abgelehnte, den Arbeiterschutz betreffende Resolution lautet:

„Der Congress billigt den Vorschlag, am 1. Mai 1890 einen allgemeinen Feiertag zu machen, um Versammlungen zu Gunsten des „Achtstundentages“ zu machen.“

Bei dem Abstimmungsergebnisse über diese Resolution war wohl ein Einbiegen in die socialistische Richtung zu bemerken, allein von einem Siege des socialistischen Gedankens innerhalb der englischen Gewerkschaften kann vorläufig keine Rede sein.

Das sogenannte Parlamentsecomité, bestehend aus den englischen Gewerkschaftsleitern, vor allen ihr Secretär Broadhurst ist also nicht einmal für das eingestanden, was auf dem Congress der Possibilisten beschlossen worden war, der doch von den englischen Gewerkschaften besucht war.

Von einem Eintreten für die Achtstundenzeit wird in den englischen Gewerkschaften vorläufig gar keine Rede sein, außer die Mitglieder gehen über die in Dundee gefassten Beschlüsse einfach zur Tagesordnung über und handeln nach eigenem Ermessen.

Durch diese Beschlüsse ist aber die Achtstundenbewegung außerhalb England nur wenig gelähmt worden.

Mitten in diesem Siege der alten Gewerkschaftsführer fiel das Fest der Dockarbeiter. Am Sonntag den 22. September feierten nämlich die Striker ihren Sieg durch eine Volksversammlung im Hyde-Park.

Dem von fünf Musikcorps begleiteten Zuge wurde eine australische Fahne vorangetragen, um der von Australien geleisteten Geldhilfe dankbar zu gedenken. Als der Zug vor dem Mansion-House anlangte und man den Lord-Mayor und dessen Gemalin auf dem Balkon sah, liess Burns Halt machen und ein dreimaliges „Hurrah“ drückte dem Oberhaupte der City die Anerkennung der Arbeiter aus.

Im Parke wurden von vier Tribünen Ansprachen gehalten. Die Tribüne Nr. 1 bildete den Mittelpunkt des Interesses. Hier hatten sich Burns und Tillet mit ihren Frauen eingefunden. Nachdem der Vorsitzende, der Secretär der Schiffslader, die Anwesenden zu ihrem Siege beglückwünscht hatte, in welchem er das Herannahen der Menschenverbrüderung erblickte, stellte Burns den Antrag, allen den Dank der Versammlung auszusprechen, welche zu dem Erfolge beigetragen hatten, in erster

Linie den australischen Colonien. Der jetzige Sieg sei nur ein Vorläufer größerer Siege. Um letztere zu erringen, würde keine Austreibung gescheut werden, im nächsten Jahre die Arbeiter Londons zu organisiren.

Besondere Anerkennung erhielten die Polizei und die Presse. Nur die „Saturday Review“ wurde dem Boycott empfohlen.

Nach Burns sprach Tillet einige Worte.

30.000 Menschen waren zu der Versammlung in den Hyde Park gezogen.

Dem Ergebnisse dieses Festes, das sich in dem Satze gipfelt: „Durch Englands Arbeiterwelt ertönt jetzt ein Ruf: Organisation der Arbeiter, Einigung der Arbeiter, und zwar Einigung gegen alle anderen Classen der Gesellschaft“, steht allerdings das Ergebnis des 22. Jahrescongresses der Gewerkschaftsvereine entgegen.

Der Berichterstatter für England auf dem Pariser Socialisten- (Marxisten-) Congress, William Morris, äußerte sich über die socialistische Bewegung in England in folgender Weise:

„Bis vor sechs Jahren gab es so gut wie keine socialistische Bewegung in England; die Reste der alten socialistischen Bewegung waren verschwunden oder in den bürgerlichen Liberalismus aufgegangen. Nun aber hat der Socialismus einen starken Anhang unter den Arbeitern gewonnen, er ist ihre Hoffnung und die Furcht der Bourgeoisie. Die socialistische Bewegung in England ist noch vorzugsweise eine propagandistisch aufklärende; die socialistischen Redner entfalten ihre Thätigkeit an den Straßenecken, auf öffentlichen Plätzen, von Postamenten, von Denkmälern herab etc.

Sehr erschwerend für die Agitation sei der traditionelle Gang der Politik, das Auf und Nieder der beiden großen bürgerlichen Parteien, die den Arbeitern gerade soviel hinwerfen, als sie für nöthig halten, um dieselben für ihren Sieg zu interessiren.

Die dritte bürgerliche Partei wird bedeutungslos werden, wenn einmal die irische Frage beigelegt sein wird.

Die Haltung der Trades-Unionsführer im Parla- mente ist auch nicht immer die richtige gewesen, aber es gibt noch andere Vertretungskörper, z. B. die Provincialverwaltung (Country concils), wo die Arbeiter ein erspriessliches Feld fänden.

Der Stand der Bewegung in England muss im allgemeinen als guter bezeichnet werden, nur die Organisation ist noch nicht so gut, doch sei Hoffnung, dass auf einem kommenden Socialistencongresse England unbedingt stärker vertreten sein werde, als auf dem von 1889, auf welchem es nur durch 21 Delegirte vertreten war.“

So weit äußerte sich Morris.

Zweifelsohne hat die socialistische Bewegung in England seit den Tagen des Congresses und der großen Ausstände gewonnen. Deshalb hat auch die „Union“ der nationalen Föderation der Arbeit in London ein Manifest erlassen, in welchem die englische Arbeiterschaft zur Gründung eines einzigen großen nationalen Arbeitervereines aufgefordert wird, um kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne zu erzwingen. Die neue Organisation solle „ein Parlament der Arbeit“ werden und das erlangen, wofür Generationen vergeblich gekämpft hätten. In diesem Sinne wirke besonders das Organ „Labour-Elektor.“

Dermalen kann zwar noch behauptet werden, dass die Gewerkschaftsvereine noch immer an der Spitze der

Arbeiterbewegung marschiren und ihre conservative Gesinnung gegenüber Socialisten und Anarchisten geradezu ängstlich bewahren.

Die englischen Gewerkschaftsvereine sorgen für ihre Mitglieder in eminenten Weise, sie rühmen sich von ihrem Einkommen nur circa fünf Procente für den Kampf nämlich für Strikes-Lockouts u. d. gl. zu verwenden, während die übrigen 95 Procente für Unterstützungen, Krankengelder etc. verausgabt werden.

Die außerhalb der Gewerkschaften stehenden Arbeiter sind 15mal so zahlreich, wie die Gewerkschaften, welche in ganz Großbritannien auf beiläufig 750.000 geschätzt werden, während die Zahl der Arbeiter in Großbritannien sich auf circa 12 Millionen beläuft.

An dieses Gros der Arbeiterschaft treten die socialistischen Führer der „socialdemokratie federation“, dann des „socialist league“ heran, um sie zum Classenbewusstsein zu bringen und zu völligen Gegnern der Capitalwirtschaft zu machen.

Zu diesen Agitationen kommen die ihnen nach englischen Gesetzen erlaubten Mittel: großartige Volksversammlungen in allen Theilen Englands „unter freiem Himmel“ und vor allem die einzig in ihrer Art dastehenden Umzüge zugute.

Die Gewerkschaftsvereine sind trotz ihrer verhältnismäßig numerischen Schwäche bei ihrer besonders strammen Organisation und ihren reichlichen Mitteln ein Damm gegen den Socialismus und Anarchismus, gegen die die Propaganda bisher ohne Erfolg gestürmt, in diesem Berichtsjahre aber doch nicht ganz vergeblich gekämpft hat.

Neben diesen Gewerkvereinen fallen noch die vereinigten Bergarbeiter Großbritanniens in der Stärke von mehr als einer Viertel Million durch ihre vortreffliche Organisation auf, welche in Schottland den übrigen Arbeitern fast an Zahl fast gleich, an Organisation weit überlegen sind.

Erwähnenswert scheinen die specifisch jüdischen Socialistenversammlungen in Hull, welche öffentlich abgehalten wurden und zu denen ein jüdischer Agitator aus Manchester kam, um die Grundidee des Socialismus auseinanderzusetzen. Otto Mathaei schrieb mehrmals über die besondere Tüchtigkeit dieser jüdischen Elemente.

In Irland nimmt neuestens der Socialismus zu und der Grund liegt in der maßlosen Agitation der irischen Anarchisten, welche alles aufbieten, um unter ihren Landsleuten Propaganda zu machen. Socialistische Emissäre stellen dar, was Irland sein könnte, wenn es nicht unter englischer Regierung wäre und besonders, wenn es nicht von Landlords und Capitalisten so entsetzlich ausgebeutet würde.

Die anarchistische Bewegung in England ist fast auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre geblieben. Es bestehen noch dieselben communistischen Clubs und noch dieselben anarchistischen Organe, aber es ist doch ein Unterschied gegen früher wahrnehmbar.

Josef Peukert war schon zu Anfang des Berichtsjahres von seinem Piedestal herabgedrängt worden und ist es seit dem Erscheinen der Trautner'schen Broschüre noch viel mehr. Trautner, Daubenspeck und Baethke haben durch diese Broschüre Peukert mehr geschadet, als alle Artikel der Most'schen „Freiheit“ gegen die „Autonomie“, respective gegen Peukert. In der Broschüre ist der Verfasser bemüht, den Nachweis zu liefern, dass Peukert den John Neve der deutschen Geheimpolizei überliefert habe. Peukert erwiderte auf die Broschüre in der Nummer 74 der „Autonomie“ vom 3. August 1889, suchte dieselbe Punkt für Punkt

zu widerlegen, aber nichtsdestoweniger fingen seine Freunde selbst an, an Peukert zu zweifeln.

Erhöht wurde das Misstrauen gegen diesen Anarchisten noch mehr, als seine projectirte Reise nach Amerika von ihm anfangs verschoben, dann endlich wegen einer Augenkrankheit gänzlich aufgegeben wurde. Er ging von London nach Paris, von Paris nach dem Süden Frankreichs und kam bis nach Bordeaux, von welcher Stadt er sich seiner Krankheit wegen, für die er eventuelle Hilfe in einem Hospitale suchen wollte, über die spanische Grenze begeben hatte. Indessen wurde ihm der Vorwurf gemacht, er habe das ihm zur Reise nach Amerika vorgestreckte Reisegeld verbraucht.

Die Lage des anarchistisch-communistischen Organes „Die Autonomie“ gestaltete sich immer prekärer. In demselben Maße, als dieses Brandblatt niederging, in demselben Grade steigerte sich der glücklicherweise ohnmächtige Hass gegen alles Bestehende.

Die Nummer vom 31. August brachte den Leitartikel „Eigenthum ist Diebstahl“, in welchem nach längerer Auseinandersetzung folgender Passus zu lesen ist:

„Wir Anarchisten pfeifen auf alle Gesetze und betrachten es als moralisch, unseren Feind mit allen Mitteln zu bekämpfen.“

An diesen Artikel schließt sich ein zweiter Artikel: „Revolutionäre Propaganda“, an diesen ein Aufsatz: „Geld, Geld und wieder Geld“.

In diesem Aufsätze wird bedauert, dass seit einiger Zeit in „unseren“ Reihen eine gewisse Sentimentalität ausgebrochen ist. Wo sind die Zeiten der „Merstallinger- und Eisert'schen Affaire“, die Zeiten Stellmacher's und Kammerer's?

Sollten die Anarchisten abermals ihr Haupt erheben, so wird die Bewegung von London ausgehen, wo nach wie vor das Hauptquartier der ausländischen Revolutionäre sich befindet.

Zuerst war Nevo und Peukert an der Spitze der Gruppen und gegenwärtig ist der deutsche Anarchist Rinke, auch Rauh und Rau genannt, an der leitenden Stelle, einer der gefährlichsten Anarchisten, welcher vor keiner That zurückschreckt und welcher den Impuls zu den neuerlich wahrnehmbaren Anstrengungen der Autonomie gibt.

Seither sind in dem genannten Brandblatte Artikel der fanatischsten Art erschienen, von denen der am 14. September gebrachte Aufsatz „Volk, nur die Gewalt kann Dich befreien!“ und die „Canaille Kirche“ zu den verwerflichsten Publicationen zählt.

Frankreich.

Das wichtigste Ereignis in der socialistischen Bewegung im Jahre 1889 ist der „Internationale Socialistencongress zu Paris“ vom 14. bis 21. Juli.

Zum Verständnisse der Vorgänge dieses Congresses und der übrigen Convente müssen vorerst die Parteiverhältnisse und die Gruppierung der verschiedenen Fractionen in Frankreich besprochen werden.

Die alte „Internationale“ hat sich nach drei großen Richtungen hin geäußert in:

1. die mutualistische,
2. die collectivistische,
3. die anarchistische —

und diese drei Abtheilungen können mit drei Personen, respective mit drei Nationen in Verbindung gebracht werden, nämlich mit

1. Proudhon (Frankreich),
2. Marx (Deutschland),
3. Bakunin (Russland).

Bei der Gründung der „Internationale“ einigten sich bekanntlich die deutschen Marxisten mit den englischen Trades-Unionisten in Bezug auf Classenunterschiede.

Die Marxisten veranlassten dann die Erklärung, dass die Eroberung der politischen Macht ein Punkt sei, der im Auge behalten werden müsse, die Anarchisten widersetzten sich und so entstanden zwei Parteien.

Auch die französische socialistische Arbeiterpartei ist ihrem Ursprunge nach auf zwei Quellen zurückzuführen:

1. eine rein cooperative Gewerkschaftsbewegung im Schulze-Delitzsch'schen Stile, welche sich sehr bald nach der Niederwerfung der Commune manifestirte, und

2. eine entschieden socialistisch-revolutionäre Bewegung, welche hauptsächlich von sogenannten Studienkreisen, gebildet aus Arbeitern, Studenten etc., ausging.

Die Masse der Gewerkschaftler verhielt sich jedoch dem Socialismus gegenüber noch entschieden zurückhaltend, wie die Congressse von Paris und Lyon zeigten.

Der Congress zu Marseille 1879 führte zwar eine Einigung der gewerkschaftlichen und socialistischen Bewegung herbei, aber der Sieg des Socialismus war mehr ein äußerlicher, seine Doctrinen wurden unter dem Drucke der Umstände officiell angenommen, waren aber den Gewerkschaftlern noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen.

Sehr bald manifestirten sich tiefgehende Zwistigkeiten in der jungen Partei, bei denen der ehemalige Anarchist Brousse die principiellen Ungleichheiten ausnützte, um Personenfragen zu erheben und zum Austrag zu bringen. Die in der Folge auf dem Congressse zu Etienne statthabende Spaltung der Partei bedeutete thatsächlich eine Zerlegung derselben in ihre ursprünglichen Elemente in die rein socialistischen Organisationen einerseits und in die socialistisch überfirmissten Gewerkschaften andererseits.

Jede legte sich den Namen „Arbeiterpartei“ bei, die aber gewöhnlich ihrem Charakter nach als „Marxisten“ (Collectivisten, Guesdeisten) und „Possibilisten“ bezeichnet werden.

Die Fraction der Marxisten „le parti ouvrier“ unter Lafargue, Guesde und Deville recrutirten ihren Hauptanhang unter den Organisationen der Provinz, weil alle bisherigen Revolutionen daran scheiterten, dass sich die Provinz als reactionär erwies.

Die Possibilisten, „federation des travailleurs socialistes“, begriffen das Gros der Pariser Gewerkschaften.

Über diesen beiden Fractionen standen die Blanquisten, die sehr revolutionär, aber ökonomisch sehr unklar sind, sich in entscheidenden Kämpfen stets den Marxisten anschlossen.

Das Bestreben der Possibilisten lief stets darauf hinaus, mit allen Mitteln die Vernichtung der übrigen Fractionen zu erzielen und sich als die Arbeiterpartei par excellence Anerkennung zu verschaffen. Zu diesem Zwecke organisirten sie mehrere internationale Congressse, insbesondere den von 1886 zu Paris, der aus französischen Possibilisten und Trades-Unionisten bestand, welchen sich ein Australier, ein Schwede, ein Österreicher, ein Däne, ein Vertreter der deutschen Socialisten in London und etliche belgische Delegirte zugesellten.

Diese Conferenz votirte für 1889 einen internationalen Congress zu Paris und betraute die Possibilisten mit der Organisation dieses Congresses.

Aus dieser Conferenz leiteten die Possibilisten die moralische Berechtigung zur Einberufung des internationalen Pariser Socialistencongresses ab und stützten sich zugleich auf einen identischen Beschluss des internationalen Congresses zu London 1888.

Es sollten dem Beschlusse der Possibilisten zufolge nur Delegirte nachweisbar existirender Arbeiterorganisationen und nur Arbeiter selbst (also keine Adler, Liebknecht etc.) zugelassen werden.

Gleichzeitig mit dem internationalen Congress zu London tagte 1888 in Bordeaux-Buscat ein Congress der marxistischen, blanquistischen und unabhängig socialistischen Richtung, der aus Scheu für die obige Bestimmung bezüglich der Beschaffenheit der Delegirten ebenfalls einen internationalen Arbeitertag für 1889 votirte und der Beschluss ward auf dem Congress zu Troyes im December 1888 erneuert und bestätigt.

Das Ausland befand sich also zwei künftigen internationalen Congressen gegenüber, von denen jeder ein Rumpfcongress bleiben musste.

Um dies zu verhüten, organisirten Vertreter der deutschen Partei mit ausländischen Parteien die internationale Conferenz zu Haag am 28. Februar 1889, die den Zweck verfolgte, einen einzigen, einheitlichen, souveränen internationalen Congress zustande zu bringen.

Die Possibilisten hatten aber schon die Initiative ergriffen: Tagesordnung und Zulassbestimmung dem Congress der Possibilisten vorbehalten und erschienen gar nicht zum Haager Congress, obwohl sie dahin eingeladen worden waren.

In Haag waren Bebel, Liebknecht für Deutschland, Nieuwenhuis und Troll für Holland, Volders und Ansele für Belgien, Scherer und Reichel für die Schweiz und Lafargue für Frankreich erschienen.

Die Conferenz beschloss:

1. Den Possibilisten die Organisation des Congresses und die Einberufung zu überlassen;
2. dass der Congress vom 14. bis 21. Juli in Paris tagen solle;
3. dass er Socialisten und Arbeitern aller Länder (also nicht bloß Arbeitern allein) offen stehen solle;
4. dass der Congress für Tagesordnung und Mandatsprüfung souverän sei.

Die Possibilisten lehnten ab, als Volders die Beschlüsse der Haager Conferenz mittheilte und somit waren alle Bemühungen, eine Verständigung herbeizuführen, gescheitert.

Von den Possibilisten wurden sofort alle Anordnungen getroffen, um den Congress zu organisiren, aber auch die Vereinigten Socialisten blieben nicht zurück.

Der Aufruf der Organisationscommission der Socialisten lautet:

„Arbeiter und Socialisten von Europa und Amerika!

Der Arbeitercongress von Bordeaux, gebildet durch die Delegirten von mehr als 200 Syndicatskammern, welche in allen Arbeitercentren Frankreichs ihren Sitz haben, sowie der Congress von Troyes, gebildet durch die Delegirten von 300 Arbeitern und Socialistengruppen, welche die Gesamtheit der Arbeiterklasse und des revolutionären französischen Socialismus vertreten, haben beschlossen, nach Paris während der Dauer der Ausstellung einen internationalen, dem Proletariate der gesammten Welt zugänglichen Congress einzuberufen.

Dieser Beschluss ward mit Freude von den Socialisten Europas und Amerikas aufgenommen, die glücklich waren, sich vereinigen zu können, um die Arbeiterforderungen in Hinsicht der internationalen Arbeitsgesetzgebung deutlich zu formuliren, womit sich die Conferenz der zu Bern im nächsten September zusammentretenden Repräsentanten der europäischen Regierungen befassen wird.

Die capitalistische Classe ladet die Reichen und Mächtigen ein, zu erscheinen, um auf der Weltausstellung das Werk der inmitten der colossalsten, von der menschlichen Gesellschaft je besessenen Reichthümer zum Elende verurtheilten Arbeiter zu betrachten und zu bewundern. Wir Socialisten, die wir die Befreiung der Arbeit, die Abschaffung der Löhne und die Schaffung der Ordnung der Dinge verfolgen, in welcher, ohne Unterschied des Geschlechtes und der Nationalität, jedermann ein Recht auf die durch die gemeinsame Arbeit aufgehäuften Reichthümer haben wird, haben deshalb den Producenten für den 14. Juli zu Paris ein Stelldichein gegeben.

Wir kommen mit ihnen zusammen, um die Bruderbande neuerdings zu schließen, welche, indem sie die Kräfte des Proletariates aller Länder consolidiren, die Zukunft der neuen Welt beschleunigen werden. Proletarier aller Länder, vereinigen wir uns!“

Es folgen die Unterschriften der Einberufer; davon aus Oesterreich für die socialistische Partei: J. Popp, V. Adler, E. Kralik, A. Zinnram, A. Hoffmann, J. Kreutzer, J. Winnig, G. Popper (Wien), J. Mackart, H. Flockinger, K. Sams (Innsbruck), A. Weiguny, J. Sieg (Linz), A. Friemel, T. Heinz, V. Wiener, A. Bozek (Steyr), K. Schneeweiß, A. Klofac, A. Sobotka, J. Hybes (Brünn), V. Sturz, F. Dozek, F. Nemecek (Prag), F. Zednicek, R. Zaholka (Prossnitz), A. Gerin, C. Gickar, J. Lux (Triest); J. Daniluk (Lemberg), F. Adenan (Klagenfurt), C. Rieger (Bratzau), J. Zimmermann (Jägerndorf).

Aus Ungarn für die socialistische Arbeiterpartei: Leo Fränkel.

Während noch dieser Aufruf verbreitet wurde, fand der erste der drei Socialistencongresse, welche während der Weltausstellung tagen sollten, bereits statt.

Er ist unter dem Namen „Agrarcongress“ bekannt und wurde am 11. Juni unter dem Vorsitze des Pariser Gemeinderathes Longuet, eines Schwiegersohnes von Karl Marx, im Hotel „Continental“ eröffnet.

Auf Antrag Longuet's wurde der Amerikaner Henri George, der Führer der „Labor party“, auch „Knights of Labor“ (Ritter der Arbeit), welche in Amerika eine Million Anhänger zählt, zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Der amerikanische Nationalökonom hielt die erste Rede, aber in englischer Sprache, welche nicht allen geläufig war und daher nicht jenen Eindruck hervorrief, den sie haben sollte.

Das Thema behandelte sein Hauptwerk „Fortschritt und Armuth“.

Was er vorbrachte, war die Einleitung zu seinen Ausführungen über die Vertheilung des Bodens, welche nach seiner Auffassung dem menschlichen Elende ein Ende machen muss. Henry George möchte nämlich den Boden vom Privatbesitz befreien und allen Boden als einzige Quelle aller Production in die öffentliche Verwaltung übernehmen.

Dieser Congress der Bodenreformer hat für die Bewegung am wenigsten Bedeutung.

Am 14. Juli 1789 erstürmte das revolutionäre Volk von Paris die Bastille und hundert Jahre später traten Vertreter der Arbeiterclassen aller Länder in Paris zu

einem Congresse zusammen, um auf den Umsturz des Bestehenden in der heutigen Gesellschaft hinzuwirken.

Der anarchistischen Presse war dies keineswegs eine würdige Feier des 14. Juli 1789, deshalb bezeichnete sie den internationalen Socialistencongress als eine unwürdige Feier des Bastillensturmes, als ein Zeichen des Verschwindens von Mannesmut und des Überwucherns von Opportunismus und Rechnungstrügerei, kurz als ein Zeichen der Schwäche und des Verfalles der proletarischen Bewegung.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ hingegen schrieb in der Nummer 2:

„Der Pariser Congress ist vor allem ein Friedenscongress; er zeigt, dass die Socialdemokratie, die Partei der Hetzer und Wühler eine, ja vielleicht die einzige Friedenspartei ist; ja man kann getrost sagen, dass es nicht zum geringsten ihr, das heißt der Furcht vor ihr zuzuschreiben ist, wenn der Weltkrieg noch nicht ausgebrochen ist.“

Mit solchen Prämissen kommt das Blatt natürlich zu dem Schlusssatz:

„Je stärker die Socialdemokratie ist, desto gesicherter ist der Friede.“

Aber so harmlos war dieses internationale „Arbeiter-socialistenparlament“ nicht, zumal die Grundfarbe des Marxistencongresses entschieden revolutionär war.

Der Congress der Marxisten wurde am Sonntag den 14. Juli im Saale Petrell eröffnet, später nach einem größeren Saale in 42 rue Rochechouart verlegt. Anwesend waren 379 Delegirte, 81 Vertreter aus Paris, 109 aus den Departements und 189 aus dem Auslande, hievon 81 aus Deutschland und 11 aus Österreich-Ungarn, nämlich: Rudolf Pokorny, Julius Popp, Emil Kralik und Dr. Victor Adler aus Wien; Leo Frankl und Ant. Irlinger aus Budapest; Wilh. Körber aus Prag; Joh. Hybeš aus Brünn; Jos. Franz aus Jägerndorf; Herm. Dietl und Georg Habrowski aus Nordböhmen.

Popp war zugleich Delegirter der Budapester Schuhmacher, weshalb Ungarn am Congresse durch drei Delegirte vertreten war.

In der Eröffnungssitzung zollte Lafargue den deutschen Socialisten besonderes Lob, welche nach dem Kriege 1870/71 eine Campagne gegen den eisernen Kanzler eingeleitet hatten, dem sie durch Liebknecht inmitten des Reichsrathes zuriefen: „Gleich den französischen werden die deutschen Socialisten ihre Vendôme-Säule niederreißen.“

Die Worte Lafargue's, von Liebknecht ins Deutsche übersetzt, riefen unter den deutschen Delegirten einen wahren Enthusiasmus hervor.

Bei der Wahl des Präsidiums wurden einstimmig Wilhelm Liebknecht und Eduard Vaillant — ein Deutscher und ein Franzose — gewählt.

Zu Beisitzern wurden gewählt:

P. Lawrow, der Veteran des revolutionären Russland;

A. Costa und Cipriani aus Italien;

zu Schriftführern wurden gewählt:

Leo Frankl als einstiges Mitglied der Commune,

Ed. Anseele aus Gent,

Ferroul aus Paris, Mitglied der Deputirtenkammer,

F. Domela Nieuwenhuis, Deputirter aus Haag.

Adler und Hybeš wurden in die Mandatsprüfungscommission aus Österreich gewählt.

Liebknecht betonte bei der Übernahme des Präsidiums, dass die deutschen Delegirten große Mühe hatten, um ihre Mission zu erfüllen. Sie wurden zumeist durch Listen, welche in den Werkstätten circulirten, gewählt.

Der Hamburger Delegirte beispielsweise hatte ein Mandat von fünftausend Arbeitern.

Das „Arbeiter-Deutschland“ und das „Arbeiter-Frankreich“, führte der Redner aus, vereinigen sich gegenwärtig. Es ist nicht ein Congress von Ideologen, sondern wir schließen einen Allianzvertrag, der seine Wirkungen in der ganzen Welt üben wird.

In der Abendsitzung vom 18. Juli hielt der bekannte Nihilist Peter Lawrow einen Vortrag über die Zustände unter den russischen Arbeitern und trug dabei die Farben so stark auf, dass einige Anwesende in laute Hochrufe auf die Anarchie ausbrachen.

Damit aber waren die meisten Anwesenden nicht zufrieden und der Vorsitzende Anseele machte im Hinblick auf die Thatsache, dass er und etwa 400 Ausländer hieher gekommen seien, um erstlich zu arbeiten, den Franzosen den Vorschlag, sie sollten die Ruhstörer hinauswerfen, was denn auch unter gewaltigem Lärm geschah.

Sodann entwickelte Jules Quesde im Namen von 145 Arbeitssyndicaten und 90 Syndicatskammern die Regelung der Arbeitsverhältnisse, wie sie in den unten stehenden Resolutionen zum Ausdruck gelangten.

Hybeš sprach sodann namens der Slaven:

„Zum erstenmale rege sich jetzt unter den Slaven eine hochgehende socialdemokratische Bewegung. Böhmen habe sich seit dem furchtbaren Aderlass im 15. Jahrhundert noch bis heute noch nicht vollständig erholt. Die feudalen Richtungen haben zu ihren Sonderzwecken wohl das Volk ins Schlepptau genommen, allein die capitalistische Production habe auch ein neues Massenproletariat und Massenelend geschaffen.

Das Proletariat in Böhmen fange an sich zu rühren, man suche es gewaltsam niederzudrücken, allein die Bewegung mache Fortschritte, ohne dass irgend welche namhafte Führer vorhanden sind.“

Es sprachen die Berichtstatter aller am Congresse vertretenen Länder, deren Reden in der Schilderung der socialistischen und anarchistischen Bewegung eines jeden Landes auszugsweise wiedergegeben sind, außerdem sprachen noch Dickmann über die Lage der westphälischen Bergarbeiter, Horn über die deutschen und französischen Glasarbeiter, Lentz über die Lage der Pariser Kellner und Limonadiers, Capitän Dupont über die Verhältnisse der Seeleute und Frau Zetkin, Delegirte der Berliner Arbeiterinnen, über die Frauenfrage.

Sie führte aus:

„dass die Frauenfrage keine besondere, sondern nur ein Theil der socialen Frage sei. Die Frage ist erst mit dem Auftreten der Maschine auf die Tagesordnung getreten. Die Frau ist von der Abhängigkeit vom Manne in die vom Capitalisten gerathen, der sie ausbeutet und dazu benützt hat, um die Männerarbeit noch stärker auszubeuten.“

Die Abschaffung der Frauenarbeit ist eine durchaus reactionäre und wirtschaftlich undurchführbare Forderung. Der Capitalist kann ebensowenig auf die Frauenarbeit verzichten wie der Mann, der infolge seines sinkenden Lohnes mit dem Erwerbe der Frau rechnen muss.

Eine volle und endgiltige Lösung der Frage der Frauenarbeit kann nur erfolgen mit Lösung der socialen Frage, durch Emancipation der Arbeit vom Capital.

Die Frauen, welche ihre Gleichstellung anstreben, schließen sich deshalb voll und ganz an die kämpfende socialistische Arbeiterpartei an, sie folgen ihrem Banner, zu allen Opfern des Kampfes bereit, aber auch

entschlossen, ihren vollen Antheil an den Früchten des Sieges zu fordern.“

Mit dieser Rede wurde die Generaldebatte geschlossen und es wurde die Specialdebatte eröffnet, die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt, nur für den Hauptredner der Anarchisten wird auf Lafargue's Antrag 15 Minuten Redezeit bewilligt.

Der Anarchist Moulard sprach sodann länger, als ihm nach der Redezeit erlaubt war, über die absolute Freiheit, die mit einer socialistischen Gesellschaft nicht verträglich sei.

Etliche Anarchisten, die sich ungeachtet der für den anarchistischen Redner bewilligten längeren Redezeit verkürzt und verkleinert betrachteten, protestirten mit Lärmen gegen die Unterdrückung.

Ganz besonders excessiv benahm sich der Italiener Merlino, der vom Congress der Possibilisten kam und alle Versuche des Präsidenten und der socialistischen Delegirten, ihn zu beschwichtigen, vereitelte.

Es schien, als ob es die Anarchisten darauf abgesehen hätten, den Gang der Dinge am socialistischen Congress zu stören, da sie systematisch dabei vorgingen. Thatsächlich kam erst Ruhe in die Verhandlung, als Merlino mit zwei Genossen aus dem Saale hinausgeworfen wurde und mehrere andere Anarchisten diesen freiwillig gefolgt waren. Überhaupt hatte Liebknecht alle Mühe, einzelne Heißsporne zurückzuhalten.

So stellten die Franzosen wieder den Antrag auf Veranstaltung eines Weltstrikes.

Liebknecht erwiderte:

„Entweder ist unsere jetzige Organisation keine so feste, dass wir keinen Weltstrike mit Erfolg versuchen können, in diesem Falle ist er also unmöglich oder aber unsere Gliederung ist dazu hinreichend, dann können wir auch ohne Weltstrike zu unserem Ziele kommen!“

Der europäische Weltstrike wurde hierauf, nachdem Liebknecht sich nachdrücklichst gegen diesen „utopistischen“ Antrag gewendet hatte, nach heißem Kampf mit überwältigender Majorität abgelehnt.

Dagegen stimmten geschlossen die deutschen, österreichischen und schweizerischen Delegirten. Auch den internationalen Minimallohn nannte Liebknecht ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Ansicht aller Redner aber war, wirkliche Hilfe für die Arbeiter werden nicht die Parlamente durch Arbeiterschutzgesetzgebungen, sondern nur die socialen Revolutionen bringen.

Zur Verlesung gelangten folgende Resolutionen:

I. Resolution Bebel-Quesde, vereinbart unter Mitwirkung von Keir Hardies, W. Morris, Scherrer etc.

„In Erwägung, dass die capitalistische Production in rascher Entwicklung nach und nach alle Länder der Welt erfasst;

in Erwägung, dass die capitalistische Productionswiese die steigende Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die herrschende Classe bedeutet;

dass die immer intensivere Ausbeutung die sociale und politische Unterdrückung und Versklavung der Arbeiterklasse zur Folge hat, zu ihrer physischen und moralischen Degeneration führt, dass es deshalb Pflicht und Aufgabe der Arbeiterklasse aller Länder ist, diese sie ruinirende und die freie Entwicklung der Menschheit bedrohende Gesellschaftsorganisation mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen;

dass es sich in erster Linie darum handelt, der weiteren verheerenden Wirkung der herrschenden Wirtschaftsordnung entgegen zu arbeiten;

beschließt der Congress:

I. Die Schaffung einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung für alle Länder mit moderner Production ist eine unabweisbare Nothwendigkeit.

Als Grundlage desselben betrachtet der Congress:

- a) den achtstündigen Normalarbeitstag;
- b) Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeit aller Minderjährigen von 14 bis 18 Jahren auf sechs Stunden pro Tag;
- c) Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme für jene Betriebe, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern;
- d) Ausschluss der Frauenarbeit in allen, dem weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben;
- e) Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter 18 Jahren;
- f) eine mindestens 36 Stunden hintereinander umfassende Ruhezeit in der Woche;
- g) Verbot solcher Industrien und solcher Arbeitsmethoden, welche der Gesundheit der Arbeiter besonders schädlich sind;
- h) Aufhebung des Trucksystems;
- i) eine alle industriellen Betriebe, einschließlich der Hausindustrie, umfassende Inspection durch staatlich besoldete Inspectoren, welche mindestens zur Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen sind.

II. Der Congress erklärt es für nothwendig, alle diese Maßregeln durch Gesetze, beziehungsweise durch internationale Verträge sicherzustellen und fordert die Arbeiterklasse aller Länder auf, in der ihnen am geeignetsten erscheinenden Weise für die Verwirklichung dieser Forderungen einzutreten und ihre Durchführung zu überwachen.

III. Der Congress erklärt es für die Sache der Arbeiter aller Länder, die schweizerische Republik in ihren Schritten für die Conferenz der Regierungen behufs Vereinbarung internationaler Verträge über den Arbeiterschutz nachdrücklich zu unterstützen.

Bebel. Quesde.

Amendement Bebel's hiezu:

IV. Ausserdem erklärt der Congress: Es ist Pflicht aller Arbeiter, die Arbeiterinnen als gleichberechtigte Mitkämpferinnen anzusehen und dem Grundsatz „Gleichen Lohn für gleiche Leistung“ auch in Bezug auf die Arbeiterinnen zur Geltung zu verhelfen.

V. Als ein wesentliches, zum Ziel führendes Mittel hiefür, wie für die Verwirklichung der Emancipationsbestrebungen der Arbeiterklasse überhaupt erachtet der Congress die Organisation der Arbeiterklasse in jeder möglichen Weise und fordert deshalb volle Coalitions- und Vereinigungsfreiheit.

II. Antrag Lavigne-Bordeaux (gestellt im Auftrage des Comités des Nationalverbandes der Syndicatskammern und Fachgewerkschaften der französischen Arbeiter):

1. Es möge eine große einheitliche Manifestation der Arbeiter aller Länder derart veranstaltet werden, dass an dem nämlichen vereinbarten Tage in allen Ländern beziehungsweise allerorts die Arbeiter die Vertreter der herrschenden Gewalt auffordern, die gesetzliche Dauer des Arbeitstages auf acht Stunden zu beschränken.

2. In Erwägung, dass eine ähnliche Manifestation von dem im December 1888 stattgehabten Congress der amerikanischen Föderation der Arbeit für den

1. Mai 1890 beschlossen worden ist, dieses Datum für die internationale Manifestation zu bestimmen.

3. In jedem Lande sollen die Arbeiter die Manifestation in der Weise veranstalten, welche die Gesetze und Verhältnisse daselbst bedingen, beziehungsweise ermöglichen.

Der internationale socialistische Arbeitercongress zu Paris fordert die Arbeiterorganisationen und socialistischen Parteien aller Länder auf, sogleich daran zu gehen, durch alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel (Versammlungen, Presse, Petitionen, Demonstrationen etc.) ihre Regierungen dahin zu bringen:

1. Sich der vom Schweizerischen Bundesrath vorgeschlagenen Conferenz in Sachen des Arbeiterschutzes anzuschließen;
2. auf dieser Conferenz die Beschlüsse des internationalen Congresses zu Paris zu unterstützen.

In allen Ländern, wo es socialistische Abgeordnete gibt, sollen dieselben in den Gemeindevertretungen in der Form von Resolutionen, in den gesetzgebenden Versammlungen in der Form von Gesetzesvorschlägen den betreffenden Körperschaften die Beschlüsse des Pariser Congresses unterbreiten.

Bei allen Wahlen, sei es zu den Gemeindevertretungen oder gesetzgebenden Körpern sollen diese Resolutionen auf den Programmen der socialistischen Candidaten figuriren.

III. Der internationale socialistische Arbeitercongress sprach sich über die stehenden Heere folgendermassen aus:

„In Erwägung, dass die sogenannten nationalen Armeen der Neuzeit, welche Europa jährlich mehr als vier Milliarden kosten, die Nationen unter dem Vorwand, sie zu vertheidigen, zugrunde richten, dass sie weniger gegen den äusseren Feind gerichtet sind, als gegen die privilegierten Classen, zum inneren Feind der Proletarier;

dass sie gerade durch die unendlich anschwellenden Lasten, unter denen sie die Völker erdrücken, nothwendigerweise den Krieg herbeiführen, indem er als das einzige Mittel erscheint, einer unerträglich gewordenen Situation ein Ende zu machen;

verwirft der Congress auf das entschiedenste die Kriegsgelüste, welche von den in den letzten Zügen liegenden Regierungen unterhalten werden;

erklärt er den Frieden als die erste und unerlässlichste Bedingung der Arbeiteremanzipation;

und fordert neben der Unterdrückung der stehenden Heere die allgemeine Volksbewaffnung auf folgender Grundlage:

Die Armee ist nichts als eine Schule, in die jeder gesunde Staatsbürger für die Dauer der zu einer militärischen Ausbildung absolut nothwendigen Zeit eintritt. Die Männer, welche diese Schule durchgemacht, sind nach Ortschaften (par localité) dergestalt zu organisiren, dass jede Stadt, jeder Kreis sein Bataillon hat, zusammengesetzt aus Bürgern, die sich kennen, die bewaffnet, ausgerüstet und bereit sind, wenn es nöthig, innerhalb 24 Stunden auszumarschiren, die, wie es in der Schweiz der Fall, Gewehr und Ausrüstung im Hause haben für die Vertheidigung der Freiheiten des Volkes und der Sicherheit des Landes.“

Die Resolution wider die stehenden Heere beziehungsweise für allgemeine Volksbewaffnung wird mit allen Stimmen gegen 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Über die Resolution, betreffend die Mittel und Wege zur Verwirklichung der auf den Arbeiterschutz bezüglichen Beschlüsse des Congresses, erfolgt auf Verlangen

der belgischen Delegirten Abstimmung nach Nationalitäten. Dafür stimmen 13 Nationalitäten, 3 (Belgier, Holländer und Österreicher) enthielten sich der Abstimmung.

Für die von Bebel eingebrachte, von Quesde, Morris, Scherrer etc. amendirte Resolution für Arbeiterschutzgesetze stimmen 14 Nationalitäten und 2 (Belgier und Holländer) enthalten sich auch hier der Abstimmung.

Die von Bebel beantragte Zusatzresolution (Anerkennung der Frau als gleichberechtigtes Arbeitscollegin) wird einstimmig angenommen.

Die von Lavigne-Bordeaux beantragte Resolution zu Gunsten gleichzeitiger am 1. Mai 1890 vorzunehmender Manifestationen für den Achtstundearbeitstag erhält die Stimmen aller Nationalitäten außer Belgien und Russland.

Es wird ein Ausschuss zur Ausführung der Resolutionen des Parisercongresses, soweit dieselben die von der Schweiz in Vorschlag gebrachte internationale Arbeiterschutzgesetzgebung betreffen, eingesetzt.

Diese Commission, aus 7 Mitgliedern bestehend, wird beauftragt, der Berner Conferenz direct mitzuthemen, was die vom 14. bis 21. Juli 1889 in Paris versammelten Arbeiterorganisationen und socialistischen Parteien Europas und Amerikas als die unerlässliche Grundlage einer internationalen Arbeitergesetzgebung erachten.

Diese Commission erhält auch das Mandat, den nächsten internationalen Congress einzuberufen, der im Jahre 1891 an einem noch zu bestimmenden Orte Belgiens oder der Schweiz zusammentreten soll.

Unter dem Titel „der Achtstundearbeitstag“ (la journée de 8 heures) soll unter Mitwirkung der auf dem Congress vertreten gewesenen socialistischen Parteien ein Wochenblatt herausgegeben werden und wird dasselbe in der Schweiz erscheinen.

Vollmar berichtete noch über die Veranstaltungen behufs Niederlegung der Kränze auf das Massengrab der Communards, sowie auf die Gräber Heines und Börnes, worauf sodann auf einen Antrag der Deutschen und Engländer die Arbeiten des Congresses für erledigt erklärt wurden und der internationale socialistische Arbeitercongress mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Socialdemokratie und die sociale Revolution geschlossen wurde.

Der Congress der Possibilisten, der zweite internationale Arbeitercongress wurde in Paris am 14. Juli 1889 in 10 rue de Lanery abgehalten.

Zu demselben waren bei 600 Delegirte erschienen, wovon vier Fünftel auf Frankreich und nur ein Fünftel auf das Ausland entfiel.

Die große Zahl der französischen Theilnehmer erklärt sich daher, dass jede Corporation berechtigt war, drei Vertreter zu entsenden, und dass fast jede Körperschaft von diesem Rechte Gebrauch gemacht hat.

Belgien hatte acht Delegirte, Holland und Dänemark je zwei, Italien aber 12 Delegirte am Congress. Diese vier Länder waren auf beiden Congressen durch Delegirte vertreten, und zwar überall gleich stark.

Aus Spanien wurden seitens einiger Fachvereine in Barcelona fünf Delegirte, aus Portugal drei Delegirte entsendet. Die Schweiz hatte drei, Polen einen, die Vereinigten Staaten von Amerika hatten vier und England allein 39 Delegirte im Congress.

Es verlautet, dass auch Österreich durch sechs oder sieben Delegirte am Congress vertreten war, doch sind die Namen nirgends bekannt geworden.

Die Beschlüsse des Possibilisten-Congresses weichen — mindestens jene, welche die Arbeiterschutzgesetz-

gebung betreffen — in der Hauptsache von den Beschlüssen des Congresses der vereinigten Socialisten nicht ab.

Es wird der achtstündige Arbeitstag verlangt durch ein internationales Gesetz, ein Ruhetag in der Woche, doppelte Bezahlung für etwaige Überstunden, die vier Stunden täglich nicht überschreiten dürfen, ein Minimalarbeitslohn für jedes Land, der dem Preise der vernünftiger Weise unentbehrlichsten Existenzmittel entspricht, Schaffung von staatlich subventionirten Arbeitswerkstätten, technische und professionelle Erziehung, vollständige Verantwortung der Arbeitsgeber für Unfälle, Ernennung von nationalen und internationalen Inspectoren, Unterdrückung der Kinderarbeit, möglichste Beschränkung der Nacharbeit für Männer, Verbot derselben für Frauen und Minderjährige etc.

Mit Bezug auf die Frage der internationalen Verbindung wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Congress beschließt:

1. Dass unter den socialistischen Organisationen der verschiedenen Länder dauernde Beziehungen hergestellt werden sollen, dass aber in keinem Falle und unter keinem Vorwande diese Beziehungen die Selbstständigkeit der nationalen Gruppen beeinträchtigen dürfen, da diese allein die einzigen und besten Richter über die in ihrem Lande einzuschlagende Taktik sind;

2. dass an die Syndicatskammern und Fachgruppen eine Aufforderung ergehen soll, sich national und international zu verbinden;

3. dass die Schaffung eines internationalen Bulletins in mehreren Sprachen dem Studium der socialistischen Parteien der verschiedenen Länder unterbreitet werde;

4. dass es sich empfiehlt, jeder Arbeiterorganisation vorzuschlagen, ihren Mitgliedern, die ihren Aufenthaltsort wechseln, Karten auszustellen, auf Grund deren sie von ihren Brüdern in allen anderen Ländern recognoscirt werden können;

5. dass in jedem Lande, wo solche noch nicht existiren, nationale Comités errichtet werden sollen, um sowohl auf gewerkschaftlichem, als auf politischem und socialem Gebiete die internationalen Beziehungen zu pflegen; dass alljährlich und nur für das Jahr das Nationalcomité eines Landes durch die Vermittlung eines internationalen centralen Correspondenzbureaus, diesem Comité verbiete, irgend einen Beschluss zu fassen, der über die ihm zugewiesene Rolle hinausgeht.

Zusatzartikel:

Das oder die Comités haben die Aufgabe, alle Mittheilungen entgegen zu nehmen, welche ihnen zugehen und die socialen und gewerblichen Bedingungen der Arbeiter betreffen, sie zu übersetzen und den interessirten Gruppen zugehen zu lassen.

Eine Abschrift dieses Beschlusses soll dem Secretär des parlamentarischen Comités der Trades Unions zugeschiedt werden mit dem Ersuchen, denselben dem im September 1889 in Dundee zusammen tretenden Jahrescongresse zu unterbreiten.“

Ferner wurde eine Resolution angenommen, wonach die „Unternehmercoalitionen“ oder „Ringe“ behufs Ankaufes wichtiger Lebensmittel oder Rohstoffe gesetzlich verhindert werden sollen, mit dem Zusatze, dass die Arbeiter ihre Organisation derart zu stärken suchen sollen, dass sie im geeigneten Momente imstande sind, die von den heutigen Monopolisten angeeigneten Pro-

ductions- und Distributionsmittel diesen aus der Hand zu nehmen, um sie im Interesse der Gesamtheit und nicht einer einzelnen Classe zu verwenden.

Die belgische Arbeiterpartei wurde beauftragt, im Jahre 1891 wiederum einen internationalen Arbeitercongress, auf derselben Basis wie der gegenwärtige, nach Brüssel einzuberufen.

Schließlich werden noch Resolutionen auf Unterdrückung der Stellenvermittlungsbureaux, zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechtes etc. angenommen und der Beschluss gefasst, das Protokoll des Congresses im Druck herauszugeben.

Endlich brachte der Anarchist Merlino eine Resolution, welche er auf dem marxistischen Congress verlesen wollte, was ihm jedoch dort nicht gestattet wurde, auf dem Congress der Possibilisten ohne Beifall zur Vorlesung.

Zwischen den beiden internationalen socialistischen Arbeitercongressen fällt auch noch die am 18. und 19. Juli abgehaltene

Internationale Bergarbeiterconferenz:

Bergarbeiterdelegirte aus den beiden internationalen Arbeitercongressen versammelten sich am 18. und 19. Juli in einem Locale in der rue Jean Jacques Rousseau zu einer internationalen Bergarbeiterconferenz.

Den Vorsitz führte der englische Delegirte Fenwick, Parlamentsmitglied, als Secretär fungirte Defret aus Brüssel und als Dolmetsch ein Fräulein C. Simcox, Frau G. Schak und Ed. Bernstein.

Nachdem man gegenseitig über die Lage und Verhältnisse der Bergarbeiter in den verschiedenen Ländern und Districten Bericht erstattet, wurde beschlossen, in nicht allzuferner Zeit eine große internationale Bergarbeiter-Conferenz zu veranstalten.

Inzwischen sollten die Kameraden in den einzelnen Ländern alles aufbieten, die bestehende Organisation weiter zu entwickeln und eventuell neue zu gründen.

Die meisten der Theilnehmer waren Delegirte für den Congress der vereinigten Socialisten.

Mit dieser Conferenz endeten die von socialistischer Seite aus Anlass der Weltausstellung in Paris arrangirten Zusammenkünfte.

Eine Vereinigung der beiden Gruppen hat, obgleich uamentlich bei den Marxisten ein lebhaftes Einigungsbestreben obwaltete, diesesmal noch nicht stattgefunden.

Schon der erste Versuch von den Marxisten zu einer Vereinigung der beiden Congresses war an einer wichtigen Etikettefrage gescheitert.

Die Possibilisten begehrten nämlich, ehe sie sich auf gemeinschaftliche Berathungen einließen, vorerst die Mandate der ihnen gegenüberstehenden Delegirten einer Prüfung unterziehen zu können, was die Marxisten als ungebührliche Anmaßung von sich wiesen.

Die socialdemokratischen Führer versprachen sich von dem internationalen Arbeitercongresse in Paris eine große Wirkung.

Sie sprachen schon von einem imposanten Arbeiterparlament, wie die Welt noch keines gesehen habe.

Äußerlich trat auch die internationale Arbeiterfrage in den Vordergrund, und was in dieser Beziehung verhandelt und beschlossen wurde, verdient gewiss Beachtung.

Aber im ganzen brachten die beiden Congresses doch eine Enttäuschung. Der Versuch, die „Internationale Arbeiterassociation“ wieder in das

Leben zu rufen, muss vorläufig, so lange eine Vereinigung der beiden Parteien, der „*fédération de travailleurs socialistes*“ und der „*parti ouvrier*“ nicht stattfindet, als gescheitert betrachtet werden.

Seit nämlich die im Jahre 1864 gegründete alte „*Internationale*“ im Jahre 1871 infolge der Rivalitäten zwischen den leitenden Personen auf dem Haager Congresse sich spaltete und im Jahre 1877 auf dem Genfer Congresse, auf welchem die projectirte Wiedervereinigung so gründlich misslungen war, endete, hat vor allem die deutsche Socialdemokratie fortgesetzt darnach gestrebt, eine neue Internationale zu gründen und nicht umsonst sollte Karl Marx sein Motto „*Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!*“ geschrieben haben.

Mehrmals war man nahe daran, den neuen Bund zu gründen, besonders als vor zwei Jahren die englische *Trades Unions* den Auftrag bekamen und übernahmen, einen Weltcongress zu berufen, der zwar nur wirtschaftliche Fragen berathen, aber doch den neuen Bund der socialdemokratischen Parteien vorbereiten sollte.

Dieses lag aber den englischen Gewerkschaftsvereinen so wenig in dem Sinn, dass sie die Forderung aufstellten, das Mandat zu dem von ihnen berufenen Congresse sollte nur durch von Arbeiterorganisationen gewählte wirkliche Arbeiter ausgeübt werden.

Hiemit aber sahen sich die Führer der deutschen Socialdemokratie als ausgeschlossen an und der Londoner Congress ging ohne sie vor sich.

Dasselbe Schicksal bedrohte sie, als nun die Possibilisten den Auftrag, den sie in London erhielten, ausführten, wodurch viele der Marxisten von vorneherein ausgeschlossen waren, da die Mandatsbedingungen ihnen unerfüllbar waren.

Nur diesem Umstande allein ist also zu verdanken, dass zwei Congresse statt einem stattfanden und dass eine neue Internationale nicht schon jetzt gegründet wurde.

Doch lässt sich aus den gefassten Beschlüssen der beiden Congresse schon jetzt erkennen, dass mit der Zeit eine Vereinigung beider Fractionen stattfinden werde, denn die aufgestellten Programme, sowie die Beschlüsse weichen — wie wir oben gesehen haben — nur in einigen unwesentlichen Punkten von einander ab.

Es verdient erwähnt zu werden, dass die socialistische Partei, namentlich die Deutschlands, über ein beträchtliches Capital verfügen musste, um die verschiedenen Congresse zustande zu bringen.

Der Wert dieser Leistung wird erst klar, wenn erwogen wird, dass das ganze Geld pfennig- und kreuzerweise aufgebracht wurde, wodurch einerseits die Stärke der deutschen Organisation und andererseits die Opferfähigkeit der deutschen Parteigenossen bewundert werden muss.

Es mussten nicht nur die Mittel beschafft werden, um in Deutschland Propaganda zu machen, sondern auch um solche Bestrebungen, wie die des Congresses, im Auslande zu fördern.

Nach Angabe eines Berufenen kosteten die Delegirten nach Paris per Kopf 308, zusammen also 25.000 Francs und trotzdem gaben die Deutschen im Congresse noch 1000 Francs den Opfern des Elementarunglücks von Saint Etienne.

Zur Charakteristik der essentiellen Ergebnisse des Congresses muss einerseits der von dem bekannten Socialistenführer Nieuwenhuis in der Sitzung vom 20. Juli gemachte Ausspruch, dass der Congress für den Hauptgegenstand (Arbeitergesetzgebung) „so gut wie nichts geleistet habe“, andererseits Babels Äuße-

rung über den zweiten Hauptpunkt, die Revolutionirung der Proletariemassen, dass die bürgerliche Gesellschaft immer noch sich einer „sehr festen Constitution“ zu erfreuen habe, erwähnt werden.

Immerhin gaben die beiden Congresse in ihrem Verlauf ein beredtes Zeugnis von der Zunahme des Solidaritätsbewusstseins der Arbeiter aller Länder in Bezug auf die politische und socialistische Frage, welches Bewusstsein die sonst so lebhaften Nationalitätsgefühle nicht mehr zur Geltung gelangen liess.

Am 19. Juli gab der Pariser Gemeinderath den Mitgliedern beider Congresse ein Festbankett, zu welchem mehrere tausend Einladungen ergangen sind. Erst bei diesem „Ehrenwein“ fanden sich die Geister beider Congresse zusammen, hielten die sonst getrennt Marschirenden gute Cameradschaft, sangen gemeinsam die Marseillaise und ließen ihr Princip hochleben.

Mehr in der Stille wurden die internationalen Anarchistenversammlungen in Paris abgehalten, welche am 1. September begannen.

Zu diesen Versammlungen ist keine Tagesordnung im Vorhinein aufgestellt worden und jeder Redner konnte nach Belieben Gegenstände zur Discussion stellen.

Angekündigt wurden die Themata:

„Was ist Anarchie? Kann eine anarchische Gesellschaft bestehen? Welches sind die besten Mittel, die sociale Revolution herbeizuführen? Was sollen Anarchisten thun im Kriegsfall? Diebstahl im Interesse der Propaganda. Individueller Diebstahl. Diebstahl durch Noth und Elend. Communicationsmittel zwischen Anarchisten der verschiedenen Länder.“

Der Anarchistencongress wurde abgehalten im Saale du commerce rue Faubourg du Temple und war zumeist von französischen und italienischen, sowie von einigen englischen und deutschen Anarchisten aus London besucht. Unter den letzteren befand sich der preußische Deserteur Otto Rinke, auch Rau.

Der Umstand, dass die Socialisten Frankreichs zwar sehr rührig vorgehen, aber unter sich unceins sind, wird von den Anarchisten benützt, welche unausgesetzt propagandistisch thätig waren und zur Zeit fast allein es sind, welche sich Mühe geben, die ländlichen Districte in die sociale Bewegung hineinzuziehen.

Die französische Landbevölkerung ist aber im Laufe der Zeiten von den verschiedenen politischen Parteien gebraucht und oftmals missbraucht worden und ist daher viel zu vorsichtig, als dass sich die Anarchisten schon jetzt eines Erfolges rühmen könnten.

Im Gegentheile, der Schrecken der Communewirtschaft ist noch immer in ihren Gliedern und die gute Landbevölkerung erkennt in den Anarchisten die wahren Schreckensmänner.

Mehr Erfolg hatten die Possibilisten in ihren Agitationen, namentlich in einigen Städten im Norden Frankreichs und in einigen Districten von Mittel-Frankreich, wo früher die Marxisten agitirt hatten.

Die anarchische Propaganda findet mehr Boden, je südlicher die Departements von Paris liegen, am meisten in den großen Hafenstädten Bordeaux und Marseille, aber auch in den Districten von Troyes, Dijon, Lyons und Bourges.

Die Anarchisten arbeiten mit allen Mitteln, insbesondere mit dem der Presse und haben im Berichtsjahre abermals ein neues Parteiorgan in Lyon erscheinen lassen, das sich „*Le Flambeau rouge*“ (die rothe Fackel) betitelt und als Tagesjournal in der rue des Trois Pierres erscheint und in Paris wurde das neue Anarchistenorgan „*L'Attaque*“ herausgegeben.

Dennoch kann die anarchistische Partei in Frankreich nicht als eine starke bezeichnet werden.

Frankreich hatte im Berichtsjahre weniger Arbeiterausstände als in früheren Jahren.

Intensiv war der Strike der Hafnarbeiter in Marseille am 1. Mai.

Während im Jahre 1883 das massenhafte Angebot von italienischen Arbeitskräften die Ursache war, war im Berichtsjahre die Ursache im Aufwieglungsmanöver zweier Rädelsführer zu suchen, welche mit Boulangisten in Verbindung gestanden sein sollen.

Der Municipalrath und die Rhedergesellschaften verweigerten diesmal hartnäckig, ersterer die von den Arbeitern begehrten Subsidien und letztere selbst die geringste Nachgiebigkeit, und so ging endlich der Ausstand ohne besonderen Vortheil für die Strikenden zu Ende.

Weit schlimmer schien der Strike der Kutscher in Paris in den ersten Tagen des Juni zu werden, obwohl der Ausstand kein allgemeiner war. Die Kutscher verlangten im Principe eine feste Entlohnung, die Arbeitgeber erklärten, dass, wenn ein vollkommen verlässlicher Zählapparat zur Verfügung wäre, sie mit der Forderung einverstanden wären, das heisst eine den Einnahmen angepasste Entlohnung gewähren könnten.

Ungeachtet des vermittelnden Eingreifens der Behörde konnte das Einverständnis nicht sobald erzielt werden und es begannen in der Umgebung des Arc de Triomphe de l'Etoile, wo die strikenden Kutscher zusammenkamen und heftig debattirten, eine gewisse Aufregung, die sich noch steigerte, als man zu Thätlichkeiten übergegangen war und fünf oder sechs Wagen von den Strikenden umgestürzt worden waren.

Doch schon am 16. Juni nahm ein Theil der strikenden Kutscher die Arbeit wieder auf und nunmehr ging der Ausstand seinem Ende entgegen.

In Joinville wurde der Strike durch die Herabsetzung des Lohnes für gewisse Erdarbeiten hervorgerufen.

Überdies waren die französischen Arbeiter wegen der Ermordung eines Kameraden durch italienische Arbeiter sehr aufgeregt und es erstreckte sich infolge dessen der Ausstand bald auf alle Werkplätze zwischen Joinville und Poissons.

Etwa 1000 Arbeiter dieser Werkplätze rotteten sich zusammen, um gegen die Italiener loszuziehen, welche etwa 5—600 an der Zahl auf den Plätzen zwischen der Maas und Poissons beschäftigt waren.

Auf dem Durchzug zerstörten die französischen Arbeiter einige Cantinen, verletzten einige Italiener, doch sie fanden überall die Dörfer von Militär besetzt, was der Präfect des Meuse-Departements und der Gendarmerie-Commandant veranlasst hatten, so dass es nirgends zu ernstlichen Thätlichkeiten kam.

Anfangs October kam eine Strikebewegung unter den Kohlengravern in den nördlichen Grenzdepartements Frankreichs in sehr gefährlicher Weise zum Ausbruche.

Die Bergwerkscompagnien verweigerten jede Lohn-erhöhung, infolge dessen wuchs die Zahl der Strikenden am 14. October bis 20.000 an.

An demselben Tage durchzogen gegen 1500 Manifestanten die Grenzstädte Arras und Lens, worauf die gesammte Garnison der Departements Nord Aisne und Pas de Calais consignirt wurde.

Bei einem großen Theile der feiernden Arbeiter sind Waffen entdeckt worden, welche wahrscheinlich von Belgien herübergeschmuggelt wurden.

Am 25. October fand ein Zusammenstoss zwischen Militär und den Borgarbeitern statt, bei welchem 20 der letzteren verwundet wurden.

Um diese Zeit wuchs der Strike im Bassin vor Dorigny.

In Dechy entzündeten die Strikenden auf der Thürschwelle des Oberaufsehers Garrier eine Dynamitpatrone, welche großen Schaden am Gebäude verursachte.

Es kam jedoch zu keinen weiteren Ausschreitungen mehr, wenn auch die vollständige Ruhe unter den Kohlengravern und Montanarbeitern in den nördlichen und nord-östlichen Departements noch nicht eingekehrt ist und Umstände für die Vorbereitung eines neuen Strikes sprachen.

Belgien.

Der Stand der socialistischen Bewegung in Belgien ist im Jahre 1889 noch ungünstiger geworden als in den früheren Jahren.

Die Arbeiterpartei ist in steter Ausbildung begriffen, die Organisation schreitet rasch vorwärts, namentlich seit der Vereinigung der früher getrennt marschirenden Parteien. Ein mächtiges Förderungsmittel besitzt die Partei in der ökonomischen Entwicklung, welche der Partei bereits zum mehrfachen Realitäten- und Wirtschaftsbesitz verholfen hat, aus welchem sie die Mittel zur Agitation, zu Arbeitsausständen, zu Unterstützungen etc. schafft.

Zu dieser günstigen Entwicklung des Socialismus in Belgien trat noch ein Umstand anderer Art.

Der Ausgang des Anarchistenprocesses in Mons, bei welchem in den letzten Tagen des Monates Mai alle socialistischen Führer freigesprochen und nur die Agents provocateurs verurtheilt wurden, versetzte die Socialisten aller Länder, besonders aber die Belgiens in eine gehobene Stimmung.

Der Process begann am 6. Mai vor dem Schwurgerichtshofe zu Mons und gestaltete sich zu einer Sensationsaffaire nicht allein wegen des Inhaltes der Anklage, sondern auch wegen der Nebenumstände, die den Process begleiteten.

Die Anklage lautete auf Hochverrath gegen 27 Socialisten, welche Theilnehmer einer von Defuisseaux geleiteten Verschwörung gewesen sein sollen, deren Ziel es war, mit Waffengewalt die bestehende Regierung zu stürzen, den Bürgerkrieg im Lande zu entflammen und Belgien auf dem Wege der Revolution in eine Republik umzuändern.

Die Arbeiterstrikes des Jahres 1888 in den Kohlen-districten im Hennegau hätten Gelegenheit zur Ausübung des Complots bieten sollen, für welches auf dem geheimen Socialistencongresse zu Chatelet die Ordre ausgearbeitet worden ist.

Schon zur Zeit der letzten Arbeiterunruhen war in Belgien das Gerücht verbreitet, dass geheime Polizeia-genten, sogenannte Agents provocateurs, ihre Hand bei der Bewegung im Spiele hätten, und dass von ihnen die Leute zu Gewaltthätigkeiten aufgehetzt worden seien.

Der Process, für welchen 151 Zeugen und unter diesen einige der höchsten Staatsbeamten vorgeladen wurden, nahm einen sehr langsamen Verlauf.

In der Sitzung vom 20. Mai liess der General-advocat den Hauptpunkt der Anklage, und zwar den wegen Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates fallen, da, wie er sagte, bei allen Facten, auf welchen er jenen Theil seiner Anklage stützte, der Agent Pourbaix seine Hand im Spiele hatte.

Unter solchen Umständen führte der Ausgang des Processes, wie eingangs erwähnt wurde, zu einem Freispruch fast sämtlicher Angeklagten.

Die belgische Arbeiterpartei veranstaltete am 14. Juli 1889 in fast allen Städten Belgiens anlässlich der französischen Centennarfeier des Bastillensturmes großartige Feste. Die Häuser der Arbeiter waren mit rothen Fahnen decorirt und mit mächtigen Inschriften versehen, welche von den allgemeinen Menschenrechten, dem allgemeinen Wahlrechte und der allgemeinen Heerespflicht handelten.

Zugleich fanden an diesem Tage in ganz Belgien zahlreiche Arbeiterversammlungen statt; in allen Städten durchzogen die Arbeiter mit rothen Fahnen und Schildern, mit auf die Feier Bezug habenden Inschriften und Malereien, z. B. mit einem Riesenlöwen, der seine Kette zertrümmert, die Straßen, die Frauen zogen mit. Alle sangen die Marschallaise und wurden von Musikkapellen begleitet.

In Brüssel selbst, wo diese Art der Kundgebung nur unter gewissen Bedingungen gestattet worden ist, nahmen alle Arbeitergruppen der Stadt, der zehn Vorstädte und der ländlichen Bezirke theil. Im sogenannten Volkshause selbst aber, welches über und über mit rothen Fahnen und Aufschriften geschmückt war, haranguirten die Arbeiterführer durch beredte Ansprachen die Massen. „Kampf zur Eroberung des Stimmrechtes war die Losung.“

Für die künftige Entwicklung des Socialismus in Belgien war von hoher Bedeutung die auf dem Congresse von Paturages am 16. August erfolgte definitive Vereinigung der beiden belgischen Socialistengruppen (die socialistisch-republikanische Partei und die belgische Arbeiterpartei).

Auf diesem Congresse wurde die Betreibung der socialistischen Propaganda durch Abhaltung zahlreicher Meetings und Errichtung von Arbeitersyndicaten beschlossen.

Die von der Zeitschrift „Peuple“ gebrachte Nachricht über eine bevorstehende Vereinigung belgischer, deutscher und französischer Minenarbeiter verdient keinen Glauben.

Jan Volder, der Chefredacteur des genannten Blattes gibt sich gerne als Führer der belgischen Socialistenpartei aus, hat aber nicht viel Anhang und der Einfluss seines Blattes ist ein geringer, nur auf Brüssel beschränkt.

Die vom „Peuple“ gebrachte Notiz kann daher nur als Wunsch und nicht als ein in der Vorbereitung befindliches Factum aufgefasst werden. Hingegen haben die Socialisten in Frameries am 29. September eine große Kundgebung veranstaltet, um die Einigung der bisher unter den Arbeitern vorhandenen verschiedenen Richtungen auch äußerlich darzuthun.

Es wurde ein Festzug veranstaltet, an welchem trotz des überaus schlechten Wetters mehrere Tausend Personen theilnahmen. Im Zuge bemerkte man viele rothe Fahnen und dem Brauche gemäß zahlreiche Tafeln mit Aufschriften, darunter mehrere, welche die herbeigeführte Union priesen. Auch in den Gemeinden, durch welche der Zug seinen langen Weg nahm, gab es rothe Fahnen.

In Cuesmes, Jemappes und Fleury wurden Versammlungen abgehalten. Die in Frameries eingetroffenen Führer der Bewegung wurden durch Illumination und einen Fackelzug gefeiert.

Nicht besonders günstig schilderte Volders, der Delegirte Belgiens am Pariser socialistischen Arbeitercongress, die socialen Verhältnisse der belgischen

Arbeiter. Diese seien so elend, dass sie aller Beschreibung spotten. Die Agitation sei sehr schwierig, weil das belgische Volk moralisch deprimirt sei. Die socialdemokratische Partei in Belgien sei jetzt vortrefflich organisirt, vielleicht besser als in irgend einem Lande, es handle sich nur noch um ihre Ausdehnung. So sei also zu hoffen, dass die belgische Arbeiterbewegung trotz aller Hindernisse weiter vorwärtsgen werde.

Die anarchistische Partei in Belgien hat im Berichtsjahre keine besondere Propaganda entfaltet, aber doch ein neues Organ ins Leben gerufen.

Dasselbe betitelt sich „le Drapeau noir“ (die schwarze Fahne) und erscheint zu St. Josse 58 rue du Moulin.

Schon im Frühjahr machte sich eine Lohnbewegung im Hennegauer Kohlenreviere bemerkbar, es kam aber doch zu keinem Strikeausbruch, erst am 12. October ist bei Mons ein Ausstand der Kohlenarbeiter ausgebrochen und es folgten gleich 3500 Arbeiter in den Ausstand.

Der Arbeiterbund forderte in einem an alle Directoren des Kohlenbeckens von Mons gerichteten Schreiben unter dem Hinweis auf die glänzende Lage der Industrie eine 20procentige Lohnerhöhung.

Am 1. November beschlossen die Dockarbeiter in Antwerpen den Generalstrike, und ist zur Organisation des Generalstrikes eine Anzahl von holländischen und englischen Agitatoren in Antwerpen eingetroffen.

Der Gouverneur ließ aber alle fremden Ruhestörer ohne weitere Formalität ausweisen.

Holland.

Domela Nieuwenhuis, der bekannte holländische Socialist, schilderte die sociale Lage der holländischen Arbeiterpartei am Pariser Congresse folgendermaßen:

„Holland steht unter der Herrschaft der Plutokratie. Die Freiheiten des Volkes werden unterdrückt, die Regierung mache, was sie wolle. Die Arbeiter sind ohne Stimmrecht, ohne Einfluss auf den Staat. Die Steuern sind sehr schwer und bestehen zu zwei Fünftel aus indirecten Steuern, welche fast ausschließlich von den Arbeitern aufgebracht werden. Auch die Blutsteuer lastet ausschließlich auf dem Armen, denn der Reiche kauft sich von der Militärpflicht los.“

Es gibt keine Gewerbeschiedsgerichte und in Streitfällen wird dem Capitalisten stets aufs Wort geglaubt. Die Versammlungs- und Associationsfreiheit ist zwar gesetzlich anerkannt, wird aber durch Einschreiten der Polizei illusorisch gemacht. Der Arbeiter ist politisch vollständig versclavt, weil er es ökonomisch ist, es geht ihm in dieser Beziehung wie dem Arbeiter aller Länder, die gleichen Ursachen rufen überall die gleichen Wirkungen hervor.

Der Arbeitslohn ist im Lande lächerlich niedrig; in Friesland, dem fruchtbarsten Theile von Holland, beträgt er 1 Frank 50 Centimes für 14stündige Arbeitszeit und im Winter sogar nur die Hälfte.

Das Sweating und Trucksystem steht in vollster Blüte und veranlasste an verschiedenen Orten große Straßendemonstrationen der Unzufriedenen, die forderten, man solle den Arbeitern wenigstens gestatten, über seinen geringen Lohn frei zu verfügen.

Die holländischen Arbeiter fingen schon seit Jahren an, sich in verschiedenen Organisationen zusammen zu schließen. Sie haben es mit Cooperativismus und Mutualismus versucht, aber eingesehen, dass sie von derartigen Principien ebensowenig zu erwarten

haben, wie in politischer Beziehung von der bürgerlichen radicalen Partei. Sie wenden sich also folglich mehr und mehr dem Socialismus zu und organisiren sich als socialistische Partei auf Grund eines streng socialistischen Programmes.

Die Partei hat ihr eigenes tägliches Organ „Das Recht voor Allen“ und gewinnt durch mündliche und schriftliche Agitation immer größeren Einfluss auf die Arbeitermassen. Die Partei fordert Vergesellschaftung aller Productionsmittel, bekennt sich zum Internationalismus und wird die internationale Bewegung eine internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung unterstützen. Die holländische socialistische Arbeiterpartei bildet zwar nicht die Vorhut der socialen Bewegung, allein sie ist kampfbereit.“

Am 26. September folgten die Quaiarbeiter in Rotterdam dem Beispiele der Dockarbeiter in London und begannen den Ausstand; sie wollten die neuen Arbeiter an der Ausladung des Dampfers „Harwich“ hindern; die Polizei intervenirte, griff die Menge an und zerstreute mit Säbelhieben die Strikenden. Die Communalgarde wurde unter die Waffen gerufen.

Abends fand eine geheim abgehaltene Versammlung von Socialdemokraten statt, wodurch sich die Lage verschlechterte. Die Zahl der Strikenden wurde auf 4000 bis 5000 geschätzt, die Polizei machte wiederholt von der blanken Waffe Gebrauch und wurde von der Bürgergarde und von Seesoldaten unterstützt, außerdem wurde eine Cavallerieabtheilung von Haag herbeigerufen.

Am folgenden Tage begann ein Theil der Strikenden das Strassenpflaster aufzureißen und die Polizei sowie die Bürgergarde mit Steinen zu bewerfen; die Polizei unternahm mehrere Angriffe auf die Ruhestörer, verwundete einige mit Säbelhieben und Bajonnetstichen und konnte erst Abends die Ordnung wieder herstellen.

Die Befürchtung, dass es noch zu weiteren Ausschreitungen kommen werde, bewahrheitete sich nicht und am 2. Octoberschon beschlossen die strikenden Dockarbeiter, die Arbeit am 3. October wieder aufzunehmen, doch sollte unter keiner Bedingung die Nacharbeit auf jenen Schiffen aufgenommen werden, welche keine Lohnerhöhung bewilligt hatten. Hiemit war der Ausstand in Rotterdam zu Ende.

Am 9. October hielten wieder die Bäckergehilfen der Rotterdam'schen Brodfabriken eine sehr zahlreiche Versammlung, um über ihre Lage zu sprechen und zu berathen, wie man dem rücksichtslosen Vorgehen der Fabrikanten entgegentreten könnte.

Es wurde beschlossen, am 20. October eine Versammlung der Gehilfen und Arbeitsherren einzuberufen, um in dieser Versammlung den Fabrikanten zu eröffnen, dass die Gehilfen unter den gegenwärtigen Verhältnissen und Bedingungen die Arbeit nicht fortsetzen können. Sollten die Arbeitgeber zur Besserung der Lage der Arbeiter nicht geneigt sein, würden alle Gehilfen die Arbeit sofort einstellen.

Zu gleicher Zeit hielten auch die Arbeiter der Cigarrenfabriken eine Versammlung, bei welcher die Resolution gefasst wurde, eine Lohnerhöhung zu fordern und auch hier zu drohen, falls die Lohnerhöhung nicht gewährt würde, die Arbeit einzustellen.

In Holland, wo der Socialismus unvolksthümlich ist, wie in keinem anderen Lande, hat bis vor kurzem gleichwohl eine gewisse Verbindung zwischen Demokraten und Socialdemokraten bestanden; dieselbe ist indessen vollständig gelöst worden. Trotzdem neigt die holländische Socialdemokratie seit den Pariser Congressen sehr merklich den Possibilisten zu.

Das hat seinen Grund in der Art und Weise, wie der Marxistische Congress geleitet worden ist. Bei der herzlichen Verbrüderung, die sich zwischen den deutschen und französischen Socialisten vollzog, sind die Vertreterschaften der kleinen Länder schlecht genug weggekommen.

Es hat dies neben den Holländern die Belgier hart verdrossen, umso mehr, da deren Antrag, den nächsten internationalen Congress 1891 in Brüssel abzuhalten, wohl von den Possibilisten, nicht aber von den Marxisten angenommen worden ist. Und obwohl die belgischen Socialistenführer Anseele und Dr. de Repe, ähnlich dem Holländer Domela Nieuwenhuis, im Grunde ihres Herzens gute Marxisten sind, scheinen doch auch sie jetzt den possibilistisch „Internationalen“ zugezählt werden zu müssen. Jedenfalls hat der internationale Marxismus wie in Holland, so auch in Belgien zu Gunsten des internationalen Possibilismus wesentliche Einbussen erlitten.

Ende October gründeten die Dockarbeiter in Rotterdam nach dem Muster der „Dock Trades Unions“ in London einen Gewerkschaftsverein der Hafendarbeiter, dessen Hauptaufgabe sein soll, die Lage der Arbeiter auf legalem Wege zu verbessern. Der Verein soll socialistischen Tendenzen nicht huldigen.

Außerdem bildete sich in Rotterdam nach dem Ausstande der Hafendarbeiter eine Commission, welche für die Folge die Klagen der Arbeiter entgegennehmen und die Differenzen schlichten wird.

Russland.

In Russland ist die socialistische Bewegung noch wenig vorgeschritten, aber doch trotz aller Vorsichtsmaßregeln von der Arbeiterbevölkerung in den Industriorten auf die Landbevölkerung übergegangen. Eine Arbeiterpartei als Organisation existirt in Russland noch nicht. Die russische socialistische Presse, aus geheimen Druckereien und aus dem Auslande hervorgegangen, lieferte bis jetzt noch wenig.

Die Partei der „Narodnaja Wolja“, jene Organisation, welche Gewalt gegen Gewalt setzte, gibt es beinahe nicht mehr.

Auch die im Auslande lebenden Terroristen lenkten ein, so kam z. B. Axelrod, der zwar zur Organisation des „Tschorni Peredjel“ gehörte, welche Fraction jedoch in der „Propaganda der That“ mit der „Narodnaja Wolja“ ging, auf den Gedanken, die Volksmassen müssten erst gebildet werden, das heißt, er wurde wieder reiner Socialist. Es kann fast mit Bestimmtheit gesagt werden: es gibt jetzt keine große Partei der russischen Revolutionäre. Was existirt, ist Folgendes:

1. Eine socialistische Arbeiterpartei, die Fraction Axelrod, eine Partei, bestehend aus discutirenden und spintisirenden Studenten und Verbannten im Auslande, dann Arbeiter, aber ohne Anhänger in den Volksmassen Russlands.

2. Eine Fraction mit terroristischem, wohl etwas verwässertem Programm. Diese Partei ist der Rest der „Narodnaja Wolja“. Sie hat in Zürich und Genf bis vor nicht langer Zeit eine geringe Anzahl von Mitgliedern und auch in Russland nur eine kleine Anzahl von Anhängern.

Deren Terrorismus äußerte sich in letzter Zeit nur darin, dass sie Broschüren herstellten und mühevoll nach Russland brachten. In diesen Broschüren wurden die Thaten und letzten Stunden jener Genossen, welche „für das Volk“ am Hochgericht endeten, als ermunternde Beispiele erzählt.

Diese „Maladnia Narodnaja Wolja“, wie sie genannt wird, recrutirte sich aus dem Kreise der jüngsten aus Russland geflüchteten Studenten und zu diesen gehörten Brienstein und Dembsky, welche in Zürich mit den Bomben experimentirten.

Die **dritte Fraction** steht unter der Führung des russischen Nihilistenveteranen Lawrow, dann des Plechanow, welche vor Jahren die blutigsten Terroristen waren, zur Zeit aber nur revolutionär ohne bestimmten Endzweck sind.

Aus dieser Gemeinschaft ist der Exterrorist Tikhomirow in seiner Verzweigung über die Nichtigkeit der revolutionären „Arbeit“ zur gesetzlichen Gesellschaft zurückgekehrt, worüber später ausführlicher gesprochen werden wird.

Und noch eine Partei gibt es: 4. Die liberale Partei, deren Organ die „Swoboda“ ist.

Von den beiden Hauptgruppen der Revolutionäre: der Partei des „Tschorny Peredjel“ und der Partei „Narodnaja Wolja“ geht letztere immer mehr auf den Boden des Socialismus über und hegt die Principien des Pariser internationalen Socialistencongresses.

Eine bemerkenswerthe Thatsache ist noch die Organisation der russisch-jüdischen Arbeiter, welche sich aber zumeist in New-York befinden und ein eigenes Organ „Zuamia“ (Fahne) besitzen.

Von Tikhomirow, dessen oben und schon im vorigen Jahresberichte erwähnt wurde, ist die Denkschrift über die revolutionäre Bewegung in Russland von hohem Interesse. L. Tikhomirow ist der Verfasser des Buches „La Russie politique et sociale“, welches im Jahre 1886 in Paris erschien und Aufsehen machte.

Kurz nach dem misslungenen Bombenattentate auf dem Newski-Perspective (März 1887) legte er ein Majestätsgesuch vor, in welchem er seine bisherige Handlungsweise verurtheilte, sich feierlich von den Parteilossenen lossagte und unter Hinweis auf seinen vollständigen Gesinnungswechsel die Milde des Kaisers anflehte. Das Schriftstück enthält außerdem eine Reihe der wichtigsten Enthüllungen über die Organisation und das Treiben der revolutionären Partei, welche für die Regierung den größten Wert hatten.

Aus diesen Selbstgeständnissen ging hervor, dass Tikhomirow einer der intelligentesten Führer der revolutionären Bewegung in Russland war.

Tikhomirow wurde bedingungslos begnadigt, hielt sich dann zumeist in Paris auf, wo er von Lawrow und anderen russischen Anarchistenführern in Flugblättern heftigst angegriffen wurde. Über Aufforderung des Ministeriums des Innern legte Tikhomirow seine Ansichten über das Entstehen und die Fortentwicklung der nihilistischen Bewegung in Russland in einer Denkschrift nieder. In dieser Denkschrift führt Tikhomirow den Ursprung des Nihilismus auf die liberalen Ideen zurück, welche dem Reformwerk des früheren Regimes zugrunde lagen.

In Betreff der Organisation der russischen Nihilisten enthält die Denkschrift Andeutungen, nach welchen die revolutionäre Partei das System der Gruppen beibehalten hat, welche in sehr losem Verbands stehen; an Geldmitteln soll es der Partei sehr gebrechen. Die in und außerhalb Russland zurückgebliebenen Gruppen gehören der terroristischen Verbindung an.

Der Inhalt der Denkschrift wurde in Russland wenig bekannt, rief aber dort — wo dies geschah — Erstaunen hervor.

Die übrigen Nachrichten, welche aus Russland nach dem Westen Europas gelangten, sind meist unvollständig

oder stark übertrieben. Zu den wichtigsten zählen folgende:

Bald nach der Züricher Bombenaffaire erschien in der Pohl'schen Apotheke auf der Wassili-Insel ein junger Mann, der auf Grund eines ordnungsmäßig ausgestellten Bezugscheines die große Dosis von einer Unze Blausäure bezog. Der Mann erschien umso unbedenklicher, als er alle gesetzlichen Formalitäten: Legitimation, Angabe der genauen Adresse etc. erfüllte. Zufällig fand am anderen Tage die Revision in der Apotheke statt und der erschienenen Polizeibeamte constatirte einen Betrug, indem die Unterschrift des Arztes gefälscht war.

Die Polizei musste besorgen, dass ein Mitglied der terroristischen Partei den gefährlichen Giftstoff zu einem Verbrechen benützen dürfte.

Anfangs Mai wurde in Kronstadt ein Conspirationsquartier und damit Bomben, Gift und Dynamit entdeckt.

Bald darauf wurden auch in Petersburg Dynamitmengen, Bomben und eine geheime Druckerei aufgefunden.

Ende des Monats Mai wurde in Odessa eine 90 Pfund wiegende Bombe mit Metallschrauben an der Ecke der Puschkin- und Deribasstraße durch Arbeiter, die einen Keller ausgruben, gefunden. Die Puschkinstraße liegt auf der Route vom Bahnhofe nach dem Palaste des Generalgouverneurs.

Am 17. August wurde im „Hotel Angleterre“ in Petersburg ein junger Mann unter eigenthümlichen Umständen todt aufgefunden. Er ließ nämlich folgenden Brief zurück:

„Ich gehe freiwillig in den Tod, da ich lieber als Selbstmörder denn als Mörder sterben will.“

Aus den Wäschestücken hatte der Selbstmörder die Märke und überhaupt alles entfernt, was auf seine Personconstatirung Bezug haben konnte. In seinem Koffer wurden drei nach einem neuen Systeme fabricirte Dynamitbomben und ein deutsches Buch gefunden.

Anfangs September wurden in Kiew zehn Studenten unter dem Verdachte verhaftet, einer geheimen, staatsgefährlichen Zwecke verfolgenden Gesellschaft anzugehören und angeblich Gelder für den polnischen Nationalschatz (Skarb Narodny) gesammelt zu haben. Unter den Verhafteten befanden sich sechs Polen, darunter ein österreichischer Staatsangehöriger, der Jurist Anton Zarembo, ein gewisser Songajlo Sercinski, sowie eine junge Polin namens Mankowska und vier Kleinrussen.

Es wurde bei den Verhafteten eine Sammeliste vorgefunden, und zwar angeblich für eine in Krakau zu dem Zwecke gegründete Gesellschaft, um unbemittelten jungen Polinnen den Universitätsbesuch zu ermöglichen.

Man schien sich aber mit dieser Erklärung nicht zufrieden gegeben zu haben, denn der mit der Untersuchung betraute Gendarmeriegeneral Nowicky verfolgte eifrigst die Spuren dieser Sammlung.

Wie constatirt worden ist, stand Songajlo in engen Beziehungen zu den in Lemberg verhafteten Franko, Kistiakowski und Marszinski und dürften die in Kiew verhafteten Personen einer Partei angehören, welche auf eine Annäherung der Polen und Kleinrussen zur gemeinsamen Bekämpfung des Großrussenthums hingearbeitet hat.

Unmittelbar vor den Verhaftungen in Kiew, welche jenen in Lemberg auf dem Fuße folgten, soll Songajlo von Marszinski einen Brief erhalten haben, worin dieser ihn von seiner Verhaftung benachrichtigt und bittet, die

dortigen Gesinnungsgenossen hievon in Kenntniss zu setzen.

Infolge dieser Verhaftungen in Kiew fanden weitere Verhaftungen und Hausdurchsuchungen in den Universitätsstädten Charkow und Moskau statt. Die verhafteten Studenten waren hauptsächlich von polnisch-jüdischer Nationalität.

Ein Theil der Studirenden an der militär-medizinischen Akademie in St. Petersburg beabsichtigte am 17. November für den kürzlich verstorbenen Tschernischewsky ein feierliches Requiem in der St. Wladimirkirche zu veranstalten. Nachdem der erst kurz vor seinem Tode begnadigte Tschernischewsky zur Regierungszeit des Kaisers Alexander II. einer der Hauptträger der nihilistischen Ideen in Russland war, ist es begreiflich, dass die Leitung der Anstalt in dem Plane der Studirenden eine gegen die staatliche Ordnung gerichtete Kundgebung erblickte und mit aller Strenge gegen die Hauptschuldigen vorzugehen beschloss. Infolge dessen wurden 16 jener Studirenden, welchen die Überwachung ihrer jüngeren Genossen oblag, aus der Anstalt ausgewiesen.

Balkanstaaten.

Die Entwicklung des Socialismus in den Balkanstaaten ist eine fortschreitende und steht Rumänien, obwohl industriell wenig entwickelt, in dieser Richtung an der Spitze.

Hörer und Professoren der Universität Jassy haben durch Übersetzung und Verbreitung der Schriften von Marx, Engels und Lassalle in dieser Richtung aufklärend gewirkt. Dies hatte zur Folge, dass bei den Wahlen, obgleich sie indirect sind, socialistische Abgeordnete gewählt wurden.

Anfangs September brach in Bukarest ein Strike der Schneidergehilfen aus, dem sich die Schuhmacher anzuschließen drohten.

Was den Strike der zumeist gegen Stücklohn arbeitenden Schneider betrifft, so verlangten dieselben eine Erhöhung des diesbezüglich bestehenden Tarifes, wogegen weniger eingewendet worden wäre, wenn nicht außenstehende Elemente sich in den Strike eingemischt hätten. Es kam zu Unordnungen und Verhaftungen und unter den Verhafteten befanden sich zwei junge Journalisten, welche die Schneidergehilfen zu einer energischen Fortsetzung des Strikes aufforderten und aufreizende Reden hielten.

Die Socialisten Nadejde und Mille, welche auf die Nachricht von dem Ausbruch des Strikes nach Bukarest geeilt waren, stellten sich an die Spitze der Strikenden, um ihre Vertretung der Behörde und den Arbeitgebern gegenüber zu führen.

Die Bemühungen der beiden socialistischen Abgeordneten, die Freilassung der verhafteten Journalisten zu erlangen, scheiterten; infolge dessen stellte sich auch der hochhöffiöse „Nationalul“ offen auf die Seite der Strikenden, was aber noch durch den Umstand erklärt wird, dass der Chefredacteur des „Nationalul“ sich auf den Arbeitsführer hinausspielt. Der Strike verlief endlich in ruhiger Weise und endete mit einem kleinen Siege der Arbeiter.

Bei der Wahl für das zweite Collegium in Roman, welche am 3. April a. St. stattfand, war W. G. Mortzun Candidat der socialistischen Partei, doch wurde er von seinem Gegencandidaten, dem Juninisten Branitschteanu besiegt, denn dieser erhielt 163, Mortzun nur 160 Stimmen. Die Socialisten schoben diesen Sieg nur den

Machinationen des Telemann zu, der gerade zur Zeit der Wahlen gegen die politischen Freunde Mortzuns 400 Contraventionsprocesse angestrengt und den Wählern befohlen hätte, gegen die Socialisten zu stimmen. Hier zeigte sich, dass ein Theil der Bauernschaft mit den Socialisten stimmte. So siegten bei Adschudeni die Socialisten, doch wurde die Wahl annullirt. Mortzun unterlag auch bei der Wahl für das dritte Collegium in Roman am 11. April a. St.

Anlässlich des Strikes und Auszuges der 250 Schüler aus der Militärschule zu Jassy am Beginn des II. Semesters des Schuljahres 1889 schrieb das anarchistische Blatt „La Revolte“:

„Wir freuen uns zu sehen, wie der Geist der Empörung unter den jüngeren Militärs fortschreitet und wir hoffen, dass sie an dem Tage, wo man ihnen befehlen wird, auf das sich empörende Volk zu schießen, ihre Gewehre und Kanonen umkehren und auf ihre Vorgesetzten und die Bourgeois abfeuern werden, wie dies letztes Jahr bei dem Agrarstrike der Fall war.“

Zum Pariser Internationalen Socialistencongresse hatte Rumänien fünf Delegirte entsendet, während von den übrigen Balkanstaaten nur noch Bulgarien durch einen Delegirten vertreten war.

In Sophia fand am 6. Juni eine Weiberrevolte mit politisch-religiösem Hintergrunde statt und zwar aus Anlass der beabsichtigten Demolirung einer orthodoxen Kapelle. Die in ziemlicher Stärke ausgerückte Gendarmerie wurde mit einem Steinhagel empfangen und der Polizeipräsident, sowie einige Gendarmen leicht verletzt.

In Nisch ist im Monate Mai in den Werkstätten der serbischen Staatsbahnen ein Strike der Eisenbahnarbeiter ausgebrochen. Die Arbeiter verlangten die Entfernung des Werkstättenchefs Tripellez und des Werkmeisters Vessel, sowie einen Lohn gleich den belgischen Arbeitern, welche die Regierung nach Serbien kommen ließ. Der Strike verlief übrigens ohne wesentliche Störungen.

Italien.

In Italien ist bald nach Beginn des Jahres 1889 eine sehr lebhafte sociale Bewegung mit anarchistischer Tendenz vor sich gegangen.

Infolge der schon seit längerer Zeit andauernden Baukrise waren in Rom zahlreiche Arbeiter unbeschäftigt und wie überall nahm auch in Rom die Erregung der Arbeiterbevölkerung bald einen acuten Charakter an.

Am 7. Februar verlangten die Arbeiter von der Regierung Abhilfe und da diese nicht sofort gewährt werden konnte, fanden schon am folgenden Tage tumultuarische Excesse statt, zu deren Unterdrückung es Militär bedurfte. Solche Excesse fanden später noch an mehreren Orten Italiens statt, von welchen die Bauernaufstände in der Gegend von Como und Mailand ebenfalls mit Brachialgewalt unterdrückt werden mussten. Auch im Süden kam es in der Landbevölkerung zu kleinen Rebellionen.

Diese dem Lande eigenthümlichen, unter dem Namen „Agrarunruhen“ bekannten Störungen in der ländlichen Bevölkerung wurden von gewissen Führern der italienischen Arbeiterschaft angezettelt und unterstützt.

Immer deutlicher treten in diesem Königreiche zwei Richtungen der Arbeiterpartei hervor: die parlamentarische Arbeiterpartei mit dem Deputirten Andrea

Costa an der Spitze und die rein anarchistische, welche Merlino leitet.

Da die Interessen des revolutionären Socialismus durch den Parlamentarismus nicht gefördert werden, wird Costa und seine Partei von den Anarchisten lebhaft bekämpft und wurde Costa insbesondere am Pariser Internationalen Socialistencongresse angegriffen.

Die parlamentarische, auch radicale Arbeiterpartei hat namentlich in Oberitalien an Macht gewonnen und sogar der ihr nicht genehmen Regierungspolitik gegenüber eine so drohende Stellung eingenommen, dass die Regierung ihre Vorkehrungen zur Aufrechthaltung der Ruhe zu treffen sich veranlasst sah.

Die radicale Arbeiterpartei schließt sich natürlich der republicanischen Partei voll an und hat bezüglich dieses Einvernehmens das Blatt „Il Secolo“ große Bedeutung.

Die Anarchisten sind insbesondere um Mailand verbreitet und haben in Mailand selbst drei Gruppen: „Avanguardia“ via Legnano 20, „Sempre avanti“ via Alzaja Pavese 10 und „Sole dell'avvenire“ via porta romana 44. Die Gruppen bestehen zumeist aus jungen verirrten Burschen. Ein gewisser Enrico Girola, Correspondent des „Amico del popolo“ in Brescia ist einer der rührigsten Agitatoren für die anarchistische Sache.

Fremde Agitatoren und die im Frühjahr entstandene „Lega di resistenza fra operaj ed operaje“ in Como haben in der Provinz die Arbeiter und Landleute sehr beunruhigt.

Ende Mai wurde die anarchistische Bewegung in Oberitalien (Agrarfrage) so groß, dass die Regierung derselben eine gewisse Bedeutung beilegte und zu etwas energischen Maßregeln greifen musste. In Rom wurde deshalb der Abgeordnete Costa und seine Mithelfer verurtheilt, gleiches sollte in Mailand geschehen. Die Hauptschuld an der Bewegung, die ein Signal zu weiteren größeren Unruhen in der unteren Lombardei, in der Provinz Bologna und in der Romagna hätte sein sollen, maß die italienische Regierung den anarchistischen Führern zu.

Am 19. Mai Abends wurde die Gendarmerie in Carbetta angegriffen und wagenöthigt, sich im Gemeindehause zu vertheidigen. Drei Gendarmen und ein Delegirter der Polizeibehörde erlitten Contusionen; ein Bürger wurde getödtet, einer verwundet; acht Excedenten wurden verhaftet.

In Bereggio plünderten die Strikenden; sie schlugen die Fenster des Gemeindeamtes ein. Das Haus des Deputirten Mussi, die Spinnerei des Badie wurde verwüstet. Zahlreiche Verhaftungen wurden auch hier vorgenommen und bei einigen der Verhafteten Papiere gefunden, die bewiesen, dass 200 Gesinnungsgenossen bereit standen, um Ruhestörungen zu begehen.

Diesen Unruhen voran gingen Störungen in Terni, wo mehrere Gendarmen und ein Hauptmann der Infanterietruppe verwundet worden sein sollen. Dortselbst zogen nämlich am 6. Mai Arbeiter, welche von einem bei dem dortigen Stahlwerke beschäftigten französischen Genossen angeführt wurden, unter den Rufen „Hoch die Socialrevolution!“ in die Stadt und leisteten der bewaffneten Macht Widerstand.

Am 14. Mai ging eine Compagnie Soldaten mit einem Sicherheitsbeamten nach Arluno ab, wo die Bauern sich erhoben hatten, und auch ohne nur den Vorwand eines Streites mit den größeren Grundbesitzern anführen zu können, deren Eigenthum verwüsteten.

In Varese und Umgebung herrschte gleichfalls Aufregung und so auch in Casserza. Bezirk Rho, woselbst mehrere Individuen verhaftet wurden.

Die um Giuseppe Mazzini's „Patto di Fratellanza“ verbrüdeten, die Volkssouveränität und eine effective und vollständige Emancipation des Plebs anstrebenden italienischen Arbeiter und Volksvereine hielten eine Anzahl regionaler Congressse zu Rimini am 18. und 19. Mai. zu Genua am 26. Mai, zu Mailand am 2. Juni und zu Livorno am 16. Juni ab, um sich für den nationalen Congress am 20. bis 24. Juni in Neapel vorzubereiten.

Es war dies der XVII. Congresso nazionale Operaio Italiano Società affratellata al patto 1871 e aderenti.

Die dirigirende Commission residirt in Rom und ist gebildet von Felix Albani, Lorenzo Costaguta und von Antonio Fratti.

Die Einladung zum allgemeinen Congress erging an 1600 sinnesverwandte Vereine, an 200 „Patrioten“ und an 350 Zeitungen des In- und Auslandes.

In die Tagesordnung des Congresses wurde auch die internationale Politik insbesondere in Bezug auf die Trippelallianz und die österreichische Domination in Triest, Istrien und Trient aufgenommen.

Geräumige Versammlungslocalitäten wurden den Congressisten, namentlich über Betreiben des radicalen Parlamentsdeputirten Giovanni Bovio vom Municipium der Stadt Neapel gratis beigelegt.

Der Verband der mazzinistischen „Società affratellata“ ist die mächtigste und die bestorganisirte Föderation der umstürzlerischen Gesellschaften Italiens.

Vor drei Jahren auf dem im Sommer 1886 zu Florenz abgehaltenen XVI. Congressse gehörten der Verbrüderung 371 mit ihren Einzahlungen im Laufenden stehende und 70 mit denselben im Rückstande befindliche, aber noch nicht als abgefallen erklärte Vereine an; ungefähr 80 Vereine hatten sich verschiedener Ursachen politischer und moralischer Natur wegen abgetrennt.

Seither sind dem „Patto 1871“ neu 82 Vereine beigetreten, so dass gegenwärtig bei 500 Vereinen dem Verbande angehören, mit denen noch bis zu einem gewissen Punkte noch andere 200 formell nicht an der Föderation theilnehmende Genossenschaften Fühlung haben, was also ein Totale von beiläufig 700 zusammengehenden demokratischen und politischen Vereinen ergeben mag, die unter Umständen von dem leitenden Centrum, das ist der dirigirenden Vereinscommission die Parole empfangen und befolgen.

Nicht zu verwechseln ist der mazzinistische Bund mit dem „Partito operaio Italiano“, dessen Centralcomité in Alessandria residirt und aus folgenden Personen besteht: Dem Goldarbeiter Vincenzo Griggi, dem Barbier Ernesto Scoffone, dem Mechaniker Filippo Demichelli und dem Schuhmacher Pietro Piccone.

Das Organ dieser Partei ist der „Fascio operaio“ in Mailand, dessen Redacteur am 22. Juni vor dem dortigen Assissenhofe einen Process wegen Aufreizung zum Hass zwischen den verschiedenen Gesellschaftsclassen durchgemacht hat.

Der Process hatte mit den agrarischen Strikes im Mailändischen Zusammenhang. Die Geldbussen von mehreren tausend Lire, zu welchen die Herausgeber verurtheilt worden sind, wurden in den Sectionen gesammelt, um die Leitung des Blattes schadlos zu halten.

Das Parteiorgan der Mazzinisten ist die wöchentlich einmal in Rom erscheinende und häufige Beschlagnahmen erleidende „Emanipazione“.

In den letzten Tagen des Monats Juni gelang es der Pariser Polizei, den italienischen Anarchisten Pini und einige seiner Genossen zu verhaften.

Pini ist einer der Chefs einer internationalen Anarchistenbande, und alle Verbrechen, die er begangen: Diebstahl, Raub, Mord etc. will er zu Gunsten jener verwerflichen Sache verübt haben, der er dient. Pini und Permezzioni sind die Chefs der italienischen Section, während die Brüder Schouppe, von denen einer mit Pini verhaftet wurde, Chefs der belgischen Section der Internationale gewesen sind.

In dem von Pini bewohnten Quartier, sowie bei einer Pariser Wirthin, deren Haus er fleißig besuchte, wurden Drucksorten in verschiedenen Sprachen gefunden, meist anarchistische Flugschriften mit der Bestimmung, in die Welt hinausgeschickt zu werden.

Pini und Permezzioni hatten auch den Redacteur Celso Ceretti in Modena ermordet. Derselbe hatte in dem von ihm und Prompolini redigirten socialistischen Blatte „Die Sonne der Zukunft“ den Pini und Permezzioni als „Polizeispitzel“ bezeichnet und es wurde den italienischen Gesinnungsgenossen nahegelegt, beide als Verräther aus ihren Reihen zu stoßen. Pini und Permezzioni kamen infolge dessen nach Modona und lockten beide Redacteurs nach dem Orte Mirondol. Celso Ceretti ging ahnungslos in die Falle und erlag den Dolchstichen beider Mörder, welche noch eine Zeit lang die Bevölkerung von Modena terrorisirten, bis sie sich nach Paris begaben, wo sie unter falschem Namen wohnten und endlich verhaftet wurden.

Pini und sein Helfershelfer wurden seither vom obersten Tribunal in Paris zu vieljähriger Zuchthausstrafe verurtheilt.

Es ist interessant, den Gang der socialistischen Bewegung in Italien zu beobachten. Die Vorgänge in diesem Königreiche sind grundverschieden von der socialistischen Bewegung der nördlichen Staaten Europas. Einerseits ist es die wirklich vorhandene Noth bei der großen Zahl der Arbeiter, welche eine rechte Agitation im socialistischen Sinne nicht aufkommen lässt und andererseits ist eben infolge der Nothlage der arbeitenden, insbesondere der feldbaulich arbeitenden Classe die Unzufriedenheit so groß, dass sie geradezu massenhaft Unruhen erzeugt.

Es fanden außer den bereits an früherer Stelle geschilderten bedenklichen Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung noch eine Reihe von Ausschreitungen statt, so in Carrara, woselbst mehrere Personen wegen anarchistischer Umtriebe verhaftet wurden, dann in Spezia — dem Kriegshafen der Provinz Genua — woselbst zwei Dynamitattentate in den Räumlichkeiten der beiden Theater beabsichtigt waren.

Die Polizei hatte aber glücklicherweise noch rechtzeitig Kenntnis erhalten und fand bei ihrem Einschreiten erhebliche Vorräthe von Dynamit. Auch aus diesem Anlasse wurden viele Verhaftungen vorgenommen.

Waren diese Vorfälle schon geeignet, Besorgnis einzufößen, so war dies in einem noch erhöhten Maße der Fall, als nach einigen Monaten der Ruhe sich in Rom abermals bedenkliche Symptome zeigten und gerüchtweise verbreitet wurde, dass es der Behörde gelungen ist, einen größeren Geheimbund zu entdecken, was nicht dementirt worden ist, und als später auch die „Propaganda der That“ in Rom wieder ein Lebenszeichen von sich gab.

Es wurde nämlich während der Musikproduction am 18. August auf dem Piazza Colonna eine Bombe geworfen. Sechs Personen wurden verwundet, darunter ein Knabe und ein Gendarm schwer. Als muthmaßlicher Thäter wurde der bekannte Anarchist und Irredentist, der Typograph Bobellini verhaftet. Im Tiberbette wurden noch einige ungefüllte Bomben gefunden.

Am 21. August wurde der Arbeiter Frattini als Mitschuldiger verhaftet, der sofort erklärte, dass er Anarchist aus Überzeugung sei.

Am 28. August ging eine Arbeiterdeputation von Genua nach Paris.

Die radicalen Vereine Genuas gaben der Deputation das Geleite und bei dem königlichen Palaste kam es zu ersten Tumulten. Die Wache musste, vom Militär unterstützt, eingreifen und mit der blanken Waffe einhauen, wobei sieben Arretirungen vorkamen. Bei der Station erneuerten sich die Tumulte; es wurden neuerdings fünf Personen verhaftet und zwei Fahnen sequestrirt.

Am 10. November nachmittags legten auf dem Friedhofe in Rom eine Anzahl von 40 bekannten Anarchisten einen Kranz an der Urne eines gewissen Viti nieder, welcher bei dem Arbeiteraufstande am 8. Februar 1889 verhaftet worden war. Als einer der Demonstranten eine aufrührerische Rede hielt, ließ die Polizei von dem Kranze das rothe Band wegnehmen, welches die Aufschrift trug: „Louis Viti, zur Jahreswende der Hinrichtung in Chicago.“ Die Demonstranten leisteten Widerstand, es entstand ein Gedränge und wurden 17 Verhaftungen vorgenommen.

Am 24. November fand auf Veranlassung der Radicalen in der Flemini'schen Arena ein Meeting statt, welches zu dem Zwecke einberufen war, um ausgiebigeren gesetzlichen Schutz gegen Arbeitsunfälle zu verlangen. Dem Meeting wohnten die Deputirten Odescalchi, Ricciotti Garibaldi, Ferraris Maggiorino, Maffi und Pellegrino, dann zwei Municipalräthe und ungefähr 1500 Theilnehmer bei. Die vom Comité beantragte Tagesordnung wurde von dem Meeting angenommen. Eine geringe Anzahl von Anarchisten, die dem Meeting beiwohnte, brachte eine Tagesordnung im anarchistischen Sinne ein.

Da diese Tagesordnung zur Abstimmung nicht zugelassen wurde, demonstirten die Anarchisten in lärmender Weise, weshalb sie von der Polizei aus dem Saale entfernt wurden, und das Meeting verlief dann ohne weitere Störung.

Vor dem Schwurgerichte in Mailand begann am 21. November der Process gegen 33 Anarchisten, welche durch Versammlungen, Demonstrationen und Veröffentlichung von Schriften sich der Aufreizung zum Hass zwischen den verschiedenen socialen Classen schuldig gemacht hatten. Die Angeklagten, zumeist ganz junge Leute, gehörten größtentheils dem Arbeiterstande an. 24 von ihnen befanden sich in Haft, die übrigen sind flüchtig.

Die anarchistischen Vereine, denen die Angeklagten angehörten, führten die bezeichnenden Namen „Avantgarde“, „Dynamit“, „Zukunftssonne“, „Rebellion“ etc.

Schließlich sei zur Situation der socialistischen Frage in Italien noch erwähnt:

Crispi sagte gelegentlich eines ihm zu Ehren gegebenen Bankettes in Palermo am 13. October vor 189 Senatoren und Deputirten unter anderem, dass Italien nebst dem Kampf für die Vernunft noch einen

Kampf zu bestehen habe, der nicht minder schwer zu führen sei, denn es gebe Republikaner, Irredentisten und Anarchisten. Die Männer mit vernünftigen Ideen müssen sich offen von diesen Helfershelfern der Unordnung los-sagen, man müsse die Umsturzparteien auf dem Felde der Ideen bekämpfen, um nicht später genöthigt zu sein, sie auf dem Boden der Thatsachen zu unterdrücken.

Spanien.

In Spanien gibt es verschiedene socialistische Schulen; es gibt Anarchisten, eine Arbeiterpartei oder Socialdemokraten und dann existiren noch Gewerkschaften. Das Gewicht der letzteren liegt in deren Zahl.

Ihre Bestrebungen sind hauptsächlich darauf gerichtet, die Löhne in der herkömmlichen Weise zu erhalten.

Im Mai vorigen Jahres wurde die Föderation zur Bekämpfung des Capitals gebildet. Der Zweck dieser Gesellschaft bestand in der Zusammenfassung aller Arbeiterorganisationen, mit Ausschluss der Anarchisten. Über die Wirksamkeit dieser Föderation hat aber wenig mehr verlaufen.

Die sogenannte Arbeiterpartei in Spanien, der Socialismus — ist eigentlich das Resultat einer Zersplitterung. Noch in den 1870er Jahren hatten die Bakunisten, die Vorgänger der jetzigen Anarchisten, in Spanien die Oberhand; aber diese Vereinigung ist schon lange überwunden und die spanischen Socialisten stehen jetzt — wie ihr Delegirter Iglesias auf dem Pariser Internationalen Arbeitercongresse behauptete — auf durchaus wissenschaftlichem Standpunkte. Sie behaupten speciell die Theorien von Karl Marx zu propagiren, sind aber davon selbst viel zu wenig unterrichtet.

Sie geben sich den Anschein, als hätten sie einen ungeheuren Einfluss und als könnten sie schon morgen die allgemeine sociale Umgestaltung vollziehen, sind aber thatsächlich noch ziemlich schwach.

So sind es denn die Anarchisten zur Zeit in Spanien allein, welche in einigen Theilen von Spanien eine mehr oder weniger lebendige Thätigkeit entfalten.

In Barcelona erscheint die Zeitschrift: „Il Productor“ (der Producent). Seinerzeit war es ein tägliches Blatt, dann wurden die Mittel knapper und das Blatt erschien nur mehr wöchentlich. Es attackirt Politik, Religion und Ökonomie der Bourgeoisie, ist durch und durch anarchi-stisch und daher von der besitzenden Classe ebenso ge-hasst, als von der arbeitenden Classe gesucht und gerne gelesen.

Von anderen Blättern dieser Literatur gibt es in Spanien noch:

„La Bandera Roja“ (die rothe Fahne) erscheint in Madrid monatlich zweimal;

„La Solidarität“ erscheint wöchentlich einmal zu Sevilla;

„El Socialismo“ mit Artikeln aus spanischen, fran-zösischen, englischen, italienischen und portugiesischen Organen der Socialisten aller Schattirungen; dieses Blatt erscheint in Cadiz.

Kurze Zeit hindurch hatten die communistischen Anarchisten die Zeitschrift „Tierra & Libertad“ (Land und Freiheit) erscheinen lassen, aber es war nicht mög-lich, das Blatt auf die Dauer zu erhalten. Die Socialisten geben in Madrid noch den „El Socialista“, die Gewerk-schaftler den „El Obrero“ (der Arbeiter) heraus.

Am schärfsten ist das anarchistische Organ „La Acracia“. Zum Glück erscheint es nur selten und nur dann, wenn es eben die Mittel erlauben.

Am 19. April explodirte eine große, mit Pulver gefüllte Petarde auf dem Hauptaltar der Kathedrale von Valenzia; die Kirche war vollständig gefüllt. Unter der versammelten Menge brach eine furchtbare Panik aus, glücklicherweise waren, von einigen Ohnmachtsfällen abgesehen, sonst keine ernstern Folgen eingetreten.

Der Altar wurde durch die Explosion, welche auf eine terroristische Action zurückgeführt wurde, deren Urheber aber nicht eruiert werden konnte, zerstört.

In Barcelona fand am 28. Mai unter Anwesenheit von deutschen Vertretern ein Meeting des socialistischen Arbeitervereines statt, um den deutschen strikenden Arbeitern in Westphalen die Sympathien auszudrücken und um eine Adresse abzuschicken. Dieses Meeting wurde von der Polizeibehörde aufgelöst. Ein gleiches Meeting wurde später ebendort zu gleichem Zwecke für die strikenden Hafenarbeiter in London abgehalten.

Den zweiten Jahrestag der „Märtyrer von Chicago“, feierten die Anarchisten dadurch, dass sie am 1. November zu Barcelona einen Congress abhielten. Für diesen Congress wurden schon früher eine Anzahl von Preisaufgaben ausgeschrieben, von denen die folgenden bemerkenswert sind:

„Der Anarchismus, sein Ursprung, sein Fortschritt“, dann „Angenommen, es gäbe eine anarchistische Gesell-schaft, würde in ihr noch eine Ursache für Streitigkeiten aus der menschlichen Leidenschaft bleiben?“

Ferners gab es noch Themata über die Vortheile oder die Nachtheile „der freien Liebe“, über das goldene Zeitalter (die Aera des Anarchismus), dann über gemein-same Warenerzeugung und gemeinsames Eigenthum.

Portugal.

Die portugiesischen Socialisten sind wie die französischen in zwei Lager: Possibilisten und Marxisten getheilt, neigen aber doch mehr der possibilistischen Richtung zu.

In Portugal fand keine bedeutende Action der terro-ristischen Partei statt.

Eine strikeähnliche Bewegung ging Ende Mai in Oporto vor sich, wo anlässlich des Errichtens einer zweiten subventionirten Weingesellschaft alle portugiesi-schen Weinfürmen ihre Geschäfte schlossen und die Arbeiter mit ihren Brotherren sympathisirten.

Ihre Versammlungen unter freiem Himmel wurden von der Cavallerie auseinandergesprengt, viele werden hiebei verwundet, viele auch verhaftet.

Einige Tage darauf ereignete sich eine Dynamit-explosion im Hause des Civilgouverneurs. Es konnte nicht mit Gewissheit hingestellt werden, dass diese Explo-sion die That einer anarchistischen Action war, aber die Vermuthung war wenigstens nicht unbegründet.

Nordamerika.

In Nordamerika verlief die Arbeiterbewegung im Berichtsjahre ziemlich ruhig. Es sind dort die Gegensätze zwischen den Arbeitervereinigungen, welche nicht der socialistischen Richtung angehören, den Socialisten in ihren verschiedenen Verzweigungen und den Anarchisten in ihren Parteispaltungen bedeutend schärfer geworden als in den europäischen Staaten, daher hat dort kein ein-heitliches Ziel und keine einheitliche Führung die Arbeiterschaft in Bewegung gesetzt.

Wie in England stehen auch in Amerika in orster Linie die Trades-Unions repräsentirt durch diverse Central Labor Unions etc. Diese Unions stehen dem

Socialismus noch nicht offen, vielmehr werden die Socialisten in denselben bekämpft.

Den Trades Unions stehen die Arbeitsritter (Knights of Labor) zur Seite, welche die Grundlage zur gegenwärtigen guten Arbeiterorganisation gelegt haben.

Die heutige Gliederung der amerikanischen Arbeiterpartei hat als Grundlage die sogenannte Shop Organisation (Werkstätten oder Fabriksverband), welcher die Arbeiter eines Etablissements angehören. Alle Shop Organisations Einer Branche bilden eine Trade-Union.

Ein Arbeiter, der der Trade-Union nicht angehört, darf im Etablissement nicht beschäftigt werden, denn ein „Unionman“ arbeitet nicht mit einem „Scab.“ Die Trades Unions stehen sonst in keiner Verbindung, nur in Zeiten, wo es sich um das Wohl der gesammten Arbeiterschaft handelt, sind die Verbände verpflichtet, einander zu helfen.

Die Shop Organisations eines Bezirkes werden zu einem „district assembly“ vereinigt; die „district assembly“ bekommt über Ansuchen von der „Central-Labor-Union“ einen „Charter“ und wird dann mittels Nummern gekennzeichnet, z. B. „District assembly 471.“ Die District assembly wählt Delegirte in das „Central-Labor Unions-Comité“, das aus 30 bis 40 Personen besteht.

An der Spitze desselben steht ein „Master Workman“, zur Zeit Mr. Powderly, welcher den Socialismus als unamerikanisches Princip verwirft. Diese Organisation bewährte sich namentlich bei Ausständen.

Auch die Fabrikanten sind organisirt und bilden Cartells, Rings oder Trusts. Da die Organisation des Capitals nicht minder stark ist, als die der Arbeiter und beide Theile die gegenseitige Macht kennen, kommt es nur in wenigen Fällen zu einem ernstem Kampfe, weil der Strike zumeist durch „Arbitration“ geschlichtet wird, bevor er große Dimensionen annehmen kann.

Die Arbeiter Amerikas haben zum größten Theile schon erkannt, dass nicht das Capital ihr Hauptfeind ist, sondern die Überproduction und nur die Furcht vor dieser ist es, dass die Forderung des Achtstundentages aufgestellt wurde.

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres sind in den Vereinigten Staaten 296 Strikes ausgebrochen, an denen sich ungefähr 75.000 Arbeiter betheiligt haben mögen.

In der nämlichen Periode des Vorjahres fanden 389 Strikes mit ungefähr 111.000 Ausständigen statt und im Jahre 1887 strikten in dieser Zeit bei 212.000 Personen in 511 Fällen. Noch weit größer war die Zahl der Strikes in den früheren Jahren.

Manche Strikes, wie der im Monate Mai in Newark ausgebrochene Strike in Clareks Fabrik hatten eine schwere Nothlage der Strikenden zur Folge, so dass die irreführten Arbeiter sich bald den Agitationen weniger folgsam zeigten. Darüber klagt das Organ der Anarchisten Most'scher Richtung, die „Freiheit“.

Am 20. April schreibt die „Freiheit“:

„Wenn wir nicht genau wüßten, von welcher erbärmlichen Qualität die organisirten wie die unorganisirten Arbeiter von Amerika noch sind, so hätten wir schon zu dieser Inszenirung einer „Elendparade“ am 1. Mai die nöthigen Schritte gethan.“

Eine vorhergegangene Umschau ergab aber, dass die bestehenden Organisationen mit wenigen Ausnahmen die Sache mit völligem Stumpfsinne aufnehmen.

Derartige Dinge lassen sich einmal nicht künstlich machen. Wären wir in Amerika schon so weit, um derartige Demonstrationen mit Erfolg insceniren zu können, dann — nun dann stünden wir eben unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution.

Thatsächlich aber haben wir den Amerikanern noch das A-B-C des Socialismus beizubringen.“

Doch nicht allein die zunehmende Unlust der Arbeiter in Nordamerika, sich drängen zu lassen, ließ die Agitation erlahmen. Ein viel größeres Hindernis bot die Uneinigkeit der verschiedenen anarchistischen Gruppen selbst. Die Streitigkeiten der Gruppen und die gegenseitigen Beschuldigungen der Führer absorbirte die Thätigkeit derselben so sehr, dass ihnen glücklicherweise zu anderen Thaten fast keine Zeit erübrigte. Die Zänkereien, welche schon geraume Zeit zwischen Johann Most und Josef Peukert, beziehungsweise zwischen dem Organe Most's „Freiheit“ und den Anhängern der Londoner „Autonomie“ bestehen, haben sich zu Anfang des Berichtsjahres infolge der in New-York erfolgten Ankunft von mehreren Anarchisten aus London zu einem derartigen Conflict zugespitzt, dass der „Radical Arbeiterbund“ in New-York, welcher zumeist Anarchisten aus Österreich zu Mitgliedern zählt, ein Flugblatt herausgab, welches „An alle Revolutionäre“ gerichtet war und in einer durch Thatsachen begründeten Anklage die Stellung des Johann Most zu erschüttern suchte.

Die Betroffenheit, welche dieses Flugblatt unter den dortigen Anarchisten verursacht hatte, wurde fast bis zur Verwirrung gesteigert, als eine zweite Flugschrift in New-York von dem Verfasser Braunschweig erschien, welcher im Jahre 1886 gleichzeitig mit John Most wegen Aufruhr zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt worden war, sich aber seitdem mit Most gänzlich zerschlagen und auf Seite der sogenannten „Autonomisten“ gestellt hatte. In dieser Flugschrift wird Most des Diebstahls von Parteigeldern beschuldigt und entweder als verrückt oder als Schurke bezeichnet, von welchem die Revolutionäre sich dadurch befreien sollen, dass sie ihn in die Cloake befördern.

Zu dieser Zeit wurde im „New-Yorker Herald“ ein gegen Most gerichtetes Circular publicirt, in welchem derselbe als Verräther bezeichnet wird. Dieses Circular war überschrieben „Österreichische Spione“ und ließ durchschimmern, dass Most der Spion sei. Most erklärte dieses Circular als Machwerk einiger Anarchisten, die ihm ihren Willen aufdringen wollten.

Die Frage „Gibt es österreichische Spione?“ wurde von den Freunden Most's untersucht und das Resultat im „Hlas Lidu“, einem täglich in böhmischer Sprache erscheinenden, von Frank Uhlez in New-York Beckmann Street 26 herausgegebenen Blatte, publicirt.

Demzufolge könne zwar keine bestimmte Person als österreichischer Spion bezeichnet werden, allein es sei wohlbekannt, dass eine „Handvoll Leute“ im Solde der österreichischen Polizei stehe und nach Wien berichte. Diese Leute seien es, welche Most verdächtigt hatten.

Bei dem von Most namens der Gruppen des Ostens der „Internationalen Arbeiterassociation“ in Brecht's Halle in New-York am 14. Juli 1889 abgehaltenen Parteitage, bei welchem 120 Delegirte aus verschiedenen Orten Amerikas sich eingefunden hatten, kam es zu einem argen Skandal und wurden die Mitglieder des „Radicalen Arbeiterbundes“, darunter R. Braunschweig und Wenzel Führer, welche keine Mitglieds-

karten der Internationalen Arbeiterassociation hatten, unter Beschimpfungen an die Luft gesetzt. Das war der Anlass, dass die Gegner Most's einen Aufruf gegen die „Freiheit“ erließen, und für Sonntag den 21. Juli 1889 eine Protestversammlung der Revolutionäre einberiefen.

In dem bezüglichen Aufrufe wird auf das schmachvolle Gebaren Most's und seiner Clique, auf die immer mehr umsich greifende Corruption und auf den Personencultus in den Reihen der Revolutionäre hingewiesen und Most aufgefordert, bei der Parteiversammlung am 21. Juli zu erscheinen, da er von den Einberufern als „Autoritär“ und „Fanatiker“ in weitestgehendem Sinne des Wortes angeklagt werden wird. Die Protestversammlung der Revolutionäre fand auch thatsächlich statt und fungirte Braunschweig als Hauptredner.

Braunschweig erklärte seine Nichtzulassung zum Parteitage der Internationalen Arbeiterassociation als völlig ungerechtfertigt und schrieb die Handlungsweise ganz besonders Most zu, den er einen „Autokraten“ in der Partei und einen „Schurken“ als Redacteur nannte. Er beschuldigte Most weiters der Corruption, weil er die besten Genossen in Nummer 2 der „Freiheit“ als Dynamiter denuncirt habe.

Als die in London zur selben Zeit veröffentlichte Broschüre von Max Trautner: „Wie John Neve verhaftet wurde“, in welcher versucht wird, den Nachweis zu liefern, dass Peukert die Verhaftung John Neve's im Dienste der Geheimpolizei vermittelt habe, dank dem besonderen Bemühen der beiden Verleger G. Daubenspeck und H. Baethke in London ihren Weg nach Amerika rasch gefunden hatte, berührte sie die Anhänger der „Autonomie“, welche Peukert's Ankunft in Amerika erwarteten, unangenehm, wurde dagegen von Most lebhaft begrüßt.

Als Antwort darauf erschien in New-York eine von den föderirten Gruppen: „Allgemeiner Arbeiterbund von Newark“, „Communistische Gruppe Nr. 1“, dann „Jeffersons Agitationsclub“ und „Radicaler Arbeiterbund“, herausgegebene Flugschrift gegen John Most, welche am 2. September 1889 in New-York in vielen tausenden Exemplaren verbreitet worden ist.

Diese Flugschrift warf John Most Corruption, Usurpation und besonders jene Niedertracht seines Charakters vor, dass er durch vorzeitige Publicationen in der „Freiheit“ viele Genossen ins Unglück brachte:

„So wurde Stellmacher verdächtigt, um die „Freiheit“ in seine (Most's) Hände zu bekommen, als er aus der Haft in England kam; so wurde Liske in der „Freiheit“ die Ehre öffentlich zuerkannt, Rumpf abgethan zu haben, ehe es noch die Staatsanwaltschaft genügend bewiesen hatte, und auf ähnliche Art wurde in Deutschland, Österreich etc. vielen Genossen bei Processen zu Strafen verholfen.“

Dieses Agitationsblatt gegen Most schließt mit folgenden Worten:

„Die Zeichen der Zeit künden uns eine sehr ereignisreiche Zukunft; wehe uns, wehe der Menschheit, wenn wir die Vorbereitungszeit verschlafen oder schlecht ausnützen! Wenn der Wagen der Revolution einmal im gewaltigen Rollen ist, ist es unmöglich, sich auf ihn zu schwingen, um ihn sammt sich selbst in die rechte Bahn zu lenken, dann gibt es wenig Aussicht, nicht von seinen Rädern zermalmt zu werden.“

Most bekämpfte die Verfasser dieses Flugblattes in der Nummer 34 der „Freiheit“ und schloss den Artikel

mit der Behauptung, dass Peukert doch ein Spitzel war, mit dem Satze:

„Wer uns in der ganzen Arbeiterbewegung einen größeren Lumpacius Vagabundus zeigen kann, der trete hervor!“

Überdies kam es zu offenen Feindseligkeiten Most's mit den Genossen von Chicago und besonders mit Frau Louise Parsons, als es sich um die Beschickung des Pariser Congresses handelte.

Endlich hat auch der „Jeffersons Agitationsclub“ gegen Most mit englischen Flugblättern agitirt, welche in 50.000 bis 60.000 Exemplaren verbreitet wurden.

Most's Einfluss hat durch diese internen Parteistreitigkeiten wesentlich eingebüßt.

Die Jubelfeier der Bastillenerstürmung wurde von den vereinigten Comités am Sonnabend den 13. Juli im Phönixparke in New-York arrangirt. Die Einladungen wurden an die deutschen, dänischen, schwedischen, polnischen und englischen Genossen als Individuen und Körperschaften ausgesendet. Das Fest wurde in der „Freiheit“ in großer Annonce angekündigt:

„Zum hundertjährigen Jubiläum der Erstürmung der Bastille große Demonstration und Sommernachtsfest, veranstaltet von den sämtlichen Gruppen der internationalen Arbeiterassociation von New-York und Umgebung in New-York 148 Street.“

Die Bastillesturm-Feier unterschied sich von gewöhnlichen Arbeiterfesten zunächst dadurch, dass in der großen Halle des Phönix-Parkes gegenüber dem Haupteingange ein Riesenbild hing, die Erstürmung der Bastille darstellend, und dass links von der Tribüne die ganze Wand des Saales mit einer Sammlung von Arbeiterblättern aller Länder, nahezu 500 an der Zahl, bedeckt war. Durch dieses Tableau sollte der gegenwärtige Stand der Arbeiterbewegung in anschaulicher Weise charakterisirt werden.

Aber auch diese Centennarfeier führte zu heftigen Auseinandersetzungen und schließlich beinahe zu Thätlichkeiten der Parteiangehörigen. Es zeigte sich ferner auch ein empfindlicher Geldmangel, welcher die Action Most's unwirksam machte. So wurde zwar auf dem Parteitage der internationalen Arbeiterassociation am 14. Juli (am Tage nach der Bastillesturm-Feier) im Phönix-Parke über die Erweiterung des Parteiblattes „Freiheit“ zu einem achtseitigen Blatte in Aussicht genommen. Die Durchführung scheiterte jedoch, weil die 25 bis 30 Dollars wöchentlich, welche diese Erweiterung des Blattes erforderte, nicht aufzubringen waren.

In den Tagen vom 28. September bis zum 3. October fand in Chicago die vom Secretär des National-Executivcomités W. L. Rosenberg einberufene Nationalconvention der socialistischen Partei statt, von welcher sich ein großer Theil, die New-Yorker Sectionen, unter der Leitung von Schewitsch, Grottkau, Sanial und Frau Greil abgetrennt und eine neue „Socialistische Arbeiterpartei“ gegründet hatte.

Vom 12. bis 16. October tagte in Chicago der von dem Aufsichtsrathe dieser neuen „Socialistischen Arbeiterpartei“ einberufene Parteicongress. Er war stärker besucht als die von der bisherigen Parteileitung der sogenannten alten Executive einberufene Convention. Im ganzen waren 17 Delegirte und 5 Stellvertreter anwesend, die 27 Sectionen vertreten. Die hier und in Deutschland bekannten Delegirten Hepner und Vahlteich hatten auch an dem von der alten Executive einberufenen Congress schon theilgenommen.

Der Congress nahm verschiedene Resolutionen an, welche das Verhalten der alten Executive sowohl in Bezug auf die allgemeine Parteifaktik, als auch in Bezug auf ihr Verhalten in inneren Parteiangelegenheiten tadelten, und sprach in einer Resolution die Ansicht aus, dass die Parteileitung unter der seitherigen Executive eine dem Interesse der Partei schädliche war, dass die Mehrheit der Executive in vielen Dingen eigenmächtig handelte und dass es zu bedauern ist, dass der Aufsichtsrath es versäumt hat, durch früheres Einschreiten diesem Treiben der bisherigen Executive Einhalt zu thun.

Des Weiteren beschloss der Congress einige Änderungen am Parteiprogramm sowohl, als an den Parteistatuten, sowie eine neue Principienerklärung, die indessen grundsätzlich sich nicht von der alten unterscheidet.

Weiter erklärte der Congress, sich den auf dem Internationalen Congress der vereinigten Socialisten zu Paris gefassten Beschlüssen, soweit sie auf die Verhältnisse der Vereinigten Staaten zutreffen, voll und ganz anzuschließen, und empfahl den Genossen energische Betheiligung an der Achtstundenbewegung. Zum Vororte der Partei wurde Brooklyn, als Sitz der Beschwerdecommission Boston bestimmt. Es bleibt allerdings zu erwarten, ob die Sectionen, die bishor zur alten Executive hielten, die Beschlüsse anerkennen werden.

Vom Interesse war der Entwurf eines Planes für die Staatsorganisationen der „Socialistischen Arbeiterpartei“, welchen der „Socialist“ in der Nummer 25 vom 22. Juni 1889 gebracht hat. Der Entwurf behandelt den socialistischen Staat in vier Capiteln: den allgemeinen Theil, die Rechte und Pflichten der Staatsconvention, das Staatscomité und das Landcomité.

Der Entwurf wurde mit Aussicht auf die Entwicklung der Partei abgefasst, hat aber weniger Hoffnung auf Realisirung als die neueste Spielart der amerikanischen Socialreformer „Die Nationalisten“, welche schon in sehr vielen Städten die Unionsplan-Staaten-Clubs organisirt haben.

Das Programm der Nationalisten — beschäftigt sich mehr mit öconomischen als politischen Verhältnissen — hat große Ähnlichkeit mit dem der Socialdemokraten und zweifelsohne werden sie dem revolutionären Communismus respective Anarchismus, sowie der socialistischen Arbeiterpartei sehr schaden.

Die Sekte der „Nationalisten“ hat auch mehr Lebensfähigkeit als die der „Tuckeristen“, welche in ihren Endzielen mit den Anarchisten identificirt wurde.

Die Tuckeristen streben allerdings völlige Herrschaftslosigkeit an, und zwar auch ohne „Älteste“ u. dgl., führen aber notorisch und ausgesprochen bitteren Kampf gegen den Communismus und treten entschieden für das Privateigenthum ein. Der Anhang der Tuckeristen, welche den Namen von dem Journalisten und Gründer Tucker haben, ist noch sehr schwach, sie haben ein einziges Organ in englischer Sprache, „Liberty“, das im Monate zweimal erscheint.

Die Sekte wird von John Most und seinen Partisanen bekämpft.

Die „Freiheit“ sagt über sie:

„Diese Sekte kann naturgemäß in Arbeiterkreisen keinen Einfluss ausüben, denn ein Kampf, welcher die Institution des Privateigenthums völlig unberührt lässt und darin jenem Kampfe gleichkommt, welcher

anno 1848 den rebellischen Spießbürgern die Kreide in die Hände drückte, womit sie an alle Thüren schrieben: „Heilig ist das Eigenthum!“ — ein solcher Kampf kann niemand erwärmen.“

Die vielfach angekündigt gewesene Flugschrift, welche das Actionscomité der Internationalen Arbeiterassociation zur Betreibung der Propaganda vor und am 11. November herauszugeben hatte, erschien erst Ende October und wurde die Probenummer in mehr als 200 Städte Amerikas versandt. Dieselben waren von einem Circulär begleitet, in welchem zur rastlosen Verbreitung der Broschüre aufgefordert wurde, die deutsch, englisch, böhmisch und jüdisch zu haben war.

Das Comité der Internationalen Arbeiterassociation in Sachen der Massendemonstration hielt am 11. November in Cooper's Institut eine Sitzung ab und in der Lafayette-Halle zu Pittsburg fand bereits am 9. November die zweite „Memorialfeier der fünffachen Ermordung der Märtyrer des Proletariats“ mit Festreden in deutscher und englischer Sprache statt. Es wurden vier lebende Bilder dargestellt: Vergangenheit, Gegenwart, sociale Revolution und Zukunft.

Die „Freiheit“ forderte in der Nummer 39 in dem Leitartikel „Vergesst Eure Todten nicht“ zur würdigen Feier der Chicagoer Märtyrer am 11. November auf, die sie in sechs Absätzen feiert.

Der erste Absatz schloss mit den Worten: „... sie waren gesellschaftliche Forscher — Socialisten.“

Die folgenden Abhandlungssätze schlossen mit:

„Sie waren Communisten!“

„Sie waren Anarchisten!“

„Sie waren Atheisten!“

„Sie waren Agitatoren!“

„Sie waren Revolutionäre.“

Auf dem Gebiete der anarchistischen Presse sind im Berichtsjahre folgende Änderungen vorgekommen: „Die Parole“ ist eingegangen, dafür ist am 1. August 1889 „Der Anarchist“ in St. Louis erschienen.

In der Nummer 1 findet sich folgender Passus:

Der im Jahre 1886 zu Chicago von A. Fischer, G. Engel und Genossen herausgegebene „Anarchist“ wurde nach der Haymarket-Affaire unterdrückt, indem die betreffenden Genossen von Chicago fortgetrieben, eingekerkert oder ermordet wurden.

Anarchistische Ideen lassen sich aber nicht unterdrücken und als Beweis dessen erscheint jetzt in St. Louis ein Blatt gleichen Namens und als Verfechter derselben Principien, die sein Chicagoer Vorkämpfer verfocht.

Das Blatt erscheint vierseitig und hat ein kleines Format, als Herausgeber und Redacteur ist Claus Timmermann verzeichnet.

Schließlich ist über die „Propaganda der That“ in Amerika noch Folgendes zu berichten:

Am 13. April 1889 wurde im Jersey City im Staate New-Yersey bei New-York der Führer einer Brandstifterbande verhaftet, welche Versicherungsgesellschaften ausplünderte.

Der Verhaftete Bernhard Blume wurde nach Brooklyn gebracht, wo sich schon drei andere Mitglieder der Bande Frederik Fright, Frederik Freund und Franz Duffny in Haft befanden. Die Bande pflegte Läden zu mieten, einen kleinen Warenvorrath in diesen unterzubringen und eine bedeutende Versicherung auf Waren und Einrichtung zu nehmen.

Die Brandstiftung wurde so bewirkt:

Es wurde eine Lampe zerbrochen. In der Nähe derselben wurde eine mit Benzin gefüllte Blase niedergelegt und diese wurde wieder von einem Ringe von

Schießpulver umgeben. Mit dem Pulver wurde eine Lunte in Verbindung gebracht und das Feuer gelegt.

Nur die zerbrochene Lampe blieb übrig, um die Versicherungsgesellschaft zu täuschen.

Die Mieter des Ladens waren in der Nacht, als das Feuer ausbrach, bei einer Festlichkeit im Hause eines Freundes, um ein Alibi beweisen zu können.

Die Bande wird beschuldigt, solche Brandstiftungen in Brooklyn und Jersey-City verübt zu haben.

Blume wurde im Hause 21 Porter street gefunden und zwischen den Matratzen seines Bettes 22 Blasen (mit Benzin) entdeckt.

Die Mitglieder dieser Bande waren Anarchisten und gehörten zur Chicagoer Gruppe. Ihre Thätigkeit begannen sie im Jahre 1888; nur durch ein Wunder sind bei diversen Bränden keine Menschenverluste zu beklagen gewesen.

Südamerika.

In Montevideo ist ein Complot gegen das Leben des Präsidenten Tejas und mehrerer seiner Minister durch einen glücklichen Zufall entdeckt worden. Auch der Regierungspalast sollte in die Luft gesprengt werden.

Am 2. Juli hatte das Zollamt eine Kiste mit Explosivmaschinen mit Beschlag belegt, die zur Ausführung eines politischen Planes bestimmt schienen. Gleichzeitig bestätigte eine anonyme Anzeige und eine Depesche des Gesandten in Buenos-Ayres — wo das Complot angezettelt wurde — diesen Verdacht.

Die sogleich eingeleitete Untersuchung lenkte den Verdacht auf die Mitglieder des Vereines „Tiro nacional“. Bei der eingeleiteten Nachsuchung in seinem Locale fand man neue Bomben, Explosivstoffe und verschiedene Documente über die erforderliche Menge von Dynamit zur Sprengung des Regierungspalastes.

Das Verbrechen sollte am 25. August in dem Augenblicke ausgeführt werden, wo die Mitglieder der Executivgewalt nach dem Te Deum die Kathedrale verließen.

Als Seele des Anschlages bezeichnete man einen Doctor — eine zweifelhafte Existenz — der schon mehrmals das Land zu revolutioniren versuchte. Er sowohl, als der arg compromittirte Geometer Cabrera haben sich noch rechtzeitig geflüchtet, gegen die Mitglieder des hochverrätherischen Vereines „Tiro nacional“ aber wurde die Untersuchung eingeleitet.

Japan.

Die „Freiheit“ besprach in der Nummer 41 und 42 die Verhältnisse der Bewohner des Inselreiches Japan und kam darauf, dass es in Japan, und zwar unter den allerintelligentesten Kreisen Männer und Frauen gibt, welche thatsächlich einen Zustand erstreben, welcher in völliger socialer Gleichheit und politischer Freiheit gipfelt und sich durch gänzliche Abwesenheit von Regierung und Staat auszeichnet.

Die Regierung scheint in dieser Beziehung auch bereits aufmerksam geworden zu sein, denn sie hat eine Art Pressgesetz erlassen, in welchem aber ein Fall nicht vorgesehen ist, nämlich die Importirung von rebellischen Schriften von außen. Aus diesem Grunde erscheint das Hauptorgan der freiheitlich gesinnten Japaner in San Francisco.

Dasselbe betitelt sich „Das 19. Jahrhundert“ und findet seinen Weg in unzähligen Exemplaren nach Japan.

Der Gebrauch des Dynamits als Mittel zu Gewaltthaten ist auch den Japanern nicht mehr fremd.

Im Juli des Berichtsjahres war der Higashi Hongwanje in Kivto — einer der berühmtesten Tempel des Landes — restaurirt worden. Um die Vollendung der Arbeiten festlich zu begehen, hatten die Leute unter anderen Geschenken auch fünfhundert Lichter gesendet. Als zwei Tage später eines derselben angezündet wurde, explodirte es in demselben Augenblicke und hüllte das Gebäude in Rauch und Flammen. Hierauf fand eine nähere Untersuchung aller übrigen fünfhundert Lichter statt und diese ergab, dass sämtliche Lichter mit Dynamit angefüllt waren. Zum Glück wurde das schöne Gebäude nicht beschädigt.

Es ist nun allerdings nicht constatirt worden, ob die beispiellose Frevlthat auf socialistische oder anarchistische Urheberchaft zurückzuführen ist, erwähnt zu werden verdient aber, dass die Anarchisten Amerikas die „That“ für die Parteigenossen in Anspruch nahmen.

Australien.

Hier war im Berichtsjahre eine nicht mindere Rührigkeit in der Organisation als in den früheren Jahren.

In der Organisation voran schritt die am 4. Mai des Jahres 1887 von 6 Männern gegründete socialistische „League“, deren Mitgliederzahl seither auf eine namhafte Höhe gestiegen ist und deren Mitglieder die lebhafteste Agitation entwickeln.

Am meisten überraschte die Mittheilung aus London zur Zeit des großen Strikes der Hafenarbeiter, dass den Strikenden aus Australien zur guten Stunde die nicht gewöhnliche Hilfe von 20.000 Pfund zutheil wurde, womit allein der Beweis der so überaus tüchtigen Organisation erbracht worden ist.

Im Juli brachten die Druckereibesitzer in Brisbane (Queensland) eine Vereinigung zustande, um die Löhne zu reguliren und um, wenn es sich infolge dieser Lohnregulirung zutragen sollte, dass die Arbeiter eines Etablissements sich das Vergnügen eines Strikes erlauben sollten, sämtliche Arbeiten des betroffenen Etablissements zu übernehmen, bis es gelungen wäre, den Conflict beizulegen oder eine genügende Anzahl „Scabs“ zu erhalten.

Aus diesem Anlasse schrieb ein Setzer einer dortigen Druckerei an ein deutsches Arbeiterblatt:

„Capitalistische Combinationen zum Zwecke der gründlichen Ausbeutung und Knebelung der Arbeiter existiren in Australien, wie sie Amerika — die Heimat der Pools (Geknebelten) — nicht besser hat und gegenüber denen der deutsche Capitalismus die reine Tölpelei ist.“

Einer ähnlichen Verbindung unter den Grubenbesitzern, welche dem Beispiele der Druckereibesitzer folgen wollten, stand die gute Organisation der Gewerkschaften und ihr durch Beiträge zusammengebrachtes großes Capital entgegen, mit dem sie mehr als ein Jahr in den Ausstand zu treten vermögen.

Die Trades Unions sind in Australien sehr stark und umfassen so ziemlich alle Gewerbebranchen und so ist die ganze Arbeiterbewegung zumeist in der Thätigkeit dieser Gewerkschaften gelegen.

Eigenthümlich liegen die Verhältnisse in Melbourne, in welcher Stadt neben den Republikanern und Secularisten noch die Partei „Liberty and Property“

besteht, welche die politische Anarchie ohne Socialismus will.

Daneben bestehen die Socialdemokraten, dann eine Art von individualistischen Anarchisten oder Communisten, welche kein Privateigenthum an Land, wohl aber an Sachen wollen, endlich bestehen dort noch die christlichen Socialisten und anarchistischen Communisten.

In Melbourne existirt auch ein deutscher Arbeiterverein „Vorwärts“, dessen Mitglieder die Zahl 50 nicht übersteigt.

Was die socialistische Presse in Australien betrifft, so existirt der „Australian radical“ in Hamilton, ein anarchistisch-communistisches Blatt, dann die „Honesty“ in Melbourne, ein individualistisch-anarchistisches Blatt zur Vertretung der Interessen des capitalistischen Anar-

chismus, jener besonderen Art von Anarchisten, wie sie oben geschildert wurde. Ein drittes socialistisches Blatt, „Our Commonwealth“ ist vor nicht langer Zeit und nach kurzem Bestande eingegangen.

So einfach die socialistischen Verhältnisse in Australien noch liegen, so verdient Beachtung, dass ein Delegirter Australiens am Pariser Internationalen Socialistencongresse war, dass am 11. November in den größten Industrieorten eine Memorialfeier an den Tod der Chicagoer Genossen abgehalten wurde und dass am Schlusse dieser Versammlung in Melbourne die Menge die Marseillaise zu singen begann und dann in die Worte ausbrach: „Hoch die Anarchie!“

Wien, im März 1890.